



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 34. Sitzung – Teil 2  
- endgültige Fassung -

**3. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 26. März 2021, 9.00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

**Einzigster Punkt der Tagesordnung**

**Seite**

Öffentliche Zeugenvernehmung

**Elisabeth Roegele**  
(Beweisbeschluss Z-25)

siehe Stenografisches Protokoll 19/34 Teil 1

**Felix Hufeld**  
(Beweisbeschluss Z-7)

**9**

**Sandra Schuster**  
(Beweisbeschluss Z-113)

---



3. Untersuchungsausschuss

**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses\*

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Fraktionsmitarbeiter\*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Brandt, Wolfgang Günther, Kevin Genske, Marlene
SPD	Hawxwell, Anne Weber, Saskia Schneider, Yannik Sacharow, Alexander Heinrichs, Jana Schinzel, Boris Sondhauß, Nora Schauhoff, Lenard
AfD	Dabelstein, Lorenz Buchholtz, Immanuel
FDP	Raabe, Lars Iza Schilling, Philipp
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Teilnehmer Bundesregierung\*

BMF	RDn Barczyk RD Fritz ARn Koch
BMWi	MR Schiemann
BMI	ORRn Allabaei
BKAmt	RD Mai MRn Bosch
BMJV	ORR Scholz Zorn

### Teilnehmer Bundesrat\*

#### Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RD Simon

\* anwesend laut Unterschriftenliste



3. Untersuchungsausschuss

**Nur zur dienstlichen Verwendung**



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Fortsetzung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
18.40 Uhr)

### Vernehmung des Zeugen Felix Hufeld

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann hat unser Zeuge nebst Rechtsbeistand den Saal betreten. - Jetzt auch ganz offiziell: Herr Hufeld, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Untersuchungsausschusses hier willkommen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Professor Dr. Heiko Ahlbrecht - wir hatten ja schon das Vergnügen - Platz genommen. Also, Sie machen heute fast selbiges Pensum wie wir. Ich darf auch Sie ein zweites Mal recht herzlich willkommen heißen.

Dennoch: Die Belehrung kann ich nicht ersparen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls aber selbstverständlich können Sie - Ihr Mandant oder Sie selbst - unterbrechen zum Zwecke einer Beratung. - Bestehen dazu noch Fragen?

**RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Herr Hufeld, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeugen und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür, wie bei jedem Zeugen hier, mein recht herzliches Dankeschön, weil uns das in der Reihe der vielen Zeugen eine Menge Zeit spart. Deshalb kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller

auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den  
Kopf)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein.- Dann möchte ich Sie noch bitten, immer darauf zu achten, dass Sie das Mikrofon einschalten. Ich glaube, beide von Ihnen sind mit unseren Mikrofonanlagen hier vertraut. Sobald dieser rote Diodenring leuchtet, ist Ihr Mikrofon aktiv.

Herr Hufeld, ich würde Sie zunächst zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf und Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Felix Hufeld, 59 Jahre alt, wohnhaft in [REDACTED], Beruf: noch Präsident der BaFin.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Hufeld. - Herr Hufeld, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand dieser Vernehmung bekannt ist. - Herr Hufeld, Sie haben das Wort.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, vielen Dank. - Ich hatte ja schon mehrfach Gelegenheit, im Finanzausschuss, ich glaube, kumuliert an die sechs Stunden mich über das Thema auszulassen. Ich möchte daher nur ein sehr kurzes Eingangsstatement geben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Der Auftrag dieses Untersuchungsausschusses umfasst gleichermaßen die kritische Aufarbeitung der Versäumnisse und Verantwortlichkeiten rund um den Kollaps der Wirecard-Gruppe wie auch die Lehren und Konsequenzen, die man daraus ziehen sollte. Beide Perspektiven bedingen einander. Genau dieser zweifache Blick war auch Grundlage meiner hinreichend bekannten öffentlichen Äußerungen am 22. Juni vergangenen Jahres, als ich den drohenden Kollaps von Wirecard aufgrund bis dato unvorstellbarer Betrugs- und Täuschungshandlungen mit deutlichen Worten eingearbeitet hatte.

Ich habe ebenso erklärt, dass eine Vielzahl privater und öffentlicher Akteure, einschließlich der BaFin, nicht effektiv genug waren, so einen Vorgang zu verhindern. Das war, anders als von manchem Beobachter geschrieben, keine Versäumniserklärung, sondern eine nüchterne und aus meiner Sicht offensichtliche Tatsachenbeschreibung, verbunden mit der Aufforderung an mich selbst sowie weitere Beteiligte, sich der oben genannten doppelten Aufarbeitung offen zu stellen. Ich für meinen Teil habe mich dieser Verantwortung nicht nur persönlich gestellt, sondern diese Haltung auch aktiv innerhalb des Verantwortungsbereiches, der meiner Leitung anvertraut war und noch ist, eingefordert.

Ich bin auch - wiederum anders, als gelegentlich kolportiert - keineswegs der Meinung, dass die BaFin oder ich persönlich alles wieder so machen würden oder sollten wie in den vergangenen Jahren. Ja, einige Entscheidungen würde ich bei vergleichbarer Informationslage wieder so treffen, vieles würde ich mit dem Wissen von heute anders bewerten, sei es mit Blick auf gesetzliche Grundlagen, sei es mit Blick auf aufsichtliche Prozesse oder auch sonstige interne Abläufe in der BaFin. Erlauben Sie mir, dies anhand dreier, mir besonders wichtig erscheinender Beispiele zu konkretisieren.

Erstens. Bilanzkontrolle: Dass das bisherige System der in Deutschland zweistufig organisierten Bilanzkontrolle sich als hochgradig defizitär herausgestellt hat, hatte ich bereits in früheren

Sitzungen des Finanzausschusses betont. Während ich vor einem halben Jahr ein modifiziertes System der Zweistufigkeit noch für durchaus überlegenswert gehalten habe, bin ich zwischenzeitlich zu dem Ergebnis gekommen, dass nur eine klare Einstufigkeit, das heißt eine von Anfang an und umfassend bestehende Zuständigkeit der BaFin, geeignet ist, eine wirksame Bilanzkontrolle zu gewährleisten. Alle anderen Modelle laufen Gefahr, Komplexitäten zu erzeugen, die diesem Ziel abträglich sind. Das haben wir in den vergangenen Jahren deutlich gelernt.

Zweitens. Risikoorientierte Aufsicht: Abläufe, Strukturen und aufsichtlichen Aufwand am wahrgenommenen, das heißt bewerteten, Risiko eines beaufsichtigten Finanzinstituts zu orientieren, ist eines der grundlegenden Paradigma jeder Aufsichtsbehörde weltweit. Je größer der zu beaufsichtigende Markt, desto anspruchsvoller ist die notwendige Kalibrierung zwischen vertretbarem aufsichtlichen, das heißt auch wirtschaftlichem, Aufwand einerseits und dem Ziel, möglichst früh Fehlentwicklungen bei einem einzelnen Institut zu erkennen und zu reagieren. Das gilt insbesondere für solche Institute, die eben noch keine konkreten Krisensymptome aufweisen, sondern im Gegenteil beispielsweise besonders hohes Wachstum, hohe Profitabilität, hohe internationale Vernetzung etwa, komplexe, gegebenenfalls innovative Geschäftsmodelle oder Ähnliches zeigen. Das kann genau das bedeuten, was es zu sein scheint, nämlich ein besonders positives und erfolgreiches Institut. Es kann aber auch auf versteckte Risiken hinweisen, die sich schnell in ernsthafte Probleme ausweiten können, im Extremfall durch kriminelles Handeln. Dies früher und systematischer zu erkennen, ist der Kerngedanke hinter der derzeit im Aufbau befindlichen Fokusaufsicht, wie wir es nennen, ergänzt um eine eigene Taskforce, mit der der Gedanke einer risikoorientierten Aufsicht mit Blick auf potenziell problematische Institute deutlich geschärft werden soll.

Ein Institut wie die Wirecard Bank würde mit heutigem Wissen so zweifellos einer intensiveren Aufsicht unterworfen werden können und müs-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sen. Ich hoffe sehr, dass auf diese Weise zukünftig noch frühzeitigere und zielgerichtete aufsichtliche Gefahrenabwehr gelingen kann.

Vor allem bei gezielt auf Täuschung angelegten kriminellen Handlungen stößt allerdings auch das beste Präventionssystem an seine Grenzen. Davon kann jede in der Gefahrenabwehr tätige Behörde weltweit ein bitteres Lied singen.

Drittens. Mitarbeitergeschäfte: Gemäß § 28 WpHG war es bis zum 16. Oktober vergangenen Jahres den Mitarbeitern der BaFin möglich, Finanzinstrumente zu handeln, sofern sie über kein bestimmungsgemäßes Wissen, vereinfacht gesagt: Insiderwissen, verfügen. Der BaFin obliegt die Pflicht, ein angemessenes Compliance-System zu etablieren und durchzuführen, das diese gesetzlichen Vorgaben, das heißt die Nutzung von dienstlich erworbenem Insiderwissen, vermeidet. Ein solches System hat die BaFin, anders als die übergroße Mehrheit anderer Behörden und Organe in Deutschland, seit Jahren etabliert, und es wurde noch im Jahre 2018 nach entsprechender Überprüfung durch die EZB dort als „fully compliant“ eingestuft.

Hätte die BaFin die dort festgelegte Vorgabe insbesondere zur unverzüglichen nachträglichen Anzeigepflicht von Finanztransaktionen stärker kontrollieren sollen? - Offensichtlich ja. Bei zu vielen Mitarbeitern hat es verspätete Meldungen gegeben, und die einmal jährlich abverlangte Erklärung zur Vollständigkeit wurde von einigen als ausreichend angesehen.

Ist es, noch grundsätzlicher gefragt, nach heutigen Maßstäben noch akzeptabel, dass Mitarbeiter einer Aufsichtsbehörde überhaupt mit Einzelwerten beaufsichtigter Unternehmen handeln dürfen? - Meine Antwort ist ein klares Nein, so dass wir per 16.10. vergangenen Jahres als ersten Schritt Finanztransaktionen mit Einzelwerten finanzieller Kapitalgesellschaften verboten haben, ebenso spekulative Geschäfte jeglicher Art.

Mit dem in Kürze zu verabschiedenden FISG wird dieses Verbot auch auf Nicht-Finanzinstitute ausgedehnt, soweit sie der Aufsicht der

BaFin unterliegen, was insbesondere im Bereich der Wertpapieraufsicht der Fall ist.

Wenn ich dies so sehe, warum haben wir dann nicht bereits früher eine solche Verschärfung vorgenommen? - Die einzig ehrliche Antwort lautet: weil wir in diesem Thema in der Vergangenheit keinen prioritären Handlungsbedarf gesehen hatten, weil wir uns durch die Bestätigung der EZB im sicheren Bereich gewähnt haben, weil wir uns im Vergleich europäischer Aufsichtsbehörden mitten im Spektrum möglicher Ausgestaltungsformen entsprechender Compliance-Systeme gesehen haben. Mit dem Wissen von heute bedaure ich das.

Wir hätten hier früher eine nach heutigen Maßstäben angemessene Verschärfung einleiten müssen. Wenn ich die allgemeine politische Debatte richtig deute, finden derzeit ja vergleichbare Diskussionen auch weit über die BaFin hinaus statt, die den gleichen Trend bestätigen. Dies zu bewerten, ist allerdings nicht meine Aufgabe.

Für die BaFin ist diese Kalibrierung von individuellen Freiheiten der Mitarbeiter einerseits und den Pflichten und Grenzen, die sich aus dem Status als Beamte oder Angestellte einer Aufsichtsbehörde ergeben, neu zu bestimmen, auch wenn dies absehbar zu gerichtlichen Verfahren führen kann, wie es anderweitig auch geschehen ist.

Meine Damen und Herren, es gehört zum festen Erfahrungsschatz jeder Aufsichtsbehörde weltweit, dass sie aus Erfahrungen, auch aus bitteren Erfahrungen, klüger werden muss. Da ist die BaFin sicher keine Ausnahme. Gefährlich ist es aber, wenn einer Finanzaufsichtsbehörde implizit oder explizit eine Art Allzuständigkeit für Wohlverhalten in Finanzmärkten zugeschrieben wird. Das ist eine tatsächliche und rechtliche Unmöglichkeit. Staatliches Handeln, zumal tiefgreifende aufsichtliche Eingriffe, müssen immer an ein klares Mandat und rechtliche Grundlagen gebunden bleiben, die anzeigen, was diese Behörde leisten kann und darf und was eben nicht. Darauf hinzuweisen, heißt nicht, sich zu verstecken, sondern es verweist auf die Grundlagen unseres



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rechtsstaates. Dass auch in diesem Rahmen energisches und couragiertes Aufsichtshandeln möglich und geboten ist, versteht sich von selbst. Genau dafür habe ich über acht Jahre, davon über sechs Jahre als Präsident dieser Behörde, gearbeitet, gelegentlich gekämpft, und wir haben dabei sehr viel erreicht. Die BaFin wird weltweit ohne jeden Zweifel als eine der leistungsstärksten Aufsichtsbehörden angesehen.

In wenigen Tagen scheidet ich nun aus diesem Amt aus. Ich bitte Sie, für diese wichtige Behörde weiterhin um Ihre konstruktiv-kritische, aber auch unterstützende Begleitung. Die BaFin ist, wie jede andere Behörde auch, von dieser Unterstützung abhängig, ebenso wie Deutschland und Europa eine starke BaFin brauchen.

Nun stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Beantwortung Ihrer Fragen zur Verfügung. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Hufeld. - Ich würde dann, der Übung folgend, zunächst einige allgemeine Fragen stellen, die wir allen Zeugen hier stellen, und dann ein bisschen ins Speziellere überleiten und dann an die Kollegen weitergeben.

Herr Hufeld, wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie Gelegenheit, nochmals die Akten einzusehen? Haben Sie sich noch mit Kolleginnen und Kollegen ausgetauscht oder auf der Exekutivdirektorebene? Was können Sie dazu berichten?

**Zeuge Felix Hufeld:** Direkt antworten?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Okay. - Ich habe relativ viele Akten gelesen, das ist klar. Ich habe mich insbesondere mit einem Leiter meines Präsidialbüros dazu ausgetauscht, meiner persönlichen Referentin, Herr Seiltz, Frau Dr. Brisbois. Wir haben selbst in allen zweiwöchentlich stattfindenden Direktoriumssitzungen - in den letzten zehn, zwölf Monaten bestimmt -, in jeder Sitzung, manchmal länger, manchmal kürzer, auch über

Wirecard gesprochen. Das würde ich jetzt nicht als Vorbereitung auf diese Sitzung werten; aber das war dort zweifellos - weil das Teil Ihrer Frage war - auch ein Austausch über den Stand der Dinge, was zum laufenden Auftrag und Geschäft des Direktoriums gehört.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe die Frage auch jedem gestellt - Sie haben es erwähnt in Ihrem Statement -: Hatten Sie Aktien oder Optionscheine oder andere Derivate auf die Wirecard AG im Untersuchungszeitraum, also vom 01.01.2014 bis entsprechend Oktober 2020?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich besitze überhaupt keine Einzelwerte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wann sind Sie erstmalig in Ihrer Tätigkeit jetzt entsprechend bei der BaFin auf die Wirecard AG oder die Wirecard Bank aufmerksam geworden? Und vielleicht können Sie sich ja noch erinnern, in welchem Zusammenhang.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das war 2016 im Kontext mit dem berühmt-berüchtigten Zatarra Report, als wir uns auch damals im Direktorium natürlich und im Gespräch mit den Kollegen mit der Thematik Wirecard beschäftigt haben. Das war eigentlich auch für mich das erste Mal, dass es bewusst bei mir aufgeschlagen ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, das ging dann bis in das Direktorium. - Können Sie sich so ein bisschen an den Verlauf dieser Sitzung oder jetzt im Nachhinein, weil Sie sich vorbereitet haben - - Manchmal kann man ja dann, wenn man in Akten bestimmte Dinge liest, die Mosaiksteine wieder zu einem Gesamtbild zusammenbringen. Mir geht das oft so bei schönen Bildern oder so was. Ist da bei Ihnen auch noch dann wieder eine Erinnerung zum damaligen Zeitpunkt - jetzt nicht von heute -, sondern dass Sie den damaligen Zeitpunkt - - Zatarra Bericht erinnern?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir haben uns damals zweimal im Direktorium damit beschäftigt. Ich habe mit Sicherheit, obwohl ich mich da an Details nicht mehr erinnern kann, auch bilateral mit Frau Roegele primär darüber gesprochen.

Als damals der Zatarra Report erschien - wie Sie zweifellos aus Ihren eigenen Gesprächen und Aktenstudien und etlichen anderen Vernehmungen zwischenzeitlich genau wissen, ein Analysehaus, das buchstäblich wenige Tage vorher gegründet wurde, aus dem Nichts entstanden ist -, wurde er damals einhellig in der Presse und auch von einer ganzen Reihe weiterer Aufsichtsbehörden als ein klassischer Fall einer Shortselling-Attacke qualifiziert, so auch von aus. Es hat entsprechende Aktivitäten nach sich gezogen und wurde von uns, wie so häufig bei diesen Heimlichkeitsdelikten, die mit Marktmanipulation zu tun haben, insoweit als durchaus frustrierend wahrgenommen. Da ist Wirecard kein Einzelfall. Bei anderen Unternehmen wie Ströer oder Steinhoff oder sonst was hat es ja ähnliche Vorfälle gegeben, in anderen Ländern auch. Das Frustrierende für eine Aufsichtsbehörde ist, dass Sie in der Regel fast immer nach dem Fakt erst auf den Plan treten, dass Sie erst nach dem Tatbestand als solchem von der Geschichte erfahren und Ihnen dann im Prinzip nichts anderes mehr übrigbleibt, als den entstandenen Schaden auf der repressiven Seite durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, entsprechende Strafverfolgungstätigkeiten in Gang zu setzen. Und da war der Zatarra Report keine Ausnahme.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde jetzt schon ein bisschen wieder in die nähere Vergangenheit rücken. Inwieweit gab es innerhalb der BaFin - - Wir meinen, hier schon das eine oder andere - das ist aber auch von Kollegen gesagt worden - Kommunikationsdefizit festgestellt zu haben. Also, inwieweit gab es innerhalb der BaFin vor der Wirecard-Insolvenz einmal ein abteilungsübergreifendes Treffen, Informationsaustausch speziell jetzt zum Thema Wirecard? Und vielleicht auch: Wann fand dieses übergreifende Treffen zum ersten Mal statt? Also, Sie haben jetzt gesagt, 2016 war es der Zatarra-Bericht. Es folgten ja weitere Berichte. Dann nähern wir

uns ja dem Jahr 2019 mit dem Leerverkaufsverbot, ein sehr ereignisreiches Jahr. Dann kam der KPMG-Sonderbericht im Oktober, der veranlasst wurde, zwischenzeitlich auch wieder „Financial Times“-Berichterstattung. Wann ist denn mit allen Direktoren, Direktorinnen zusammen einmal der Sachverhalt besprochen worden? Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Felix Hufeld:** In der Tat. Es gab da ein paar Jahre gewissermaßen Ruhephase, wenn man so will, was übergreifende Beschäftigung im Direktorium anbelangt, und ab Anfang 2019 hat sich das wiederum schlagartig geändert durch die Aktivitäten, zu denen wir uns dann veranlasst sahen ausgelöst durch die erneute Artikelserie, die Anfang 2019 in der „Financial Times“ erschienen ist, allerdings auch weitere Hinweise, die wir erhalten haben als Whistleblower- oder auch Nicht-Whistleblowerhinweise verschiedenster Art und Güte, die dann, wie Sie wissen, unsererseits zur Beauftragung der DPR am 15.02. geführt haben, die dann zu dem Leerverkauf geführt hat am -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... 18. Februar 2019.

**Zeuge Felix Hufeld:** - 18., genau. Ich habe überlegt. Montag der 18., genau. - - geführt hat. Und seit diesem Zeitpunkt - - Ich glaube, wenn ich mich richtig entsinne, wir hatten am Dienstag, den 20. [sic!], also einen Tag danach, in der Tat eine Direktoriumssitzung und haben uns, glaube ich, seither - die genaue Zahl habe ich jetzt nicht im Kopf - aber 15-mal plus x im Untersuchungszeitraum mit diesen Themen beschäftigt.

Ich möchte allerdings vor dem Missverständnis warnen, weil das ja der Kern Ihrer Frage war, wie geschäftsbereichsübergreifende Kommunikation stattfindet: Das Gros der geschäftsbereichsübergreifenden Kommunikation sollte nicht erst im Direktorium beginnen. Das ist gewissermaßen der Schlussstein. Dort findet es *auch* statt. Also, meine Erwartung ist natürlich - und das wird auch gelebt und praktiziert -, dass von Referentenebene angefangen über Referatsleiter, über Abteilungsleiter, über die gesamte Hierarchie der BaFin überall dort, wo Abstimmungsbedarf mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

anderen Organisationseinheiten besteht - das beginnt ja schon von Referat A mit Referat B in derselben Abteilung und geht weiter mit Abteilung A mit Abteilung B im selben Geschäftsbereich bis hin zu anderer Geschäftsbereich - - intensiv gelebt wird. Das ist in einer großen, komplexen Behörde, wie es die BaFin ist, immer, für jedes denkbare Thema durchaus eine Herausforderung und ist eines der Themen, in das ich in den letzten sechs Jahren als Präsident enorm viel Zeit investiert habe, um diesen Spirit, das wirklich zu leben, und zwar wirklich vom Grasroot-Level an bis rauf zum Direktorium - - aktiv gelebt wird. Das ist immer verbesserungsfähig in einer komplexen Behörde; aber im Großen und Ganzen hat die Abstimmung hier durchaus sehr intensiv stattgefunden. Es kann nicht die Rede davon sein, dass das nicht stattgefunden hat.

Ich hatte, nebenbei bemerkt, wie Sie sicherlich wissen, zu genau diesem Aspekt ja einen separaten Revisionsbericht veranlasst, um dies zu untersuchen. Hier sind, wie so häufig bei solchen Berichten, durchaus Verbesserungsvorschläge generiert worden. Das ist auch völlig in Ordnung. Das erwarte ich auch von der Revisionseinheit, die damit beauftragt war. Aber sie hat eben im Gegenteil auch gezeigt, dass von einer sozusagen flächendeckenden Nicht-Kommunikation der Organisationseinheiten miteinander, Gott sei Dank, nicht die Rede sein kann. Und Paradebeispiel ist Bankaufseher mit Geldwäscheaufseher. Das ist ein absoluter Klassiker, weil die in unterschiedlichen Geschäftsbereichen sind. Die einen sind offensichtlich Bankaufsicht bei Herrn Röseler, die anderen sitzen in der Geldwäscheaufsicht bei Herrn Pötzsch. Aber es gibt natürlich andere Beispiele.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut - vielmehr nicht gut. - Weil wir hatten ja gestern Frau Linden, Frau Felicitas Linden, Dr. Bußalb, Frau Bergsträsser und Frau Schierhorn hier. Wenn ich mir zumindest dann den Strang Wertpapieraufsicht, Assetmanagement - - Und so, wie wir das, glaube ich, gestern und auch heute beim Zeugenauftreten von Frau Roegele wahrnehmen konnten, muss just in diesem Bereich das, was Sie feststellen - - Ich kann das nicht überprüfen, und ich

glaube Ihnen das, dass Sie das vorleben und dass Sie das auch einfordern. Nur, unsere Feststellung war, dass im Bereich Assetmanagement, Wertpapieraufsicht das nicht so klappte.

Warum komme ich zu diesen Feststellungen? Ich glaube, wir haben es eben auch draußen verschiedenlich - die Kollegen - gesagt: In diesem berühmten Vorfeld 14., 15., 16., 17. Februar stellen wir fest, dass Herr Bußalb, ein Kenner der Materie, der erforderlich gewesen wäre, vielleicht dieses Feld des Leerverkaufsverbots auszuleuchten, nun unglücklicherweise krank war, aber man keine Anstalten unternommen hat - er hat selbst gesagt, es war eine Zahnbehandlung -, ins Verhältnis zu setzen, was da anstand - - ist er trotzdem am Wochenende, weder am Samstag noch am Sonntag, angerufen worden. Frau Schierhorn erschien bei Frau Roegele zu einer Besprechung. Daraus hat Frau Roegele - ich habe gesagt: „was ist das für eine Organisationskultur?“ - gefolgert: „Ja, dann ist Frau Linden irgendwie nicht da, ist dann an dem Tag nicht im Hause“, und hat daraus gefolgert, sie weder zu kontaktieren per SMS noch per Telefon noch mal vielleicht in den Abwesenheitsassistenten oder Urlaubskalender zu schauen. Sie ist einfach davon ausgegangen, die ist nicht da. Das hat uns hier schon stark verwundet.

Gab es denn aus Ihrer Sicht, wenn ich das so feststelle, ob nun in Revisionsberichten oder in Ihrer persönlichen Wahrnehmung, während des Untersuchungszeitraums dann doch, was die Kommunikationsdefizite angeht in WA 23, 25, die hier betroffen waren, aber auch WA 5, Feststellungen der Art, dass Sie sagen, da hat es nicht so geklappt? Wussten Sie da was? Ist Ihnen da was bekannt gewesen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, das sieht der Präsident nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das sieht der Präsident nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das sieht der Präsident nicht. Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist tief in der Hierarchie. Das ist dann eine Aufgabe der Abteilungsleitungen und dann letztlich der Exekutivdirektoren, dafür zu sorgen, dass das funktioniert. Ich höre da von Ihnen jetzt zum ersten Mal, dass da offensichtlich irgendwelche Kontaktierungen nicht richtig funktioniert haben. Ich kann dazu nichts sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, werden meine Kollegen bestimmt nachher auch noch mal in ihren, gehe ich von aus, Ausführungen erwähnen. Also, es war tatsächlich so. Aber wir haben da natürlich schon etwas verwundert geguckt und haben gesagt: Mein Gott, ist das jetzt die Organisationskultur?

Ebenso haben wir festgestellt, es gab ja einen Maßnahmenplan, einen Leitfaden, einen sogenannten, für den Fall, dass zu einem Leerverkaufsverbot kommt. Aber offensichtlich war der einigen Kolleginnen und Kollegen dort gar nicht bekannt. Einige Kollegen wirkten geradezu erleichtert, a) dass sie ihn nicht kannten, aber b) dass sie eben in ihrer Zeit auch kein Leerverkaufsverbot in dieser Folge irgendwo veranlassen mussten oder damit mal Kontakt hatten. Das hat uns, glaube ich, hier alle schon etwas beunruhigt.

Ich würde noch eine Frage stellen, bevor ich dann erst mal an die Kollegen der CDU/CSU weitergebe. Können Sie uns vielleicht denn aus Ihrer Sicht jetzt - mehr kann ich da ja nicht sagen - mal den Ablauf in der BaFin skizzieren, der letztlich am 18. Februar zum Erlass des Leerverkaufsverbots für Wirecard-Aktien geführt hat, insbesondere die Abläufe? Wie ist das Finanzministerium eingebunden gewesen? Ich habe da noch mal auf das Verwaltungsverfahrensgesetz hingewiesen, dass es ja schon ein recht gewaltiger Akt ist, der dort dann eben entsprechend aus meiner Sicht und so auch auf Ihren BaFin-Seiten, was Rechtsaufsicht, Fachaufsicht angeht, informationspflichtig ist, entsprechend weitergegeben werden muss, sogar erläutert werden muss, wenn

er technisch ist. Vielleicht können Sie da aus Ihrem Erleben diese zwei, drei Tage im Februar 2019 aus Ihrer Sicht schildern und wie Sie in das Geschehen eingebunden worden sind.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, das mache ich gerne. Am Freitag, den 15., war ich hier in Berlin, witzigerweise am Montag, den 18., auch. Jeweils morgens hin, abends zurück.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie einen Tick lauter sprechen, einen ganz kleinen Tick? Das wäre lieb. Oder das Mikro ein bisschen - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich war am Freitag, den 15., hier in Berlin auf Tagesbasis, am Montag, den 18., ebenfalls. Ich habe am Montag hier diverse Termine gehabt, weitestgehend gemeinsam mit Staatssekretär Jörg Kukies, in unterschiedlichen Themen, die allerdings mit Wirecard nicht das Geringste zu tun hatten, und habe dann um circa 18 Uhr - - Das weiß ich deswegen relativ genau, weil das ziemlich passgenau eingepasst wurde als Telefonwusch von Frau Roegele, während ich auf dem Weg zum Flughafen war, genau genommen schon dort war und dann eine halbe Stunde Zeit hatte oder so was im Wartebereich, ein solches Telefonat zu führen. In diesem Telefonat hat mich Frau Roegele über den Umstand unterrichtet, der die Leerverkaufssituation aus ihrer Sicht herbeigeführt hat, und hat mir geschildert, was sie vorhat, und hat mich gefragt, wie ich das einschätze.

Was macht man in so einer Situation? Man stellt einen Haufen Fragen, man versucht, nachzuvollziehen: Was sind gewissermaßen die Tatbestandsvoraussetzungen - Artikel 20 Leerverkaufsverordnung -, die dem zugrunde liegen, Gefährdung der Finanzstabilität oder Gefährdung des Marktvertrauens? Man stellt Fragen. All das habe ich dann getan. Was konstituiert das eine? Was konstituiert das andere? Ich habe gefragt: Welche Fakten liegen hier vor, die Sie zu dieser Maßnahme bringen?

Daraufhin hat sie die verschiedenen Elemente geschildert, beginnend von dem drastischen Auf-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bau der Short-Positionen, die sich in den Wochen vorher deutlich verstärkt hatten, hin zu einer deutlich erhöhten Volatilität, schließlich und endlich zu den alles ausschlaggebenden Informationen, die an diesem Freitag, dem 15., teils im Wege von Faxen, teil im Wege von Telefonaten durch die Staatsanwaltschaft München bei unseren Kollegen aufgeschlagen sind.

Das haben wir, ich würde mal schätzen, 20 bis 30 Minuten lang diskutiert. Ich habe gesagt: Okay, ich unterstütze das. Ich gehe mit Ihrer Entscheidung mit. Was Sie mir sagen, klingt plausibel. - Und der entscheidende Punkt war - wie ich vorhin schon im Negativen andeutete -, dass dies eine Situation war, in der wir aufgrund des Zusammenkommens dieser verschiedenen Faktoren den Eindruck hatten, dass wir hier - was sehr, sehr selten bei diesen Heimlichkeitsdelikten der Fall ist - die Möglichkeit aufgrund der Informationslage, wie wir sie präsentiert bekommen hatten und wie wir so wahrgenommen hatten, hatten, vor die Welle zu kommen und tatsächlich Gefahrenabwehr im echten Sinne zu betreiben, das heißt, weiteren Schaden durch entsprechende Maßnahmen - sprich: in diesem Fall das Leerverkaufsverbot - zu ergreifen - - Das war der Schlüssel der Motivation.

Frau Roegele hat mir insbesondere die Informationen geschildert, die die Staatsanwaltschaft bei uns vermittelt hat. Die sichere Einschätzung der Staatsanwaltschaft - so die Wahrnehmung von Frau Roegele, wie sie es mir mitgeteilt hatte -, dass - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie kennen auch Frau Bäumlner-Hösl?

**Zeuge Felix Hufeld:** Oder Herr Bühring. Das waren die beiden - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, aber Sie kennen die beiden auch aus der Zusammenarbeit?

**Zeuge Felix Hufeld:** Entschuldigung?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das sind ja die beiden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ja, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich wollte nur fragen, ob Sie die auch persönlich kennen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Weil Frau Roegele war hier: „Ja, die kenne ich sehr gut“ und schätzt die sehr. Also, das schien ein etwas engeres Verhältnis zu sein.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, ich kenne die nicht persönlich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Mein Eindruck war, dass die Informationslage, die Frau Roegele mir geschildert hat und wie sie sie mir geschildert hat, aufgrund dieser unterschiedlichen Quellen der Erkenntnisse plausibel ist, auch wenn die dahinterstehenden Elemente, wie der vermeintliche Erpressungsversuch, schon einigermaßen ungeheuerlich klangen. Aber sie wurden uns eben von einer der größten und von uns sehr respektierten Staatsanwaltschaften dieses Landes präsentiert, nicht von Wirecard, verbunden mit dem Hinweis, dass auch aus Sicht der Staatsanwaltschaft - ich gebe jetzt wieder, was mir Frau Roegele vermittelt hat in dem Gespräch; eine andere Informationslage hatte ich ja logischerweise nicht - - es als ernsthafte Wahrscheinlichkeit dargestellt hat, dass eine weitere Short-Attacke bevorstehen würde.

In so einer Situation erschien es auch mir, wie auch Frau Roegele, geradezu zwingend, dass eine Aufsichtsbehörde, die sich der Gefahrenabwehr verpflichtet fühlt, agiert. Die Gegenprobe wäre, dass wir das alles hätten einen guten Mann sein lassen und sagen: „Die Staatsanwaltschaft erzählt dummes Zeug“ und hätten nichts getan. Das erschien mir vollkommen indiskutabel. Nichtsdestotrotz: Weil Aufsichtsgeschehen, wie Sie genau wissen, in den verschiedenen Disziplinen immer stärker europäisiert wird und es zwar eine rechtlich keineswegs verbindliche, aber in der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Tat von der Leerverkaufsverordnung, die unmittelbar geltendes europäisches Recht ist, vorgesehen - - eine rechtlich nicht verbindliche sogenannte Opinion der ESMA abzugeben ist, waren Frau Roegele und ich uns einig, dass wir gesagt haben: „Wir diskutieren das mit der ESMA“, was, wie mir Frau Roegele ja mitgeteilt hat, logischerweise im Verlauf des Freitags bereits der ESMA mitgeteilt wurde. Bevor Frau Roegele mich angerufen hatte um circa 18 Uhr, hatte es ja schon stundenlang Vorarbeiten innerhalb der Kollegen der Wertpapieraufsicht und dann auch, ab welcher Uhrzeit auch immer, die ich nicht weiß, entsprechende Kontaktaufnahme mit der ESMA gegeben. Das erschien mir auch sinnvoll, weil es in der Tat zumindest für Deutschland eine Premiere war, so ein Instrument anzuwenden. Deswegen waren wir uns einig, dass wir gesagt haben: Wir tragen den Fall der ESMA vor und wollen deren Feedback haben. Falls ESMA eine positive Opinion abgibt, dann marschieren wir; falls sie das nicht tut, dann lassen wir es sein. Wir waren der Auffassung - - Also, wir haben das nicht delegieren wollen - das tut man nicht -, sondern wir haben sehr wohl eine klare Überzeugung gehabt: Hier muss gehandelt werden. - Aber wir waren ebenfalls klar: Sollten wir ESMA nicht überzeugen können, gewissermaßen als Benchmark, dann werden wir die Maßnahme nicht ergreifen.

Dann bin ich mit Frau Roegele so verblieben, dass ich sagte: Frau Roegele, wenn Sie mich dringend brauchen, sagen Sie mir Bescheid, jederzeit, und zwar aufgrund der Dringlichkeit der Situation idealerweise telefonisch. - Das ist nicht passiert. Ich habe gesagt: Wenn irgendwas ist, bitte rufen Sie mich an. - Daraus habe ich geschlossen, dass der Fortgang der Dinge sich so weiterentwickelt, wie Frau Roegele sich das vorgenommen hatte.

Ich habe im Verlauf des Sonntags dann erfahren - die Uhrzeit habe ich jetzt nicht mehr im Kopf, irgendwann im Laufe des späteren Nachmittags, glaube ich -, dass die ESMA eine positive Opinion, dass das Board of Supervisors der ESMA eine positive Opinion beschlossen hat, was wir dann als Bestätigung empfunden haben,

was dann zur Folge hatte, dass vor Börseneröffnung am Montagfrüh - angestrebt war 6 Uhr; ich glaube, das wurde auch realisiert - dann das Leerverkaufsverbot erlassen wurde im Wege einer Allgemeinverfügung.

Wir waren uns übrigens auch einig, dass genau ein Leerverkaufsverbot als ein unseres Erachtens chirurgisch passendes Instrument einzusetzen ist. Soll heißen: Wir gehen auf acht Wochen, zwei Monate, nicht auf die Maximaldauer von drei Monaten; wir untersagen nur die Erhöhung und den Neuaufbau von Short-Positionen; wir untersagen nicht den Abbau, also den Abverkauf. Also, wir wollten nicht die Realisierung von bestehenden Positionen unmöglich machen, wir wollten nur eine Verschlimmerung des Problems vermeiden, indem wir eben nur genau diese zwei Tatbestände in den Blick genommen haben.

Wir haben auch gesagt: Wir wollen keine Handelsaussetzung machen, die ein eindeutig schwerer Eingriff wäre, sondern - in Anführungszeichen - „nur“ ein Leerverkaufsverbot und haben auch dort Marketmaker, die sozusagen unfähig aktionsfähig bleiben müssen, ausgenommen. Das heißt, wir haben bewusst an einer Reihe von Parametern, die als Stellschrauben dienen können, wie man ein solches Instrument kalibrieren kann, versucht, es in einer differenzierten Form so einzusetzen, dass wir ein klares Signal setzen, dass die von uns wahrgenommene Bedrohung des Marktvertrauens - Marktvertrauen definiert als Vertrauen in eine faire und transparente Preisfindung; das ist der Kern dessen, was - - Marktvertrauen klingt ein bisschen flauschig. Was heißt denn das, um Himmels Willen? Und die klare Antwort lautet: Der Kern von Marktvertrauen - es ist nicht der einzige Bedeutungsinhalt, aber der entscheidende Bedeutungsinhalt von Marktvertrauen - ist, dass jeder Anleger darauf vertrauen darf, dass die Preisfindung angemessen, fair, transparent stattfindet. Das wollten wir schützen.

Ich habe dann - um Ihre Frage weiter zu beantworten -, wie gesagt, Sonntagabend erfahren, dass das Board of Supervisors ein positives Votum ab-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegeben hat. Das haben wir offensichtlich als Bestätigung empfunden; war es ja auch. Und Montagfrüh ist dann die Allgemeinverfügung erlassen. Ich bin Montag dann wiederum nach Berlin geflogen, hatte dort auch eine Reihe von Gesprächen im BMF damals mit Herrn Holle, und dann haben wir am Rande, nicht sehr ausführlich, aber sicherlich auch über dieses Thema gesprochen. Aber dann war es „public knowledge“ und sozusagen in der Welt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hat man Sie denn da gefragt in Berlin? Sie haben gesagt, Sie waren mit Herrn Kukies zusammen, Sie waren mit vielen an dem Tag, also am 18. Februar, hier in Berlin.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß nicht. Ich glaube, am 18. - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist ja was Besonderes. Also, ich kann mir vorstellen - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Kukies habe ich am Montag, glaube ich, nicht gesehen. Den hatte ich am Freitag gesehen. Allerdings, wie gesagt, zu einem Zeitpunkt, als ich -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... das noch nicht wusste.

**Zeuge Felix Hufeld:** - von dem Thema noch nichts wusste, genau. Ich habe erstmalig von dem Thema um round about 18 Uhr erfahren, als ich am Flughafen war und Frau Roegele mich anrief. Wir haben das kurz gestreift; aber das war eine klare, deutliche, harte aufsichtliche Maßnahme der BaFin, nach unserem Verständnis ein Ausweis vorausschauenden, couragierten Handelns. Es wurde nicht als spektakulär eingestuft, aber als eine deutliche Maßnahme.

Und die öffentliche Reaktion ab Montag, auch der Gesprächsbedarf aufseiten der Medien und von etlichen weiteren, war ja sehr hoch. Darauf haben wir dann entsprechend reagiert - selbstverständlich. Also, die Maßnahme wurde schon gesehen.

Und in dem Kontext, wenn Sie mir diese Bewertung gleichzeitig erlauben: Wir haben von Anfang an klipp und klar gemacht, aber offensichtlich nicht in ausreichender Form - für mich ein klares Learning für die Zukunft, was wir besser machen müssen - - Wir haben in praktisch sämtlichen Gesprächen mit ungezählten Journalisten deutlich gemacht, dass dies keine Parteinahme für Wirecard sein soll, sondern dass das Schutzgut, das uns umtreibt als Aufsichtsbehörde, entweder Finanzstabilität - was hier nicht einschlägig war - oder Marktvertrauen im Sinne von faire, transparente Preisfindung ist und sonst nichts. Wir sind eine öffentliche Aufsichtsbehörde und nicht ein Schutzverein von einzelnen Unternehmen.

Das haben wir unzählige Male deutlich gemacht; allerdings ist es nicht gehört worden. Und das Learning, das ich daraus ziehe, ist - und das haben wir hier nicht getan -: Sollte in Zukunft dieses Instrument noch mal irgendwann gezogen werden, was ja durchaus vorstellbar ist, aufsichtlich - das ist ein Instrument im Instrumentenkasten der Aufsichtsbehörde und aller Aufsichtsbehörden in Europa -, müssen wir in der Verfügung selbst, in dem Rechtsakt selbst, sehr viel deutlicher machen, dass dies völlig unbeschadet der - - dass dies keine Parteinahme für das betroffene Unternehmen darstellt, dass das eine völlig neutrale Maßnahme für ein, wenn Sie so wollen, abstraktes Schutzgut namens Marktvertrauen darstellt. Das muss uns gelingen in Zukunft, das so deutlich zu machen, dass dies auch verstanden und gehört wird. Dass Wirecard selbst natürlich ein starkes Motiv hatte und das natürlich auch entsprechend getan hat, dies quasi als eine Art werbliche Maßnahme nach dem Motto „Da, schaut mal her, Persilschein von der BaFin“ ausgenutzt hat, das versteht sich von selbst. Aus Sicht der Wirecard-Mitarbeiter und des -Managements ist das durchaus nachvollziehbar; aber genau das dürfen wir als Aufsichtsbehörde nicht zulassen und müssen wir ihnen aus der Hand schlagen.

Es gibt eine kleine Analogie, um zu illustrieren, worum es mir hier geht; das ist das Thema Prospektprüfung. Wir wissen alle genau, das ist ein anderes beliebtes Thema, das wir auch hier im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kreise des Finanzausschusses schon häufiger diskutiert haben. Die Art der Prospektprüfung, die die BaFin betreibt, ist eine formelle, keine materielle. Es gibt keine Aufsichtsbehörde in der Welt, keine, die eine materielle Prospektprüfung macht. Das heißt, wir gehen aktiv hinter Emittenten her, die mit einer Art Prüfsiegel der BaFin Werbung machen nach dem Motto: Die BaFin hat meinen Prospekt gebilligt, und deswegen bin ich ein besonders tolles Anlageobjekt. - Dann gehen wir aktiv dagegen vor und sagen: Das ist verboten. Das heißt, wir machen eine sehr bewusste aufsichtliche Aktivität daraus, dass absolut klar ist, was wir prüfen, was wir prüfen dürfen und was wir nicht prüfen dürfen. Das haben wir in diesem Kontext zwar kommunikativ im medialen Umfeld sehr intensiv versucht; aber für mich ist vollkommen klar, dass wir an dieser Stelle den entscheidenden Punkt verpasst haben. Wir hätten das in die Verfügung selbst klipp und klar reinschreiben müssen. Noch mal: Drumherum haben wir es tausendfach gesagt; aber es ist nicht mehr gehört worden. Und das ist zweifellos ein Versäumnis.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann gebe ich weiter an die Kollegen der CDU/CSU. Matthias Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Herr Hufeld, herzlich willkommen im Untersuchungsausschuss. - Wir haben ja viele Themenfelder, die wir mit Ihnen diskutieren wollen: das Leerverkaufsverbot, dieses ganze Thema Enforcement, Finanzholding, Geldwäschethemen, Bankenaufsicht hier, Wirecard Bank haben wir ja auch, Insiderhandel, also ein ganzer Strauß von Themen. Da kann man sich ja gar nicht entscheiden, wo man anfängt.

Ich möchte mal beim Leerverkaufsverbot anknüpfen, weil wir das ja gerade intensiv auch mit Frau Roegele besprochen haben. Und da möchte ich zuerst von Ihnen wissen, ob Ihnen bekannt ist, dass auch mal Bedenken zu diesem Leerverkaufsverbot im Hause der BaFin bestanden haben, also zum Beispiel von Mitarbeitern, die sich mit Frau Roegele ausgetauscht haben, oder in dem Gespräch von Ihnen mit Frau Roegele. Ist Ihnen da

irgendwas bekannt geworden, dass mal einer gesagt hat: „Ich habe da Bedenken, das zu machen, oder ich habe ein Gegenargument“?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, nichts dergleichen. Ist mir, ehrlich gesagt, auch in der umfangreichen Aktenlektüre im Anschluss, also post factum, nicht aufgefallen und in den besagten Berichten - - 15. bis 18. Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das deckt sich mit der Aussage von Frau Roegele. Die hat das nämlich genauso geschildert, dass niemand Bedenken dazu geäußert hatte. Im Übrigen deckt sich es nicht mit der Aussage von Herrn Kimmer. Aber mit dem hatten Sie ja dann nichts zu tun; insofern ist das eher ein Problem zwischen Herr Kimmer und Frau Roegele. Der hatte nämlich angegeben, dass er Bedenken geäußert habe. Okay. Aber ich halte noch mal fest: Es wurden keine Bedenken geäußert, und es gab in dem Telefonat, was Sie dazu geführt haben, auch keine Gegenargumente gegen das Leerverkaufsverbot. Habe ich richtig verstanden, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß nicht genau, was Sie jetzt mit „Gegenargument“ meinen. Ich hatte ja schon auf Herrn Gottschalks Frage geantwortet, ich habe ja meinerseits im Gespräch mit Frau Roegele, in diesem berühmten Telefonat am Freitagabend, so gut das eben geht, wenn man erstmalig von einer solchen Thematik hört und nicht jedes Detail einer solchen rechtlichen Vorschrift dann im Warteraum eines Flughafens als Präsident der BaFin parat hat - - Dann geht man her und stellt jede denkbare Frage, die einem einfällt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau. Habe ich völliges Verständnis für diese Vorgehensweise, auch dass Sie gesagt haben: Ich habe einen Haufen Fragen: „Was sind die Tatbestandsvoraussetzungen?“, Abgrenzung Finanzstabilität, Marktvertrauen. - Ich habe Ihnen gut zugehört. Hätte ich wahrscheinlich genauso gestellt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Deswegen, ich will - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielleicht einen Satz. Aber dann ist vielleicht ein Punkt auch: „Was spricht denn dagegen“, oder?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe keine konkrete Erinnerung mehr, ob wir das in dieser expliziten Form - - Ich glaube, mir ging es eher - - Das habe ich sicherlich gefragt nach meiner Erinnerung: Worauf müssen wir achten? Das läuft vielleicht aufs selbe raus. Und da ging es mir sehr stark um den Aspekt, der sich dann auch in den Tagen nach Erlass der Leerverkaufsverordnung - das werden Sie diversen E-Mails vielleicht entnommen haben - fortgesetzt hat, dass wir eine klare, saubere Kommunikation machen, was wir hier schützen und was nicht, dass wir das Schutzgut Marktvertrauen schützen als ein öffentliches Gut und nicht ein einzelnes Unternehmen. Das stand für mich sehr stark im Vordergrund. Und da muss ich wirklich sagen: Das ist uns nicht gut gelungen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, stimme ich zu.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe im Sinne von Gegenargument, Herr Hauer, eben versucht, in diesem Dialog nach dem Motto „Was sind die Fakten? Was sind die Voraussetzungen? Passt das? Ist das vertretbar? Warum müssen wir das machen?“ usw. - - Ich weiß nicht, ob Sie das mit dem Begriff „Gegenargument“ angemessen begreifen wollen; aber es ist schon ein Herausfordern der Fakten.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Es deckt sich halt sehr mit Frau Roegele. Sie haben gefragt: Warum müssen wir das machen? - Aber ich finde, davor kommt eigentlich die Frage: Müssen wir das machen? - Also, bevor man fragt - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist für mich dasselbe. Wenn ich frage: „Warum müssen wir das machen?“, ist das für mich identisch mit: „Müssen wir das machen?“ Das ist für mich kein Unterschied.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Für mich ist es nicht identisch, und es stimmt auch, finde ich, meine Position mit dem überein, was Sie vorhin

gesagt haben. Da hatten Sie nämlich gesagt, nicht zu handeln, das sei indiskutabel gewesen. Das haben Sie vorhin gesagt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das war die Conclusio für mich, ganz genau, nach dem Gespräch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also haben Sie sehr wohl auch abgewogen, man macht gar nichts. Das war auch eine Option, zu handeln. Also, es gab die Option nicht handeln, Leerverkaufsverbot der Handelsaussetzung.

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Hauer, ich kann Ihnen nur schildern, wie wir über das Thema gesprochen haben. Wie Sie das jetzt Ihrerseits einordnen wollen, das ist Ihre Sache. Ich kann Ihnen aber jetzt nicht andere Dinge erzählen, als wir in dem Gespräch diskutiert haben. Und ich habe Ihnen geschildert, wie wir darüber diskutiert haben. Das ist für mich ein Herausfordern. Wenn da etwas gewesen wäre, das mir als nicht tragfähig, als zu dünn, als nicht vertretbar erschienen wäre, dann hätte ich Frau Roegele gesagt: „Wir machen das nicht“, und dann wäre es nicht passiert. Schluss.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das passt auch mit Frau Roegele überein, weil auch die hat nicht das ernsthaft in Erwägung gezogen, nicht zu handeln. Also, sie hat gesagt: Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder Leerverkaufsverbot oder eine Handelsaussetzung.

Und ich möchte auf das zurück, was Sie gerade gesagt haben: Ihnen war eine transparente Kommunikation wichtig. Das habe ich richtig verstanden, ne? Damit ist ja wahrscheinlich auch gegenüber der Presse gemeint, oder?

**Zeuge Felix Hufeld:** Presse, Öffentlichkeit im weitesten Sinn, ja, klar.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Dann möchte ich Ihnen mal gerne was vorlesen, und zwar eine E-Mail vom - - Sie können, wenn Sie möchten, auch sagen, Sie möchten da Einsicht nehmen. Dann zeige ich Ihnen die gerne auch; das ist kein Problem. Das ist eine E-Mail von dem Sonntag an



## Nur zur dienstlichen Verwendung

diesem besagten Wochenende Leerverkaufsverbot, 18.32 Uhr, von der Frau Schuchhardt an Sie und in Kopie an noch einige andere:

Guten Abend, Herr Hufeld,  
wir haben im reaktiven Teil jetzt noch stärker/konkreter auf die sich erhöhenden Nettoleerverkaufspositionen in Wirecard abgestellt. (?)

Und jetzt kommt das Entscheidende, worum es mir geht:

Auf das zweite Argument, die Gefahr einer sich ausweitenden generellen Marktverunsicherung (siehe unten), würden wir aber in der Pressekommunikation unbedingt verzichten wollen. Das Argument findet sich zwar in der Allgemeinverfügung, wir sollten aber die Presse auf keinen Fall mit der Nase darauf stoßen. (?)

Zitat Ende. - Das klingt jetzt für mich nicht wie eine transparente Kommunikation.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja. Ich glaube, das Motiv der Kollegen in dem Kontext war, durch eine Betonung dieses Aspektes nicht ein weiteres Buschfeuer, sozusagen eine Verbreitung der Verunsicherung, befördern zu wollen. Die einzige logische Interpretation, die mir einfällt. Man kann jetzt stundenlang darüber diskutieren, ob das eine richtige Gewichtung war seitens der Kommunikationskollegen, ja oder nein. Ich weiß nur, dass ich mich in ein, zwei E-Mails in dem Kontext - ich weiß nicht, ob es direkt in Antwort auf diese E-Mail war oder auf andere E-Mails war - für eine Präzisierung der Kommunikation ausgesprochen habe, an verschiedenen Stellen. Das werden Sie auch irgendwo vorgefunden haben. Das muss in dem unmittelbaren Zusammenhang gewesen sein, entweder am Sonntagabend oder am Montag, im Verlauf des Montags, während die Kommunikation ja heiß lief. Ein Motiv, hier nicht transparent kommunizieren zu wollen, hat es mit Sicherheit nicht gegeben. Dass Kommuni-

kation nicht ganz frei von taktischen Überlegungen sein muss, welche Akzente man setzen will, das gehört zum Tagesgeschäft. Das ist nichts Besonderes. Das hat nichts mit Transparenz oder Intransparenz zu tun, sondern welche Akzente man setzen will.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber ist das nicht eher ein Indiz dafür, dass man sich da doch nicht so sicher war mit dem, was man da gemacht hat?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, definitiv nicht. Sehe ich nicht so.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Ich würde Sie gerne mal fragen, mit welchen Vertretern vom Finanzministerium Sie in dem Untersuchungszeitraum über das Thema Wirecard gesprochen haben. Erst mal, mit welchen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ganz sicher Levin Holle, dem damaligen Abteilungsleiter, wahrscheinlich schon am Montag darauf, also am 18. Nicht sehr intensiv; aber da hatte ich mit ihm einen anderen Termin, und da bin ich mir absolut sicher, auch wenn ich die Details nicht mehr rekonstruieren kann, dass wir da im BMF, wo ich war, auch über den Punkt gesprochen haben.

Ich kann mich erinnern, dass ich am 8. März ein extra terminiertes und durchaus ausführliches Telefonat mit Jörg Kukies hatte - 8. März desselben Jahres, etwas später, aber noch relativ zeitnah -, in dem er die Hintergründe und den ganzen Sachzusammenhang von mir genauer erläutert bekam.

Ob ich sonst mit jemandem im BMF darüber gesprochen habe, weiß ich nicht mehr. Ich vermute, dass es primär diese zwei Kollegen waren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wissen Sie, wann der Herr Kukies davon erfahren hat, von diesem Leerverkaufsverbot, dass es beabsichtigt ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe später erfahren - nicht damals, aber später habe ich erfahren -, dass er wohl über die Hierarchie am Freitag-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

abend, nehme ich an, davon erfahren hat. Wie gesagt, das habe ich nur durch Aktenstudium später - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das haben Sie aber nicht durch Twitter erfahren von dem Herrn Schmidt? Der hat das getwittert mal. Da haben nämlich Teile von uns das erfahren, dass das - - Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß das nicht. Ich weiß nur, dass im Verlauf des Freitags meine Kollegen über den normalen Berichtsweg in die Hierarchie - ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, an wen exakt im BMF das mitgeteilt wurde - - Ich glaube, der Vorsitzende hatte vorhin schon zu Recht darauf hingewiesen, dass das eine Sache ist, die wir routinemäßig auch dem BMF zeitnah - und das ist hier offensichtlich geschehen - zur Kenntnis gebracht haben. Und ich gehe davon aus, dass das dann in dem üblichen Rhythmus sozusagen dort die Leiter nach oben gegangen ist. Wann exakt das beim Staatssekretär angekommen ist, weiß ich nicht; aber auch da habe ich irgendwann später erfahren, dass es, glaube ich, im Verlauf des Freitagabends bei ihm angekommen ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, ich halte noch mal fest für mich: Zwischen Leerverkaufsverbotsdiskussion und 08.03.2019 haben Sie mit Herrn Kukies darüber nicht gesprochen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Habe ich keine Erinnerung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, an den 08.03. kann ich mich sehr genau erinnern, weil das ein terminiertes Telefonat war, wo es ein dezidiertes Informationsinteresse gab, auf das ich mich dann auch entsprechend vorbereitet hatte, und wir tatsächlich eine halbe, drei viertel Stunde, schätze ich mal, also durchaus ausführlich, über das Thema gesprochen haben. Ich kann beim besten Willen nicht ausschließen, ob wir bei irgendeinem - - Da liefen ja eine ganze Menge anderer Themen draußen in der deutschen Finanzwelt, wo ich Jörg Kukies immer wiedergesehen habe. Ob wir es da

mal gestreift haben oder nicht, kann ich Ihnen beim besten Willen nicht rekonstruieren.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wie war denn die Position des BMF zu diesem Leerverkaufsverbot?

**Zeuge Felix Hufeld:** Zu welchem Zeitpunkt? An dem Wochenende?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gerne zu allen Zeitpunkten, wo Sie davon - - Sie können auch alle Zeitpunkte sagen, wo sich was geändert hat in der Auffassung. Das wäre mir am liebsten. Fangen wir vielleicht mal mit dem 08.03. an.

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, die Position war völlig neutral. Es ging Kukies primär darum, nachzuvollziehen: Warum habt ihr das gemacht? Es war kein kontroverses Gespräch, sondern es war ein rein aufklärendes Gespräch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, „aufklären“ heißt jetzt, Sie haben Herrn Kukies da in Kenntnis gesetzt, wie das alles gelaufen ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das war seine Bitte. Er sagte: Erklär mir das bitte. Was waren die Hintergründe? Wieso habt ihr das gemacht? Was tut ihr, um in der Situation nach vorne zu kommen? - Das ist eine völlig legitime Frage. Ich habe versucht, so gut ich konnte, ihm dann in diesem Gespräch das detailliert auseinanderzusetzen, also auch nicht nur ganz spezifisch Leerverkaufsverbot, sondern auch die sonstigen Aktivitäten. Was jetzt ein bisschen unter den Tisch gefallen ist vielleicht, ist das Thema Beauftragung der DPR, das ja auch am 15.02. stattgefunden hat. Das war aus unserer Sicht ein ganz wesentlicher Faktor offensichtlich, weil diese Beauftragung und die möglichen Resultate aus dieser Beauftragung, die sogenannte Verlangensprüfung, für uns der Schlüssel waren, um gegebenenfalls eine Marktmanipulationsanzeige gegen Wirecard selbst erstellen zu können. Deswegen war das für uns ein absoluter Schlüssel.

Nebenbei bemerkt: Für uns - das galt natürlich nicht für das Gespräch mit Kukies - ein absolutes Desaster, dass durch die bisherige Rechtslage wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Verbot hatten, darüber öffentlich zu sprechen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber der Vorteil ist ja: Bei der BaFin ist es ja so, dass für das Leerverkaufsverbot und das Enforcement die Frau Roegele zuständig ist, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** Korrekt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Insofern, ich sage mal: Die, die Entscheidungen gefällt hat, die wusste zumindest von beidem, sagen wir es mal so, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** In der BaFin gibt es da ja keine - - Da gibt es ja zwar grundsätzlich ein Need-to-know-Prinzip; aber jedenfalls da gibt es ja nun keine Kommunikationsprobleme. Ich rede von einer Außenkommunikation.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, ich rede aber auch über die Kommunikationsprobleme innerhalb der BaFin. Aber da komme ich gleich noch mal zu. Ich wollte es jetzt so ein bisschen auch thematisch, weil es wirklich sehr viel ist - - Deshalb will ich noch mal bei dem Leerverkaufsverbot bleiben. Also, an dem 08.03. hatte die BaFin nach Ihrer Schilderung eine neutrale Position.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das BMF, meinen Sie.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Entschuldigung, ja, Die BaFin natürlich nicht, das BMF. - Was mich halt wundert, ist, dass da halt drei Wochen dazwischenliegen - ne? - zwischen dem Erlass und diesem Gespräch mit Kukies, wo Kukies dann sagt: Ich möchte das mal erklärt bekommen alles, die Hintergründe. - Weil Herr Kukies ist ja, wie wir jetzt mittlerweile wissen, an dem Freitag bereits einbezogen worden und informiert worden. Und es ist ja nichts Alltägliches, dieses Leerverkaufsverbot. Es hat ja dann sehr starke Aktivitäten an dem Wochenende innerhalb der BaFin gegeben, also es haben da viele Mitarbeiter bis tief in die Nacht da auch gerackert.

**Zeuge Felix Hufeld:** Die Nacht durch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die Nacht durch, genau. Das haben wir auch hier aus den E-Mail-Zeitpunkten teilweise auch erkannt. Und wenn da so was Großes passiert, ist es dann nicht sachgerecht, dass sich dann der Staatssekretär dann auch mal da erkundigt und nicht drei Wochen wartet?

**Zeuge Felix Hufeld:** Sehe ich ganz anders.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Der hat Ihnen da vertraut.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, das sollte er auch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber hat ja auch - - Es gibt ja auch Rechts- und Fachaufsicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, tut mir leid. Eine Aufsichtliche Einzelentscheidung: Da agiert die BaFin unabhängig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie haben ja gerade erklärt, es erschien zwingend, dieses Eingreifen. Gab es denn da ein Ermessen bei der Leerverkaufsentscheidung?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Hauer, bitte verdrehen Sie mir jetzt nicht das Wort im Mund. Vorsicht!

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Deshalb frage ich ja genau.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wunderbar.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ihr Wort war „zwingend“, es erschien zwingend.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nach- -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das hatten Sie gesagt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nachdem ich, so gut ich konnte, mit Frau Roegele darüber diskutiert habe und - in Anführungszeichen - „herausgefordert“ habe, um am besten zu verstehen: „Warum machen wir das?“, „Muss das sein?“ usw. usw. Ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

will mich jetzt nicht auf Wortklauberei einlassen, ob wir - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sind wir uns denn einig, dass es eine Ermessensentscheidung war?

**Zeuge Felix Hufeld:** Selbstverständlich.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Klar. Nee, genau, stimmt. Und das Ermessen war nämlich nicht auf null reduziert, sondern es gab Ermessen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Wenn ich sage „zwingend“, Herr Hauer, ist das keine rechtliche Kategorie, sondern wenn Sie aufsichtlich ein Ermessen ausüben, dann bewerten Sie Fakten, -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, ist doch - -

**Zeuge Felix Hufeld:** - bewerten Sie rechtliche Voraussetzungen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie haben das jetzt klargestellt. Ist doch - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir haben für uns gesagt: Das ist eine Situation - - Wenn es eine Situation gibt, die das Gepräge trägt, Gefahrenabwehr zu leisten, hatten wir den Eindruck: Das ist so eine Situation.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wenn das BMF der Auffassung ist, Sie handeln rechtswidrig, was macht das BMF dann?

**Zeuge Felix Hufeld:** Wenn das BMF der Auffassung ist, wir handeln rechtswidrig, dann teilen sie uns das mit. Habe ich aber nie erlebt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Frau Roegele auch nicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber in der Frage kann man ja durchaus der Auffassung sein, dass das Leerverkaufsverbot rechtlich auf tönernen Füßen steht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ich habe der Presse entnommen, dass einige von Ihnen diese Auffassung vertreten. Ich halte sie für praktisch unvertretbar.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, gibt ja auch verschiedene Rechtsauffassungen dazu; das haben Sie richtig festgestellt. Und deshalb diskutieren wir ja auch darüber, weil natürlich die - - Aber ich will mich nicht in eine Diskussion mit Ihnen ein- - Ich möchte eigentlich Sie befragen. Und wenn wir nachher noch Zeit haben gegen Mitternacht, dann können wir das ja vielleicht noch ausdiskutieren.

Aber ich möchte Sie erst mal fragen: Die Position der Bundesbank, ist die an Sie herangetragen worden von der Frau Roegele?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist eine sehr gute Frage. Sie hat mir natürlich mitgeteilt, dass entsprechend der Regularien die Bundesbank in diesen Prozess miteinbezogen wurde. Ich kann nicht mehr rekonstruieren - die Frage habe ich mir selber auch schon hundertmal gestellt -, ob sie zu dem Zeitpunkt schon mit Frau Buch gesprochen hatte. Auf jeden Fall gab es, glaube ich, zu dem Zeitpunkt bereits Kommunikation mit der Bundesbank.

Allerdings: Die Einbindung der Bundesbank beschränkte sich in ihrer Relevanz auf die Frage des sozusagen Abklopfens, ob auch das Tatbestandsmerkmal der Finanzstabilität erfüllt ist, ja oder nein. Und auch wir selbst, die BaFin selbst - und darüber habe ich mit Frau Roegele in der Tat gesprochen -, waren relativ schnell, jedenfalls „schon“ - also, „schon“ bitte in Anführungszeichen - zu dem Zeitpunkt, als Frau Roegele mit mir telefoniert hat, in diesem 18-Uhr-Gespräch, der Auffassung, dass das Merkmal der Finanzstabilität hier ganz sicherlich nicht erfüllt ist. So, das ist hier auch mit der Bundesbank. Aber da kann ich nicht mehr genau rekonstruieren, welchen Status das Gespräch mit der Bundesbank zum Zeitpunkt 18 Uhr schon exakt hatte. Aber es gab hier nicht den geringsten Dissens mit der Bundesbank, dass dieses Merkmal nicht erfüllt ist und wir auch unsere Maßnahme daher nicht auf eine Gefährdung der Finanzstabilität stützen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

werden, sondern auf das Merkmal des Marktvertrauens.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Was halten Sie denn von der Sichtweise, die ein Bundesbanker, der auch einbezogen war in das Verfahren, geschildert hat, der gesagt hat: „Das ist handwerklich schlecht, dieses Leerverkaufsverbot“?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Hauer, wissen Sie was? Das ist Gedöns, das ist ungefähr so relevant wie eine Bemerkung in der Kantine der BaFin über Geldpolitik.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nee, ist es, glaube ich, nicht, sondern ich glaube, das ist jemand, der hier in den Vorgang einbezogen war. Ist jetzt nicht irgendwer, den Sie in der Kantine getroffen haben, sondern es ist eine Person, dessen Fachkompetenz zumindest so hoch ist, dass er in das Verfahren einbezogen war. Es waren ja nicht viele einbezogen, wie wir festgestellt haben, beim Leerverkaufsverbot - da kommen wir vielleicht gleich noch mal zu -; denn das ist ja auch an einigen vorbei entschieden worden.

Aber leider sehe ich schon die Uhr hier ticken; deshalb muss ich mir jetzt hier noch eine kurze Frage von meinem Zettel überlegen. Ich frage deshalb zum Abschluss: Mit welchen Vertretern von Wirecard haben Sie über das Thema gesprochen im Untersuchungszeitraum? Vorstand, Aufsichtsrat, Sonstige.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe mit Herrn Eichelmann gesprochen in der Zeit zwischen dem 15.06. und dem 24.06. Am 15. hatten wir unser erstes Gespräch - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): 2000, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** 2020, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): 2020. Ja, meine ich ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Entschuldigung.

**Zeuge Felix Hufeld:** Am 15.06. fand das erste Gespräch, am 24. das letzte Gespräch statt. Es gab drei terminierte Gespräche, die meinem Kalender zu entnehmen waren.

Es gab am Sonntag, den 21. - das beantwortet einen weiteren Teil Ihrer Frage -, eine Telefonkonferenz mit meinem Kollegen Herrn Röseler, an dem der damalige weitere Vorstand Herr von Knoop und, ich glaube, auch Herr Freis - ja, ganz sicher Herr Freis - und auch Herr Eichelmann und ich teilgenommen haben; aber im Vordergrund standen die anderen Kollegen.

Und dann gab es noch drei weitere Gespräche, die quasi spontan über die Mobilnummer zustande gekommen sind, aber samt und sonders in dem Zeitraum 15.06. bis 24.06.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Eine letzte Anschlussfrage, weil das genau dazu passt: Haben Sie in einem dieser Gespräche mal geäußert, dass im Zusammenhang mit den, ja, ich sage mal, nicht vorhandenen Treuhandgeldern, diese Thematik - - dass das eine gegen die Wirecard gerichtete Aktion sein könnte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist Schwachsinn.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Steht nämlich im Aufsichtsratsprotokoll. Aber da kommen wir dann leider erst in der nächsten Runde zu.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Muss ich also den Spannungsbogen bis dahin leider halten.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wunderbar.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Halten wir aus.

**Zeuge Felix Hufeld:** Da ist kein Spannungsbogen drin.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, ist ja zumindest was anderes, als im Protokoll steht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann nennen wir es Cliffhanger. - Okay. Also, ich habe, bevor ich jetzt an Kollegen Toncar für die FDP weitergebe, noch zwei Hinweise.

Erstens die Bitte an Matthias Hauer vielleicht - er hat ganz zu Anfang seines Vortrages und seiner Fragen aus einer Mail zitiert -, dass wir die MAT-Nummer noch eben bekommen für das Protokoll. - Und wir haben - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sehr gerne. Darf ich das direkt machen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, gerne.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das ist MAT A BMF-5.08, Blatt 43.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Perfekt. - Und der zweite Hinweis: Wir werden ja heute, glaube ich, noch etwas Zeit miteinander verbringen. Und wer sich das versüßen möchte, wer für notwendigen Traubenzucker oder auch Durstlöscher sorgen will, der sollte das so bis etwa 20 Uhr tun, weil dann Dussmann entsprechend den Gastro-Service-Wagen vorne beginnt abzubauen. Man hat mir zugesichert, währenddessen wird auch noch gern was abverkauft; aber Sie sollten versuchen, ein Gros Ihrer Bestellung bis 20 Uhr dann besorgt oder eingekauft zu haben. Gut. - So, und jetzt geht es weiter mit Dr. Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Herr Hufeld, nur um das vielleicht noch abzurunden - Sie haben ja schon dargestellt, welche persönlichen Kontakte Sie mit Herrn Kukies und auch mit Herrn Holle hatten im Februar, März 2019 -: Gab es denn darüber hinaus auch Austausch über SMS, Messenger oder vergleichbare Textdienste?

**Zeuge Felix Hufeld:** Keinen inhaltlichen. Ich habe - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** „Keinen ...“?

**Zeuge Felix Hufeld:** Keinen inhaltlichen. Ich habe mir die SMS-Chats daraufhin selbstverständlich genauestens angeguckt. Die bewegen

sich ausnahmslos auf dem Niveau: „Können wir nachher noch mal telefonieren?“, oder: „Wann hast du Zeit?“, oder so, also reine Regiegeschichten. Es gibt da keinen inhaltlichen Austausch, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** - auch nicht mit Frau Wimmer und - - Also, SMS nutzen wir oder ich zumindest nur als Begleitmusik, um Regie zu machen nach dem Motto: Herausfinden, wann Zeit ist, um zu telefonieren oder ein Treffen zu machen oder sonst was.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Als Sie mit Frau Roegele telefoniert haben am 15.02. abends: Hat Frau Roegele - ich meine, 20 bis 30 Minuten sind ja durchaus fundiert, da kann man sich unterhalten - Ihnen gesagt, dass der Vorwurf darin besteht, dass jemand von Bloomberg der Erpresser ist, der von Wirecard Geld haben möchte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Hat sie mir erzählt, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie das - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Sie hat mir erzählt, dass das die Mitteilung der Staatsanwaltschaft sei.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und was haben Sie gedacht, als gesagt wurde, jemand von Bloomberg ruft bei Wirecard an, sagt: „Ich bin von Bloomberg, und ich will Geld sehen, sonst schreibe ich was“? Wie haben Sie denn sozusagen diesen Vortrag - mal unterstellt, es wäre so gewesen - bewertet? War das für Sie - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Absolut abenteuerlich.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, das finden wir nämlich auch. Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber, Herr Toncar, der entscheidende Punkt ist - wenn Sie möchten, können Sie uns das vorwerfen; tun Sie ja schließlich -: Wir haben auf eine Aussage der Staatsanwaltschaft gebaut, nicht auf eine Aussage von Wirecard oder eines Anwaltes von Wirecard.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist deutlich. Ja, wobei wir natürlich wiederum - - Also, man muss ja sagen, dieser Vermerk ist die Wiedergabe eines Gesprächs, wo ausschließlich -

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - der Anwalt von Wirecard in -

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Tut mir leid, Herr Toncar. Das ist mit dem ausdrücklichen Ton der Ernsthaftigkeit von den Staatsanwälten -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** - uns vorgetragen worden. Sonst hätten wir doch gar nicht reagiert. Glauben Sie vielleicht, die werfen uns einfach mal was über den Zaun nach dem Motto: „Guckt, was ihr damit macht“? Das ist ausdrücklich - - Aus sämtlichen Äußerungen meiner Kollegen, aus sämtlichen Unterlagen, die ich später studiert habe, geht das glasklar hervor, dass es nicht einfach nur so mitgeteilt wurde, sondern als eine klare eigene Einschätzung der Staatsanwaltschaft. Sonst hätten wir uns nicht bewegt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie denn - - Also, nehmen wir mal so hin. Es gibt Varianten, sagen wir mal, wie das gelaufen ist, die uns da geschildert worden sind. Aber Sie sind nicht der Einzige, der es so darstellt.

Nichtsdestotrotz hat eine Behörde, die einen Verwaltungsakt erlassen will, ja eigene - - sogar die Pflicht, den Sachverhalt selbst ausreichend aufzuklären.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie denn mal - - Doch.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nicht - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Oh doch, selbstverständlich haben Sie das.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, Herr Toncar, ja. Aber in diesem konkreten Fall hat uns die Staatsanwaltschaft bei Todesstrafe verboten - bei Todesstrafe -, diese Information mit irgendjemand zu teilen. Wir mussten mit nachfolgenden Telefonaten der Staatsanwaltschaft aus den Rippen leiern, dass wir es zumindest den Kollegen der ESMA mitteilen dürfen; das haben sie uns dann zugestanden.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Sonst wurde glasklar gesagt: Topvertraulich! Null Chance!

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Der Name Enderle und der Name Marsalek standen ja im Vermerk. Haben Sie mal überlegt, die anzurufen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich verstehe Ihren Punkt nicht, Herr Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, Sie tragen ja die - - Sie sitzen ja auch deshalb hier übrigens, weil Sie das sozusagen inkorporiert haben, was die Staatsanwaltschaft da vorgetragen hat. Aber wenn Sie einen Vermerk bekommen und die Quelle ist Rechtsanwalt Enderle: Den darf man doch anrufen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, aber selbstverständlich nicht. Wenn die Staatsanwaltschaft uns sagt, die und die Information ist topvertraulich, dann ist sie topvertraulich.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Steht auf dem Vermerk auch nicht drauf, ne? Na ja, okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein - Entschuldigung -, das ist uns klipp und klar mündlich mitgeteilt worden; da gibt es nicht den allergeringsten Zweifel.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Tja. - Kommt es dann und wann vor, dass gegen Journalisten Strafanzeigen gestellt werden?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee. Kommt nie vor - außer in diesem Fall.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Was wussten Sie denn - - Also, dieses ganze Thema „manipulative Short-Attacke“ setzt ja voraus, und zwar sowohl beim Leerverkaufsverbot als auch dann ein paar Tage später beim Thema Strafanzeige, dass Sie belastbare Informationen haben, nicht nur dass es Positionen gibt oder dass es Positionen gibt und Artikel veröffentlicht worden sind, sondern dass es sozusagen ein Zusammenwirken des Verfassers dieser Artikel gab mit den Händlern, die diese Position eingegangen sind. Das müssen Sie auch darlegen, wenn Sie dagegen vorgehen. Was hatten Sie denn gegen die „Financial Times“ belastbar an Informationen? Haben Sie übrigens nachgefragt und eine zufriedenstellende Antwort bekommen, was da gegen die „Financial Times“ konkret vorlag?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Toncar, ich kann Ihnen jetzt nur aus meiner Anschauung - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja, klar.

**Zeuge Felix Hufeld:** Und ich sitze hier als Zeuge, und ich kann Ihnen dazu praktisch nichts sagen. Sie sind jetzt ja nicht mehr beim Leerverkaufsverbot, sondern Sie sind ja jetzt beim Thema „Anzeige am 10. April“.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Bei beiden, weil auch die Behauptung einer manipulativen Short-Attacke, die ja abgewehrt werden sollte durch das Leerverkaufsverbot, genauso voraussetzt, dass die „FT“ an Bord ist, wie das dann später bei einer strafrechtlichen Würdigung, die Ihre Behörde ja auch abgegeben hat, notwendig ist. Beides ist letzten Endes ja - - basiert ja auf demselben Vorwurf gegen die „Financial Times“.

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Toncar, ich lese Ihnen mal vor, was eine Woche später Frau Bäumler-Hösl wörtlich - wörtliches Zitat; das muss nach deutschem Presserecht vom Autor exakt so freigegeben werden - - Ich lese Ihnen das mal vor, ja? Frau Bäumler-Hösl sagt:

Wir haben am Freitag vor einer  
Woche

- das war genau der 15. -

um 7.30 Uhr ernst zu nehmende Informationen von Wirecard erhalten, dass eine neue Shortattacke geplant ist und dass mit viel Geld versucht wird, Medienberichterstattung zu beeinflussen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist exakt der Zungenschlag, mit dem es bei uns eine Woche vorher auch angekommen ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber hatten Sie über das, was die Staatsanwaltschaft - - Das ist ja jetzt was, was die Staatsanwaltschaft schon hatte. Haben Sie denn über diese Information - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, Entschuldigung, Herr Toncar: Was erwarten Sie eigentlich von einer Aufsichtsbehörde? Dass wir -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich erwarte - -

**Zeuge Felix Hufeld:** - die Staatsanwaltschaft nicht ernst nehmen?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Herr Hufeld, ich habe gar keine Erwartung zum Ausdruck gebracht, sondern Fragen gestellt. Aber wenn Sie von manipulativen Short-Attacken sprechen oder sie abwehren wollen durch präventive Instrumente, die das Gesetz Ihnen ja zur Verfügung stellt, dann müssen Sie ja letzten Endes auch und gerade, was die „Financial Times“ angeht, Fakten haben.

Ich lese Ihnen übrigens mal vor, weil Sie gesagt haben, es ist nicht vertretbar, zu sagen, dass das Leerverkaufsverbot rechtswidrig sei, was dazu im führenden deutschen Kapitalmarktrechtskommentar, im Schwark/Zimmer, steht - § 53, Randziffer 19b -:

Die Maßnahme ist ... *kritisch* zu sehen. Insbesondere fehlt es an der Feststellung der nach Art. 20 Leerverkaufs-VO erforderlichen „ernstzunehmenden Bedrohung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für die Finanzstabilität oder das Marktvertrauen“ in Deutschland. ... Die Begründung der Allgemeinverfügung enthält **keine verifizierbaren Fakten**, die eine mögliche Rückwirkung auf andere Unternehmen oder den Markt allgemein begründen könnten. ... Jedenfalls vermag die apodiktische Behauptung eines möglichen Verlusts von Marktvertrauen eine echte Begründung hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der Preisentwicklung eines einzelnen Werts und der des Markts insgesamt nicht zu ersetzen.

Das ist für Juristen schon ziemlich heftig. Ich will das nur auch geraderücken, weil Sie sagen, es ist nicht vertretbar. Der führende oder einer der führenden WpHG-Kommentare in Deutschland hat ganz schön deutlich, und zwar vor der Wirecard-Insolvenz, zum Ausdruck gebracht, wie das Leerverkaufsverbot jedenfalls juristisch gesehen werden kann.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nehmen Sie meine Aussage nur als den Grad der Überzeugung, die ich mit unserer rechtlichen und -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das glaube ich Ihnen.

**Zeuge Felix Hufeld:** - tatsächlichen Einschätzung verbinde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann hat das Wort jetzt Dr. Jens Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Hufeld, ich würde tatsächlich aber auch noch mal genau an dem, was Sie vorgelesen haben eben von Frau Bäuml-Hösl, ansetzen. Zunächst: Ich sozusagen finde das vollkommen nachvollziehbar, dass bei der BaFin die Art und Weise der Hinweise, die Sie bekommen haben, wie sie von der Staatsanwaltschaft vorgelesen wurden - und das haben wir jetzt aus vielerlei Ecken gehört - - Sozusagen: Dann wollte ich mal sehen, was los gewesen wäre, wenn die BaFin nichts gemacht hätte. So.

**Zeuge Felix Hufeld:** Sehr richtig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist sozusagen das, was ich zugestehe. Jetzt ist aber eben dieses Pressestatement von Frau Bäuml-Hösl. Wissen Sie noch, dass Sie das zur Kenntnis bekommen haben, bevor es veröffentlicht wurde?

**Zeuge Felix Hufeld:** Sie meinen die Aussage von Frau Bäuml-Hösl?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ist mir nicht erinnerlich, nein. - Also, das ist jetzt eine überraschende Frage. Ich habe null Erinnerung daran. Ich - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, weil - - Also, es ist Folgendes gelaufen: Am Donnerstag, den 21. Februar, hat Herr Bühring, der Staatsanwalt, dem Herrn Kimmer anbei die morgen herauskommende Presseinformation von Wirecard - - Und das hat Herr Kimmer dann weitergeleitet an Frau Roegele. Und Frau Roegele hat Ihnen das donnerstagabends um 18 Uhr - -

Lieber Herr Hufeld,

nachstehende Information zu Ihrer Kenntnis. Ich spreche gleich mit Frau Schuchhardt dazu.

Und da war eben dieses Statement dabei. Und wenn ich das richtig sehe, haben Sie dann auch relativ schnell Frau Roegele darauf geantwortet:

OK, das ist hilfreich. Zugleich ist bedauerlich, dass die Informationen nach wie vor nur sehr andeutungsweise sind und bei den Medien verständlicherweise mehr Fragen als Antworten auslösen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Stimmt, an die Mail kann ich mich erinnern.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Und war Ihnen sozusagen in diesem Vorgang irgendwie diese Konstellation klar, dass sozusagen der Rechtsanwalt Enderle, der Vertreter von Wire-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

card, diese Pressearbeit mit der Staatsanwaltschaft - wir haben da auch noch mal die E-Mail - - dass die das abgestimmt haben, also dass sozusagen - - Ich will es jetzt nicht übertreiben, aber wir haben schon so ein bisschen die These, die Staatsanwaltschaft war voll im Lager von Wirecard.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich kann das nicht bewerten. Ich sehe mich auch nicht in der Position, Urteile über die Staatsanwaltschaft abzugeben. Das möchte ich nicht, ist auch nicht meine Aufgabe.

Ich kann nur sagen, dass wir sehr unglücklich waren mit der Situation, sozusagen voll ins Feuer zu gehen, mit einer offensichtlich öffentlich wirksamen Maßnahme - sprich: dem Leerverkaufsverbot - am 18., ohne -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Könnten Sie die MAT-Nummer noch nennen?

**Zeuge Felix Hufeld:** - in der Lage zu sein, signifikante Elemente, die dazu einen Beitrag geleistet haben, was möglicherweise auch zu dem rechtlichen Urteil geführt hat, was Herr Toncar eben vorgelesen hat - - Wir mussten ja notgedrungen, was das Gesamtbild, das uns vorlag und das auch zur Entscheidungsfindung über die Allgemeinverfügung geführt hat - - konnten wir nur lückenhaft vortragen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. - Das ist die MAT A BMF-5.15, Blatt 82 bis 86. - Haben Sie eigentlich im Nachhinein sozusagen den ganzen Ablauf - auf dem Weg, sage ich mal, bis Frau Roegele die Allgemeinverfügung unterschrieben hat - noch mal aufgearbeitet, wie das alles gelaufen ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Natürlich. Jetzt im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf meine diversen Besuche bei Ihnen im Finanzausschuss und nicht zuletzt heute habe ich das selbstverständlich, so präzise ich nur irgend konnte, nachvollzogen; das ist eine Selbstverständlichkeit.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und wenn Sie - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Was nicht - Entschuldigung -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja?

**Zeuge Felix Hufeld:** - heißt, dass ich mich an jedes einzelne Detail heute noch erinnern kann; das ist einfach zu viel Stoff.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Klar.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber natürlich habe ich mich darum bemüht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Deswegen: Mir geht es gerade auch vielleicht gar nicht so sehr ums Detail, sondern mir geht es eigentlich, was das jetzt angeht - - Also, ich sage mal, wenn wir jetzt mal darauf schauen, auf die Situation - bei Herrn Kimmer klingelt das Telefon am Freitagmorgen, und Frau Bäumlner-Hösl ist dran, bis am Sonntag: Frau Roegele unterzeichnet die Allgemeinverfügung -, wenn Sie diesen Weg sich anschauen: Wie ist da am Ende, sage ich jetzt mal, Ihre Einschätzung, wie das gelaufen ist? Also, hätte man - - Wo, würden Sie sagen, sind vielleicht auch Fehler gemacht worden, wo hätte man sich möglicherweise besser absichern können? Das wäre meine Frage.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ich muss den Faden wieder aufgreifen, Entschuldigung. - Der entscheidende Punkt, der aus meiner Sicht besser hätte gemacht werden müssen, ist, dass wir in der Allgemeinverfügung selbst klipp und klar hätten aussprechen müssen mit ein paar sehr deutlichen Sätzen, dass diese Maßnahme keine Parteinahme für das betroffene Unternehmen Wirecard darstellt, sondern ausschließlich dem öffentlichen Schutzgut Marktvertrauen dient.

Wir haben das zwar drum herum - ich habe vorhin schon gesagt - in der sehr intensiven medialen Kommunikation ab Montagmorgen dann getan; aber ich muss im Rückblick einfach zur Kenntnis nehmen - das war auch schon relativ



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bald im Rückblick, also innerhalb des Untersuchungszeitraumes -, dass dies unzureichend war. Wir sind nicht mehr gehört worden, jedenfalls nicht in der deutlichen - - in der Form.

Und wir haben damit eine Lücke gelassen, dass das betroffene Unternehmen selbst, nämlich Wirecard, dies natürlich mit größter Freude aktiv dafür verwandt hat, es überall herumzuzeigen als eine Art Persilschein durch eine öffentliche Aufsichtsbehörde BaFin. Die Tür hätten wir viel deutlicher zumachen müssen. Wir haben es getan, aber eben in einer unzureichenden Weise. Also, uns war das vollkommen bewusst, war ein zentral wichtiger Punkt von Anfang an. Aber operativ - das war ja auch Teil Ihrer Frage, glaube ich -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** - hätten wir diesen Punkt deutlicher, klarer, expliziter -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** - in der Verfügung selbst ansprechen müssen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Verstanden. Die Frage, die, glaube ich, wir uns alle natürlich - - Also, noch mal: Ich habe ja meine Sympathie zum Ausdruck gebracht, dass ich auch der Staatsanwaltschaft Glauben geschenkt hätte. Aber wir haben heute auch von Frau Roegele erfahren und auch von vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Linie der BaFin, dass der Prozess, ich sage jetzt mal, gelinde gesagt schon leicht chaotisch gelaufen ist. Also, die Frage - - Also, ich habe heute Mittag Frau Roegele gefragt: Hätte sie nicht mal zum Hörer greifen und Frau Bäumler-Hösl anrufen müssen? Also, sozusagen, um einfach - - weil das ist ja ein Vorgang gewesen, der eben - - Das haben uns alle gesagt, dass das selten passiert ist in dieser Form, dass man - das ist auch von vielen dann gesagt worden - quasi vor die Attacke, vor die vermeintliche Attacke, gekommen ist. Aber gerade weil - - Ich habe gesagt: Das ist doch eine Räuberpistole, die Geschichte. Wäre es nicht bei so einer Geschichte

und auch bei einem Schritt, der so noch nie gegangen wurde von der BaFin, wenigstens notwendig gewesen, dass die Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft nicht auf der untersten Ebene alleine gelaufen ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich verstehe Ihre Frage. Ich finde es sehr schwierig, das im Rückblick zu beantworten. Ich möchte auch auf Folgendes hinweisen: Ich halte es für einen Fehler, bei dem Kranz der Faktoren, die zu dem Urteil: „Wir machen eine Leerverkaufsverbotsverfügung“ - - sich ausschließlich auf den Aspekt der staatsanwaltlichen Informationen zu verengen. Sie gehören dazu, sie sind wichtig; das habe ich auch schon bestätigt, also gar keine Frage. Aber wir hatten objektiv einen extremen Anstieg an Short-Positionen im Markt, wir hatten objektiv einen extremen Anstieg der Volatilität, wir hatten eine hochnervöse Situation. Wenn Sie mich ganz spezifisch fragen würden: „Glauben Sie auch mit dem Wissen von heute, dass wir es hier mit brutalen, kriminellen Short-Attacken zu tun hatten?“, dann sage ich Ihnen hundertprozentig Ja, unter absoluter Garantie Ja.

Wird man das strafrechtlich relevant beweisen können? Schwierig. Da hat die Staatsanwaltschaft mein volles Mitgefühl. Das wissen wir aus x anderen Fällen auch in anderen Ländern. Warum? Das ist fast immer „cross-border“, das ist fast immer in verschiedenen Ländern. An diese Delikte ranzukommen, ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Das Maximum, was die Staatsanwaltschaft München mal hingekriegt hat, war ein Strafbefehl, den sie dann nach § 153 und 35 000 Euro sozusagen eingestellt hat; -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** - ganz schwierige Geschichte. - Also, wenn Sie mich fragen: „Glauben Sie, dass aus der Gesamtheit der Faktoren das Leerverkaufsverbot richtig war?“: Das gehört genau zu den Fällen, die ich in meinem Eingangstatement auch gesagt habe, würde ich auch heute als eine richtige Entscheidung beinwerten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dass hier im Detail im Prozess manches chaotisch gelaufen ist: Ja, wahrscheinlich. Aber überlegen Sie sich mal: Sie kriegen am Freitagfrüh ein Gesamtbild in die Hand. Dann rennen alle los, arbeiten wie die Verrückten Tag und Nacht. Ich war selbst in etlichen Situationen drin, wo Sie eine Bankenkrise haben, wo Sie genau dasselbe wochenends haben, Tag und Nacht mit einer Bank. Wenn Sie das unter dasselbe Brennglas legen würden wie jetzt die Wirecard-Geschichte hier in diesem Kreis und in etlichen anderen Situationen - das schwöre ich Ihnen -, dann würden Sie auch ganz viele, gelinde gesagt chaotische Abläufe vorfinden. So ist das echte Leben, und das möchte ich meinen Kollegen nicht vorwerfen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, aber, Herr Hufeld, ich habe das heute hier schon mal quasi genauso gesagt wie Sie, nur mit einem anderen Ergebnis. Ich habe mir gesagt: Ich mag mir gar nicht vorstellen, was passieren würde, wenn wir genau in so einer Situation Bankenkrise wären, wenn dann die Abläufe genauso wären wie da. - Frau Roegele, die Exekutivdirektorin, der fällt nicht mal auf, dass die Abteilungsleitungsebene komplett aus dem Prozess - - dass die gar nicht auftaucht. Da ist eine Abteilungsleiterin, die zehn Wochen erkrankt ist, und offenbar hat die Stellvertretung - - ist Luft in dem ganzen Prozess. Die Referatsleiterin sozusagen setzt sich darüber hinweg. Es gibt also sozusagen - - dass das in der Hektik mal passieren kann - - Aber das ist das ganze Wochenende. Wir hatten hier Frau Linden, die zu dem Zeitpunkt die amtierende Abteilungsleiterin war, die aus diesem ganzen Prozess ausgeschlossen war. Es hat niemand gemerkt, dass die zuständige Abteilungsleiterin irgendwie nicht an Bord ist. Das kann alles passieren, das ist aber nicht nur sozusagen dieser eine Punkt gewesen. Und deswegen frage ich auch so danach, weil - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Da muss ich passen, Herr Zimmermann. Das - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. Aber ich mache es mal wie Herr Hauer; ich sage, ich möchte Sie ja eigentlich befragen und nicht so ins Plaudern

kommen. Aber bei noch 25 Sekunden verbliebener Fragezeit kann ich Sie aber noch eine Sache fragen. Weil ich den Kollegen Hauer angucke: Ist Ihnen das irgendwie mal untergekommen, dass Herr Kimmer, dieser zentrale Mitarbeiter, Bedenken gegen das Leerverkaufsverbot hatte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Die Frage wurde mir ja vorhin schon gestellt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ich frage deswegen, weil ich habe mir in der Zwischenzeit noch mal das Vernehmungsprotokoll angeschaut und ich konnte es auch nicht finden und ich habe gedacht, vielleicht wissen Sie mehr und können es aufklären. Aber das macht der Kollege Hauer bestimmt dann in der nächsten Runde

(Matthias Hauer  
(CDU/CSU): In der übernächsten!)

- in der übernächsten -, weil das erzählt er nämlich schon den ganzen Tag. Und jetzt haben wir gedacht, jetzt müssen wir mal im Protokoll nachschauen. Wir konnten uns nämlich nicht dran erinnern. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist die wieder-gewonnene Harmonie der Koa; das ist doch schön. - Dann hat jetzt Fabio De Masi das Wort für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr Hufeld, Sie können mir sicherlich die frühere Funktion von Jan Marsalek bei der Wirecard AG nennen, oder? Sie kennen die, was der dort bekleidet hat für eine Funktion im Vorstand?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen, Herr De Masi.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, ich will nur wissen, ob Sie die kennen, die Funktion von Herrn Marsalek, die er dort hatte. Es gibt ja CEOs, und dann gibt es andere Funktionen. Was hatte denn Herr Marsalek für eine Funktion?

**Zeuge Felix Hufeld:** Weiß ich nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Wissen Sie nicht, okay. Aber würden Sie sagen, er war ein Chief Compliance Officer von Wirecard?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr De Masi, ich habe dazu keine Erkenntnisse. Und ich muss mich dazu auch nicht äußern; das hat nichts mit mir zu tun, was Herr Marsalek da alles gemacht hat.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Na ja, es ist schon relevant, weil er war Chief Operating Officer, und in dem Vermerk der Staatsanwaltschaft wurde er als „Chief Compliance Officer“ bezeichnet. Und das wäre vielleicht ja ein Hinweis gewesen für die BaFin, festzustellen, dass die Staatsanwaltschaft vielleicht hier etwas schlampig gearbeitet hat.

(Heiterkeit des Zeugen)

**Zeuge Felix Hufeld:** Gut. Das nehme ich mal so zur Kenntnis.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Da müssen Sie auch lachen, ne? Ich musste auch lachen, als ich das gehört habe, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): - oder weinen, je nachdem. Gut. - Herr Hufeld, wie haben Sie denn erfahren von dieser Mitteilung der philippinischen Banken, dass die 1,9 Milliarden Euro da irgendwie nicht rumliegen oder die Belege dubios sind?

**Zeuge Felix Hufeld:** Durch E-Mail von Frau Roegele, in beiden Fällen und, soweit ich mich entsinne, eine am Morgen des 17. und eine irgendwann im weiteren Verlauf des Nachmittags.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Aber Sie haben darüber nicht mit der Staatsanwaltschaft kommuniziert. Mit wem haben Sie denn dann über diese Mitteilung kommuniziert? Die war ja gewichtig.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, ich bin dann am 18. frühmorgens - - Das ist eines der Gespräche, die im Kalender nicht auftauchen, weil es eben ein

spontaner Mobilanruf von Eichelmann war in dem Zeitraum, der mich dazu befragte. Und dann habe ich ihm bestä- - Wenn ich mich richtig entsinne, hatte er zu dem Zeitpunkt nur einen Brief. - Ich versuche jetzt, mein Gedächtnis, so gut ich kann, aus diesen zum Teil etwas spontanen Telefonanrufen, die seitens Eichelmann dann kamen, zu rekonstruieren. Deswegen bitte ich, das mit einer Prise Vorsicht aufzunehmen, was die exakte zeitliche Zuordnung anbelangt. - Aber sein Anliegen war, dass er - glaube ich, mich erinnern zu können - zu dem Zeitpunkt nur einen Brief hatte von EY, erst einen bekommen hatte, aber wusste, dass es die zweite Bestätigung schon gab, und wollte von mir wissen, ob wir beide haben. Und da konnte ich ihm sagen: Ja, das ist so. - Und dann haben wir darüber gesprochen, und ich habe ihm dann nur die Beobachtung mitgeteilt, dass zumindest auf dem einen Brief ein für mich erstaunlich - - ich glaube, drei Unterschriften oder zwei oder drei Unterschriften von relativ „junior“ im Gefüge einer Bankhierarchie - - nämlich Vice Presidents ist in der Hierarchie einer Bank auch im asiatischen Raum relativ „junior“. Das hatte mich gewundert, dass, genau wie Sie sagen - - Angesichts der Bedeutung dieses Themas, angesichts der Größenordnung dieses Themas fand ich das etwas merkwürdig. Und diese Beobachtung habe ich ihm mitgeteilt.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Ich frage deswegen, weil ich habe jetzt auch in Vorbereitung der Sitzung noch mal - - Wir haben uns ja schon mal über dieses Thema ausgetauscht; wir hatten ja mehrfach die Gelegenheit. Und damals habe ich bereits Sie auch danach gefragt. Und weil ja bei Matthias Hauer der Cliffhanger war, kommt jetzt ein kleiner Spoiler leider: Ich hatte damals über einen Kollegen aus meiner Fraktion, über Michael Leutert, auch abgefragt, wie viele Gespräche Sie hatten mit Herrn Eichelmann. Und da stand in der Antwort:

Mitte Juni 2020 hat der Präsident der BaFin telefonische Gespräche mit dem derzeitigen Vorsitzenden des Aufsichtsrates (Herrn Eichelmann) sowie dem derzeitigen CEO (Herrn Freis) geführt. Darin wurde



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die aktuelle Lage des Unternehmens vor dem Hintergrund der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Informationslage besprochen. Des Weiteren hat der Präsident ein gemeinsames, telefonisches Gespräch mit dem Exekutivdirektor Bankenaufsicht und

Herrn von Knoop - CFO Wirecard -, Herrn Freis - CEO Wirecard -, und Herrn Eichelmann

am 21. Juni ... geführt.

So die Darstellung. - Herr Eichelmann wiederum antwortete mir jetzt kürzlich, er habe sich mit Ihnen bis zu achtmal ausgetauscht, darunter auch im Mai. Also, er konnte es nicht genau sagen, aber er sagte, sehr häufig. Und er sagte auch - Sie hatten mir damals im Juli mitgeteilt, es sei um das Inhaberkontrollverfahren gegangen. Das ist vielleicht eine Definitionsfrage. Er hat gesagt, dass Sie sich zur Finanzholdingeigenschaft ausgetauscht hätten, sagt aber explizit - ich zitiere jetzt wieder aus dem Protokoll -:

An die Abfolge kann ich mich nicht erinnern. Wir hatten im Juni, wie gesagt, auch mehrere Gespräche, also der Herr Hufeld und ich. Und wie gesagt, das Thema Inhaberkontrollverfahren - nach meiner Erinnerung - war kein Thema.

Und dann führte er aber aus:

Ein Gespräch zum Thema Finanzholding fand Anfang Mai statt.

Also nicht wie hier in der Chronologie Juni.

**Zeuge Felix Hufeld:** Da hat er sich mit Sicherheit versprochen. Ein solches Gespräch hat es nicht gegeben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hat es nicht gegeben?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Es kann sein - das kann ich nicht ausschließen, das weiß ich nicht -,

dass Herr Eichelmann vielleicht mit Kollegen in der BaFin gesprochen hat, aber nicht mit mir.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, er sagt hier:

Ein Gespräch zum Thema Finanzholding fand Anfang Mai statt,

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):**

eben nach der Berichtsveröffentlichung. Ich bin ja aktiv auf den Herrn Hufeld selber zugegangen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):**

Die Initiative zur Kontaktaufnahme kam von mir.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist korrekt, allerdings Ende Mai.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Sein Sekretariat hat sich Ende Mai bei meinem gemeldet mit der Bitte um ein Gespräch. Warum auch immer, hat das dann erst am 15.06. stattgefunden. Da bin ich mir hundertprozentig sicher.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und dann bezieht er sich eben auf das Aufsichtsratsprotokoll, das der Kollege Hauer angesprochen hat, aus dem hervorgeht, dass ein Vertreter der BaFin die Mitteilung der philippinischen Banken, dass die 1,9 Milliarden Euro, die Belege, dubios seien, auch als eine - ich nenne das jetzt mal so - Verschwörung gegen Wirecard oder eine gegen Wirecard gerichtete Aktion zu deuten sei. Und ich habe dann Herrn Eichelmann gefragt zu diesem Aufsichtsratsprotokoll, das, glaube ich, der Kollege Michelbach thematisiert hatte - also, das war, als Herr Eichelmann hier war -, wo es um die Einschätzung der BaFin ging usw.:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Diese Aussage wurde von Herrn Hufeld getroffen. Korrekt?

**Zeuge Thomas Eichelmann:** Korrekt. Ich habe nur mit ihm gesprochen.

Und Sie haben ja dieser Aussage jetzt hier widersprochen. Ich habe Sie auch damals bereits, im Juli, danach gefragt, und da haben Sie das auch von sich gewiesen, dass Sie eine solche Aussage getroffen hätten. Also, da sagt Herr Eichelmann schlicht die Unwahrheit dann?

**Zeuge Felix Hufeld:** Eigentlich kann man das wie folgt auflösen: Dass ich zu diesem Zeitpunkt oder zu irgendeinem anderen Zeitpunkt, um es genau zu sagen, an eine Verschwörung gegen Wirecard geglaubt hätte, ist völliger Unfug. Ich habe zu keinem Zeitpunkt jemals an eine Verschwörung gegen Wirecard geglaubt.

Zweitens. Ich habe insbesondere seit Vorliegen des KPMG-Reports ab Ende April ganz bestimmt an alles Mögliche geglaubt, aber nicht mehr an eine Verschwörung gegen Wirecard, sondern seit diesem Zeitpunkt - ich glaube, das habe ich im Finanzausschuss auch bereits mehrfach gesagt und zu Protokoll gegeben - war für mich vollkommen klar: Da ist was faul.

Was ich gesagt habe, ist das, was ich vorhin, vor ein paar Minuten, schon gesagt habe: Ich habe nur darauf hingewiesen, dass ich es überraschend fand, dass relativ juniore Personen eine so dramatisch wichtige Mitteilung unterzeichnet haben - nicht mehr und nicht weniger. Was Sie mich damals gefragt haben, Herr De Masi, das darf ich Ihnen wörtlich aus dem Wortprotokoll vorlesen:

... mir wurde zugetragen, Sie sollen sich da dergestalt geäußert haben, es könne sich bei der aktuellen Lage auch um eine weitere Short-Attacke handeln. Ist denn eine solche Aussage von Ihnen gefallen in dem Gespräch?

Da habe ich Ihnen geantwortet: „Nein“, sinngemäß. - Ich habe mir hinterher den Kopf zerbrochen und gemartert, weil es ja, wie gesagt, zum Teil recht spontane Gespräche waren: Was genau war da dann eigentlich? - Und da bin ich auf folgende sozusagen Spuren in meinem Gedächtnis gestoßen: Es war nach meiner Erinnerung Eichelmann, der dann angesprochen hat: Ja, was heißt denn das? Könnte da irgendwas im Busch sein? - Und ich habe dann gesagt: Weiß ich nicht. Wir haben nicht die geringsten Anzeichen für irgendetwas. - Ich habe, wenn Sie so wollen, telefonisch mit den Schultern gezuckt.

Und die Quelle, auf die Sie sich beziehen, ist ja offensichtlich ein Aufsichtsratsprotokoll der Wirecard AG, das ich nicht kenne. Das ist mir später dann in Auszügen, einzelne Worte, mal von Journalisten vorgelesen worden. Und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie können das haben; ich habe das hier.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr De Masi, in der nächsten Runde.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ich kenne es nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** War nur ein Angebot.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, aber noch mal: -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, weiß ich.

**Zeuge Felix Hufeld:** - Es ist etwas, was Eichelmann in seinem Aufsichtsrat getan hat. Und da kann ich nur sagen: Wenn es stimmt, dass er da geschrieben hat, ich könne es nicht ausschließen, aber mit dem Spin, ich hätte sozusagen suggeriert, es sei so, dann ist das 180 Grad das Gegenteil von dem, was ich gesagt habe. Und ich kann Ihnen nur definitiv versichern, ich habe nicht die geringste Veranlassung gehabt - es gab auch nicht die geringsten Anhaltspunkte dazu -, eine solche Mutmaßung anzustellen. Ich habe das Gegenteil getan, habe gesagt: Weiß ich nicht. Gibt nix. - Und dass dann ein Aufsichtsratsvorsitzender einer ums Überleben kämpfenden Firma in seinen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eigenen Aufsichtsrat zurückmarschiert und den Präsidenten der BaFin sozusagen ein Stück weit für sich vereinnahmen möchte, das kann ich ein Stück weit nachvollziehen, macht die Sache aber inhaltlich nicht besser. Das ist der beste Hintergrund, den ich Ihnen anbieten kann. Die Interpretation, ich hätte sozusagen bis zuletzt an eine Verschwörung gegen Wirecard geglaubt oder hätte mich dergestalt geäußert, ist an Absurdität überhaupt nicht zu überbieten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann ist als Nächstes der Kollege Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jawoll. - Schönen Abend, Herr Hufeld! - Ich wollte noch mal bei dem Punkt einhaken, als es um die Frage geht: Hat man mit dem Leerverkaufsverbot sich auf die Seite von Wirecard gestellt, hat man Partei ergriffen? Und Sie haben ausgeführt, dass das nicht Ihre Intention war. Sie haben aber auch, glaube ich, jetzt realisiert - wir alle -, dass das am Markt, in der Öffentlichkeit anders gewertet wurde.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, in der Tat. Das ist so.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ich glaube, ich würde sagen, in normalen Fällen - bei dem Fall Wirecard ist nichts normal - würde ich Ihnen sogar recht geben aus einer technischen Sicht, wenn wir über ein Unternehmen ganz neutral sprechen, weiß ich nicht, aktuell Biontech oder so was. Aber bei dem Fall - -

**Zeuge Felix Hufeld:** GameStop.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, nein. GameStop ist genau die andere Schublade.

**Zeuge Felix Hufeld:** Na gut.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** GameStop ist die andere Schublade; da ist viel los im Markt, da gibt es Gerüchte, wir wissen nicht genau: Was ist dran, was ist nicht dran? -

Wenn man GameStop ein Leerverkaufsverbot verhängen würde, würde man ja auch Partei ergreifen. Da würden Sie mir recht geben: Wenn man das jetzt heute machen würde, würde das von den Märkten als Parteinahme gesehen werden. Und ich glaube - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Außer wir kommunizieren richtig.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, gut, Kommunikation gehört auch dazu, aber gegen eine Wahrnehmung von Märkten auch manchmal anzukommunizieren, um so eine eigene Realität zu bilden, ist, glaube ich, auch schwierig.

Und jetzt komme ich zu meiner Frage: Würden Sie mir nicht recht geben, dass mit Blick auf Wirecard - weil es eben kein neutrales Unternehmen war, sondern weil auch jede Menge an „rumours“ im Markt waren, immer wieder kritische Berichterstattung - es hier nicht zwangsläufig so gewesen ist, dass man das am Ende als Parteinahme hätte sehen müssen, egal was Sie am Ende des Tages kommuniziert hätten?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Bayaz, jetzt kommen Sie zu einem sehr, sehr - - zu einem der kitzligsten Punkte überhaupt - wirklich. In der Essenz steckt da die Frage dahinter - wenn Sie das nicht gemeint haben, korrigieren Sie mich bitte; aber die Frage habe ich mir selber auch jedenfalls sehr drastisch gestellt -: Ist es möglich, gegen ein Unternehmen, das seinerseits kriminelle Aktivitäten betreibt, kriminelle Shortselling-Handlungen vorzunehmen? Kann man gegen ein kriminell handelndes Unternehmen strafrechtlich relevant Shortselling betreiben? - Eine spannende Frage. Meine Antwort ist: Absolut geht das. Der Gesetzgeber - das sind Sie - hat in Deutschland - nebenbei bemerkt: anders als in vielen anderen Ländern - Shortselling-Attacks zu einem Straftatbestand erklärt. In vielen anderen Ländern ist das kein Straftatbestand; aber ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das geschärft haben als Gesetzgeber vor wie vielen Jahren auch immer.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die Frage ist dann: Wenn der Gesetzgeber sagt, das ist ein Straftatbestand, sollen wir dann unserer Aufgabe der Gefahrenabwehr oder auch der repressiven Tätigkeit nicht nachkommen, weil wir Angst haben müssen, dass aufgrund eines prominent kontrovers diskutierten Falles, in dem Fall Wirecard, es möglicherweise missverstanden werden könnte? Ist das die Konsequenz? Dieser Konsequenz verweigere ich mich. Ich will mich - - Ich verstehe Ihre Frage. Also, fair enough, ja?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich verstehe auch Ihre Antwort. Und ich glaube - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich verstehe Ihre Frage, und das ist ein ganz kitzeliger Punkt. Und glauben Sie mir, darüber muss man nachdenken. Vielleicht haben wir hier naiv gehandelt, aber diese Naivität, finde ich, muss - - Wissen Sie, der Treppwitz der Geschichte ist doch, dass wir im Bereich des Leerverkaufsverbots exakt das getan haben, wozu uns alle möglichen Leute - Sie eingeschlossen - die ganze Zeit hart ermuntern, nämlich couragiert, hart vor der Welle, bevor etwas passiert, Aufsicht zu betreiben, Gefahren - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber, Herr Hufeld, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das haben wir hier getan.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - meine Zeit läuft ein bisschen ab, deswegen: Also, spannender Punkt, super, wenn es kitzelig wird, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - dann müssen wir an anderer Stelle mal weiterkitzeln. Aber ich glaube, es geht ja auch um die Frage der Verhältnismäßigkeit. Und worauf will ich hinaus? Auf der einen Seite gibt es bei Wirecard die Themen bei der Geldwäscheaufsicht, bei der Bankenüberwachung, beim Wertpapierthema usw., Bilanzkontrolle, und andererseits hat man - und Sie sind ja auch ein Jurist - diesen halbseitigen Vermerk der Staatsanwaltschaft und ist da

auf einmal sozusagen so rigoros in der Konsequenz und im Handeln, und auf der anderen Seite ist das nicht. Und dann braucht man sich auch nicht wundern, wenn der Markt das dann auch genau so wertet. Und das ist der Vorwurf, glaube ich, der auch der Behörde an der Stelle gemacht wird.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber der Markt kannte doch die Aussagen der Staatsanwaltschaft überhaupt nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Entschuldigen Sie?

**Zeuge Felix Hufeld:** Der Markt kannte doch die Aussagen der Staatsanwaltschaft überhaupt nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Sie kannten sie.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, aber wir kannten sie, genau. Und wie ich vorhin schon zu Herrn Zimmermann sagte: Es wäre ein Fehler, bei der Würdigung, ob wir das gemacht haben oder nicht, sich ausschließlich auf den Aspekt der Staatsanwaltschaft zu fokussieren. Wir hatten objektiv drastisch steigende Shortselling-Positionen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Darf ich noch mal fragen, weil mir wirklich die Zeit davonläuft: Sie sagten ja vorhin, Sie sind hundert Prozent davon überzeugt, dass es „collusion“ gab, also dass diese Short-Attacke auch strafrechtlich relevant ist. Können Sie mir noch mal erläutern, warum es zwei Monate dann gedauert hat, was in der Zeit passiert ist, dass es zu der Anzeige der Journalisten kam, weil das ja schon auch noch auch unter presserechtlichen Gesichtspunkten ein anderer Sachverhalt ist? Also, ich habe Sie jetzt so verstanden mit Blick auf Leerverkäufe - und das ist das eine; ich glaube, darüber können wir lange streiten, da werden wir uns heute Abend auch nicht mehr überzeugen - - Aber das ist ja schon noch ein besonderer Aspekt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, ich kann Ihnen das nicht beantworten. Ich war in diese - - Ich weiß durch nachträgliches Aktenstudium, dass die Kollegen weitere Recherchen vorgenommen haben, weitere Dinge zusammengetragen haben -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Welche? Jetzt die Journalisten oder Ihre Leute?

**Zeuge Felix Hufeld:** - nein, meine Leute, -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** - die BaFin-Kollegen -, bevor sie zu der Auffassung kamen, dass sie die im WpHG angelegte Pflicht zu erfüllen haben, Hinweise auf eine mögliche Straftat an die Staatsanwaltschaft weiterzugeben. Das steht im WpHG drin, wie Sie wissen; wir sind verpflichtet, Anzeige zu erstatten, wenn wir Hinweise haben. Diese Hinweise müssen nicht konklusiv sein, diese Hinweise müssen nicht abschließend sein. Wir sind nicht die Staatsanwaltschaft, wir sind kein Gericht; wenn wir aber hinreichende Hin-

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wussten Sie, dass die Staatsanwaltschaft gesagt hat: „Wir haben das nie so richtig verfolgt“? Ich meine, es hat ja lange gedauert, bis dann die Ermittlungen eingestellt wurden; aber Frau Bäuml-Hösl hat uns hier gesagt mit Blick auf die Journalisten, so richtig was gemacht haben sie auch nicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, das nehme ich so zur Kenntnis und enthalte mich jeder Bewertung, ja? Die Staatsanwaltschaft ermittelt hinsichtlich Insider Trading weiter, was wir, wie Sie wissen, auch angezeigt haben. Wir haben von Anfang an gesagt: -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Felix Hufeld:** - Entweder war es ein kollusives Zusammenwirken verschiedener Spieler inklusive von Vertretern der „Financial Times“,

oder es war ein klassisches Insider Trading sozusagen ohne die informationsabgebende Stelle, sprich: die „Financial Times“. - Das haben wir von Anfang an so strukturiert an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber Sie sprechen jetzt quasi in Präsensform. Das war die Welt von damals, weil die Ermittlungen wurden ja gegen Herrn McCrum eingestellt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Korrekt. - Ich kann - - Also, wenn Ihre Frage ist: „Warum hat das dann bis zum 10.04. gedauert?“: Kann ich Ihnen nicht abschließend beantworten. Das Einzige, was ich aus meiner Anschauung weiß, ist, dass die Kollegen dazu weitere Untersuchungen - also, meine Kollegen - BaFin-intern machen mussten, um sozusagen das zusammenzustellen, was sie dann an die Staatsanwaltschaft weitergegeben haben. Mehr weiß ich dazu nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, meine Zeit ist leider abgelaufen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ja, ich würde noch mal auf das eingehen. Ich habe Sie jetzt eben so gedeutet, dass Sie gesagt haben, seit dem KPMG-Bericht - also ungefähr April 20, genauer gesagt 27., 28. April - dachten Sie sich schon, dass es bei Wirecard eventuell Betrug gäbe. So habe ich Sie jetzt verstanden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, so konkret - - Nee, tut mir leid. Bedauerlicherweise darf ich das nicht für mich in Anspruch nehmen, sondern ich habe gesagt - - Was ich sagen kann, ist: Der ganze Zweck, warum KPMG beauftragt worden war von Wirecard selbst auf Druck des Großinvestors SoftBank seitens des Aufsichtsrates der Wirecard endlich mal, war ja ein Befreiungsschlag, um mit einer halbjährlichen forensischen Prüfung mit in der Spitze 40 Leuten mit einem sagenhaften Budget von 10 Millionen -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, ich habe - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** - klarzustellen: Wir sind clean. - Und was rauskam war das nackte Gegenteil.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Deswegen - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Und da war für mich klar: Wenn die das mit so einem Aufwand, mit einem halben Jahr, mit Topleuten, nicht hinkriegen, dann stimmt was nicht. - Betrug, Herr Gottschalk, weil Sie eben „Betrug“ gesagt haben: Dass wirklich Betrug im Spiel ist, hat weder KPMG sagen können - das steht ausdrücklich nicht in dem Bericht drin - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe ja auch gesagt, es könnte sich - - dass man dieses Gefühl hat.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, nein, ich möchte nur sehr präzise sein. Mein Störgefühl war: Da stimmt was nicht, da ist was oberfaul.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Zu dem Zeitpunkt kann ich nicht für mich in Anspruch nehmen, gewusst zu haben: Hier ist Betrug im Spiel. - Das ist - Klammer auf - leider - Klammer zu - nicht der Fall gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Deswegen habe ich ja gefragt. Es war mein Eindruck; Sie haben es jetzt geschildert. Ich sage das deshalb, weil Sie am 01.07. ja noch in der Sondersitzung des Finanzausschusses behaupteten: Auch heute - ich zitiere Sie da, ich betone: am 1. Juli - könne noch niemand sagen, ob es sich bei Wirecard um Täter oder Opfer handele. - Protokoll der Sondersitzung des Finanzausschusses vom 01.07., zu finden unter MAT A BT-Präs-1.01, Blatt 313. Können Sie sich daran erinnern, warum Sie damals es noch für möglich hielten, dass es sich bei Wirecard auch um ein Opfer handeln könnte, am 01.07.?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nach meiner Erinnerung habe ich das so nicht gesagt, sondern nach meiner Erinnerung habe ich gesagt, es ist nach wie vor unklar, wer genau Täter und wer genau Opfer ist. Ich war keineswegs der Meinung, dass Wirecard theoretisch auch Opfer sein könnte. - Es kann sein, Herr Gottschalk, dass das so drinsteht. Ich habe zum Protokoll des 01.07. auch damals schon Änderungsvorschläge gemacht, die alle nicht aufgenommen wurden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, ich zitiere mal.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hier ist das Protokoll, und das ist ja dann meistens auch noch mit Steno. Auf die Frage von -

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, das 01.07. war eben genau nicht Steno.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - Jens Zimmermann - - Und dann sagen Sie - geht um 1,9 usw., Punkt, Punkt, Punkt -:

Auch heute könne noch niemand sagen, ob Wirecard Täter oder Opfer sei.

Also, das ist hier so protokolliert.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ja, ich glaube Ihnen das, ich weiß das auch. Ich habe das ja auch - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das dürfen Sie mir - - Sonst lege ich Ihnen das vor.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, das ist doch vom Bundestag. Also, ich wüsste nicht - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Gottschalk, ich habe es gelesen, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** - aber es ist nicht richtig. Ich habe - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, aber moniert haben Sie es bisher nicht. Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, lasse ich so im Raum stehen. - Hat Sie Brauns Rhetorik einfach weiter überzeugt, selbst nach dem Auftritt der Verhaftung noch, oder lagen Sie zum damaligen Zeitpunkt - - Vielleicht hatten Sie auch andere konkrete Hinweise, die ein Festhalten an dieser Opfertheorie dann möglich gemacht haben?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Gottschalk, es gab bei mir keine Opfertheorie; deswegen habe ich auch an nichts festhalten müssen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann frage ich weiter. Am 29.06. hat das BMF - - oder, Herr Hufeld, Sie haben am 29.06. an das BMF geschrieben und baten um einen Termin bei Minister Scholz im Vorfeld Ihres Besuches im Finanzausschuss am 01.07. Offenbar ging es oder ging es für Sie irrtümlicherweise - - oder gingen Sie davon aus, dass Herr Scholz ebenfalls am 01.07. im Finanzausschuss aussagen werde. Sie schrieben da - ich zitiere wörtlich -:

Nach meiner Kenntnis wird der  
Minister kurz danach ebenfalls im  
FA

- also im Finanzausschuss -

sein.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn ich mich insoweit mit dem Minister persönlich austauschen könnte. Da ich fürchte, dass dies am Mittwoch zwischen meinem und seinem Termin im FA kaum gelingen wird, möchte ich anfragen, ob ein Termin mit dem Minister am Dienstagabend

- 30.06. -

möglich ist. Ich würde das sehr begrüßen.

Vielleicht eine Frage vorweg: Wie oft kam es vor, dass Sie so extrem kurzfristig einen Termin mit dem Minister haben wollten?

**Zeuge Felix Hufeld:** In diesem Format war das, glaube ich, ein Mal.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Einmalig, okay. - Weshalb haben Sie Furcht gehabt, dass es nicht mehr zu einer Absprache zwischen Ihnen und Herrn Scholz vor dieser Befragung im Finanzausschuss kommen konnte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, einfach terminlich, war einfach knapp.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na ja, ja, das hätte ich jetzt auch gesagt. Nein, ich meine: Da steckt ja was dahinter, dieses „terminlich“, weil der Termin findet ja nicht des Termins wegen statt, sondern wahrscheinlich, weil er einen Inhalt haben sollte, der die Furcht, dass dieser Termin nicht zustande kommt, auslöst.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, ich - - Bei allem Respekt, Herr Gottschalk: Ich glaube, Sie sind da auf einer falschen Spur.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann klären Sie mich auf.

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau. - Mir ging es darum - und darauf ist der Minister ja dann auch eingegangen -, in einem so relevanten Sachverhalt, den wir zu dem Zeitpunkt ja nun ganz offensichtlich schon hatten, auf dem Tisch hatten, mit extremer Öffentlichkeitswirksamkeit - - Sie erinnern sich an den 22.06., auf den ich eben auch rekurriert habe, an dem ich in einer öffentlichen Veranstaltung mich geäußert hatte und ein paar Stunden vorher per Video der Minister selbst auch, wo ja auch hier und da der Eindruck entstanden ist, wir hätten uns da widersprochen. Und da ging es mir darum, in der Causa Wirecard nicht nur über Dritte, egal wer, sondern in einem direkten Gespräch mit dem Minister die Fakten einfach



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchzusprechen, ihm die Gelegenheit zu geben, mir Fragen zu stellen, mir die Gelegenheit zu geben, meine Sichtweise darzustellen, in einem direkten Gespräch und nicht nur über Dritte. Das war mein Motiv.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Prima. Und das kam ja auch zustande. Aus MAT A BMF-25.14, Blatt 25 geht hervor, dass Sie wunschgemäß einen Termin beim Minister am Vorabend, 30.06., bekamen. Hier wurde dann auch extra der Terminkalender für Herrn Scholz - Zitat BMF - „umgebaut“. Können Sie bitte darlegen, welchen Eindruck Sie an diesem Abend von Herrn Scholz hatten? Und was hat er Ihnen mitgeteilt, dass er am 01.07. nicht kommen würde und warum, und was haben Sie genau an diesem Abend dann miteinander besprochen? Ich glaube, das interessiert uns alle brennend.

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, nach meiner Erinnerung bin ich nicht davon ausgegangen, dass er am 01.07. im Finanzausschuss auftreten wird. Das war, glaube ich, nicht meine Annahme, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** - sondern meine Annahme war, dass er relativ kurz danach auftreten wird. Wenn ich das jetzt nicht vollständig falsch -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut.

**Zeuge Felix Hufeld:** - im Kopf habe, war das dann auch so. Und insofern bleibt es bei dem, was ich Ihnen eben schon gesagt habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, okay. Dann - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Und so ist der Abend auch verlaufen. Wir haben zwischen einer und anderthalb Stunden beieinander gesessen in seinem Büro.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist schon viel Zeit, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich finde das jetzt für einen Präsidenten der BaFin und seinen Minister nicht

übertrieben, wenn es um so ein wichtiges Thema geht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, dann erzählen Sie, was in den anderthalb Stunden dann vor- -

**Zeuge Felix Hufeld:** In den anderthalb Stunden haben wir im Wesentlichen die drei großen Sachblöcke durchgesprochen, zu denen ich dann auch am nächsten Tag Ihnen vorgetragen habe auch in meinem länglichen Eingangsstatement, nämlich das Thema Leerverkaufsverbot, das Thema Bilanzkontrolle und das Thema Finanzholdingprüfung. Das waren zum damaligen Zeitpunkt die drei entscheidenden Sachblöcke. Und da hat er mir einfach einen Haufen Fragen gestellt. Und ich habe - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie ein paar von den Fragen, weil das ist ja nun wichtig, weil dann wissen wir ja auch etwa, auf welchem Kenntnisstand wir den Minister, wenn er hier auftritt, ein bisschen abholen können - - Was wollte er denn so genau wissen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Zunächst mal habe ich zu diesen drei - - ganz vergleichbar zu meinem Vortrag, Sachvortrag am Tag drauf - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das haben Sie eben gesagt; das habe ich verstanden, Herr Hufeld. Ich möchte jetzt wissen - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich kann Ihnen die einzelnen - - Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Hufeld, ich möchte jetzt wissen, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - was der Minister Sie gefragt hat.

**Zeuge Felix Hufeld:** Kann ich im Detail nicht mehr sagen, einfach lauter kleine Detailfragen, auf die ich dann sofort reagiert habe.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, Sie wollen mir jetzt erzählen, Sie sind beim Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, Sie können sich daran erinnern am Abend des 15.02. an einem Flughafen - Frau Roegele ruft Sie an -, wie das Gespräch verlaufen ist. Und jetzt - - Also, ich habe das schon Frau Bäumler-Hösl bewundert - ich hatte das schon eingangs einmal gesagt -: Die wusste exakt, ohne dass da ein Papier lag, was auf Seite 97 des Zatarra-Berichts stand; hat sie einfach mal so aus dem Gedächtnis nach zwei, drei Jahren so gesagt. Und Sie wollen der Öffentlichkeit, mir und den Kollegen jetzt gerade erzählen, Sie haben einen Termin mit dem Finanzminister zu einem Ereignis, das Wellen schlägt und Wellen geschlagen hat, und erzählen mir jetzt, Sie erinnern sich nicht an Fragen, die Ihnen der Minister gestellt hat - - und was er wissen wollte in dem Sachverhalt? Das glaube ich nicht. Und auch das ist Inhalt dieses Untersuchungsausschusses: dass Sie nichts weglassen, auch nichts hinzudichten. Aber - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, das ist mir vollkommen bewusst, Herr Gottschalk.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das hoffe ich.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja. Herr Gottschalk, ich habe im Wesentlichen vorgetragen, und er hat eine Menge kleine Verständnisfragen gestellt. Die kann ich Ihnen jetzt nicht wörtlich zitieren. Ich will Ihnen da nichts vorenthalten. Da ist nichts Dramatisches; es sind Verständnisfragen, wie man Rückfragen stellt, warum wir irgendwas gemacht haben, warum wir zum Leerverkaufsverbot gekommen sind, wie die Bilanzkontrolle in Deutschland strukturiert ist usw. usw., warum - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, er hat Sie nicht gefragt beispielsweise: „Können wir das Unternehmen noch retten?“? Er hat Sie nicht gefragt: „Wie können wir hier Schadensbegrenzung betreiben?“? Er hat Sie nicht gefragt entsprechend: „Sind weitere Maßnahmen möglich?“?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Er hat Sie nicht gefragt: „Gab es Versäumnisse der BaFin, die dann auch als Aufsichtsbehörde dem Finanzministerium auf die Füße fallen können?“? Also, das sind so Dinge, obwohl ich nicht Minister bin, die würde ich sofort fragen, wenn Sie da wären, weil ich natürlich auch Angst um meinen Job hätte.

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, ich kann Ihnen nur berichten, wie es war. Und wir haben allein auf der Sachebene diskutiert; oder wir haben vielleicht nicht diskutiert, sondern ich habe vorgetragen, und er hat Verständnisfragen gestellt, so. Das Einzige, was er am Schluss übergreifend gefragt hat, war, welche Bedeutung ich dem Thema Presse beimesse.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch mal. „Presse“?

**Zeuge Felix Hufeld:** Presse.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, da habe ich ihm gesagt, eine sehr hohe, als Staatsbürger und als Präsident der BaFin, weil Presse ist für uns eine der wichtigsten Erkenntnisquellen, die wir überhaupt haben. Er wollte, glaube ich, herausfinden, ob wir sozusagen da ein gestörtes Verhältnis haben; da ging es natürlich auch um die Anzeige vom 10.04. Und ich glaube, dass ich ihm glaubhaft versichern konnte, dass das nicht meine Motivation oder die meiner Kollegen war. Sie werden sich erinnern, dass ich auch am 22.06. wie auch bei anderen öffentlichen Gelegenheiten auch meinen großen Respekt vor der Leistung von Herrn McCrum von der „Financial Times“ ausgedrückt habe, und das meine ich ernst. Ich habe ihm deutlich gemacht, dass eine Anzeige, die wir erstattet haben, bei Verdachtsmomenten hinsichtlich einer möglichen Marktmanipulation von uns ohne Ansehen der Person erfolgt ist und nicht motiviert war dadurch, dass man einem Journalisten zu nahe treten möchte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann Dr. Michelbach für die CDU/CSU.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, Herr Hufeld, an die Frage anschließend vom Kollegen Gottschalk: Haben Sie mit dem Bundesfinanzministerium eine Art Verschwiegenheitsverpflichtung? Weil Sie da so schmallippig reagieren auf diesen Termin gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister.

**Zeuge Felix Hufeld:** Natürlich nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, im Zuge Ihrer Demission. Es ist ja üblich, dass da gewisse, sagen wir mal, Festlegungen getroffen werden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, mich treffen die gleichen Verschwiegenheitsverpflichtungen, die alle Beamten treffen; da gibt es keine Sonderabreden. Und natürlich treffen mich Verschwiegenheitspflichten, aber natürlich nicht gegenüber einem Untersuchungsausschuss. Also, ich fühle mich hier in keinsten Weise in irgendeiner Form gehindert, mit Ihnen in maximaler Offenheit über alles zu sprechen, was Gegenstand Ihrer Untersuchung ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, jetzt glaube ich das auch. Und anders als die Kollegin Roegele haben Sie ja doch eingangs etwas Selbstkritik geübt; das hat mir gefallen.

Jetzt haben Sie ja auch in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ im letzten Jahr Fehler eingeräumt, und darauf möchte ich zu sprechen kommen. Einmal haben Sie gesagt, die Einstufung als Nicht-Finanzholding von Wirecard war ein Fehler, der Auftrag an DPR war ein Fehler, weil das nicht forensisch zeitnah geprüft werden konnte.

Und was mich nach wie vor erstaunt, ist natürlich, dass Sie das Argument mit der Staatsanwaltschaft auch heute ja wieder angezogen haben. Und bisher alle aus Ihrem Hause haben das Gleiche ausgesagt; also immer war die Staatsanwaltschaft ein gewisses, sagen wir mal, Alibi für das Tun, für die Entscheidung der BaFin. Also, ob die Staatsanwaltschaft da stolz drauf sein kann,

weiß ich nicht; aber es ist so, dass es eben gewisse Rückversicherungen in der Entscheidungsphase zum Leerverkaufsverbot scheinbar in Ihrem Hause aus Unsicherheit gab. Man hat beim BMF angefragt, bei der Bundesbank, bei der ESMA und bei der Staatsanwaltschaft.

Jetzt komme ich nur mal auf die Staatsanwaltschaft zurück. Man hat - und das haben Sie ja auch gesagt - einen Vermerk von der Frau Bäuml-Hösl. - Und ich bitte die Zeit mal anzuhalten. Ich würde Ihnen jetzt den Vermerk mal zeigen und bitte, dass Sie sich das ansehen und mir sagen, wie Sie diesen Vermerk beurteilen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand lesen in diesen  
Unterlagen)

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Wenn Sie das sehen: Da steht ja, dass der Anwalt von Wirecard eine Aussage per Telefon getroffen hat. Und darauf argumentieren Sie auch so wie alle Ihre Mitarbeiterinnen gleich, dass das ein wesentliches Kriterium war, um ein Leerverkaufsverbot zu erlassen. Können Sie mal bestätigen, ob das der Vermerk ist, den Sie zur Grundlage, die Staatsanwaltschaft in Haftung zu nehmen für die Entscheidung Leerverkaufsverbot - - ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, Herr Michelbach, wir nehmen niemanden in Haftung.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir urteilen auch nicht über andere Institutionen. Im Gegenteil: Wir haben großen Respekt vor der Arbeit der Staatsanwaltschaft.

Worüber ich Ihnen Aussagen machen kann, ist meine eigene Anschauung zum damaligen Zeitpunkt. Und das beruht auf den Darlegungen, die meine Kollegen mir gegenüber gemacht haben. Die Vermerke und die Art und Weise, wie diese Vermerke an uns präsentiert wurden - das ist ja



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Mischung aus einem Fax, nämlich diesem Dokument, und weiteren Dokumenten -, und der münd-

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Welches weitere Dokument? Ich kenne keine weiteren Dokumente. Gibt es weitere schriftliche Erklärungen der Staatsanwaltschaft? Das wäre mir neu.

**Zeuge Felix Hufeld:** Uns ist ein Statement per Fax zugeleitet worden von der Staatsanwaltschaft von einem Londoner Händler. Das müsste Ihnen eigentlich vorliegen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber doch nicht von der Staatsanwaltschaft, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Doch, das ist von der - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): - sondern man hat einmal, Herr Hufeld, den Rechtsanwalt von Wirecard Ihnen geschickt und dann eine Erklärung eines Händlers aus London.

(Zuruf: Ein Drogenhändler!)

- Ein Drogenhändler. Und das nehmen Sie als Grundlage für eine solche weittragende Entscheidung?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Michelbach, ich sehe mich außerstande, mit Ihnen das in der Sache zu diskutieren. Ich kann mit Ihnen diskutieren, was ich aus meiner Rolle heraus wahrgenommen habe und was ich dann später im Verlauf meines Aktenstudiums zur Kenntnis genommen habe.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber diese Erklärung aus London, diese eidesstattliche Erklärung, war die unterschrieben?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Michelbach, das ist ein Thema, über das ich mit Ihnen nicht sinnvoll diskutieren kann; es tut mir leid. Ich gehe davon

aus, dass Sie das mit Frau Roegele in extenso besprochen haben, dass Sie das mit Herrn Kimmer und meinen anderen Kollegen, die an der Front an dieser Stelle die Dinge entgegengenommen haben, besprochen haben. Sie werden dort ausführliche Aussagen bekommen haben. Ich habe das alles post factum durch Aktenstudium zur Kenntnis genommen. Ich kann Ihnen das nicht bewerten. Ich kann Ihnen nur mitteilen, wie meine Kollegen dies aufgenommen haben; das habe ich bereits auch jetzt hier im Verlaufe dieses Abends bewertet. Zu mehr sehe ich mich außerstande.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Hufeld, wir kennen uns lange. Ich gestehe Ihnen gerne Glaubwürdigkeit zu, aber ich habe hier das Interview von der „Zeit“, da steht wörtlich:

... wir hatten konkrete Hinweise der Staatsanwaltschaft zu Insiderhandel und konnten feststellen, dass kurz vor entsprechenden Veröffentlichungen an der Börse rund um die Wirecard-Aktie die Aktivitäten zunahmen.

Das steht da nicht drin. Das, was Sie in dem Interview sagen, ist von Ihnen erfunden. Das tut mir leid, das ist leider so.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, aber, Herr Michelbach, das ist unzutreffend. Dass wir einen drastischen Anstieg von Short-Positionen haben, ist objektiv richtig. Das hat auch nichts mit der Staatsanwaltschaft zu tun, sondern das sind Marktdaten. Die liegen vor, die lagen uns zum damaligen Zeitpunkt auch vor. Die Art und Weise, wie die entsprechenden Unterlagen von der Staatsanwaltschaft uns präsentiert wurden, ist jetzt x-fach von Kollegen Ihnen dargestellt worden, ist von mir auch im Verlaufe des heutigen Abends in der Wahrnehmung meiner Person ein weiteres Mal dargelegt worden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, aber dieses Alibi - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Da können Sie nicht im Ernst davon sprechen, dass hier was erfunden wurde.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Dieses Alibi -

**Zeuge Felix Hufeld:** Uns wurde das -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - trägt halt leider nicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** - als ernsthafte Hinweise präsentiert. Ich sage das nicht, weil ich ein Blame Game spielen will mit der Staatsanwaltschaft, sondern ich versuche Ihnen nur aufrichtig zu schildern, was bei uns angekommen ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Jetzt haben die Bundesbank, die Handelsüberwachungsstelle, die Börsenaufsicht keinen Angriff auf Finanzstabilität oder Marktvertrauen gesehen. Jetzt argument- -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, wir auch nicht, Herr Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, gut, jetzt - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir auch nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber Sie haben doch ein Leerverkaufsverbot - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir haben keinen Angriff auf die Finanzstabilität gesehen. Wir haben das - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber auch auf das Marktvertrauen. Und ich will jetzt Ihnen mal vorlegen, was uns die Handelsüberwachungsstelle dargelegt hat: Es ist im Vorgriff Ihres Leerverkaufsverbots ein Absturz der Wirecard-Aktie zu sehen Anfang Februar; das Marktvertrauen wurde nicht gestört. Man hat 13 Prozent minus gehabt, das heißt also, es gab

überhaupt keinen Anlass, dass Sie hier Marktvertrauen als Alibi für Ihre Leerverkaufsverbotsentscheidung hatten.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das ist einfach Fakt. Dieses - -

**Zeuge Felix Hufeld:** - Herr Michelbach, das mögen Sie so sehen. Meine Kollegen und wir haben es anders gesehen. Punkt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, leider, muss ich sagen, ne? Deswegen: Ich muss jetzt noch mal sagen, wir haben ja Ausagen zum Beispiel vom Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Baden-Württemberg hier gehabt. Der sagt, das Leerverkaufsverbot war die wohl gravierendste Fehlentscheidung der BaFin. Also, neben der Landesbank und der Commerzbank und weiteren Banken haben dadurch 1,75 Milliarden Euro unsere Banken verloren. - Was sagen Sie dazu?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nichts. Ich - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** „Staatsanwaltschaft war schuld“, oder was?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, ich lasse mir auch von Ihnen keine Worte in den Mund legen, Herr Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Na ja, also - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich möchte mich aber einer Bewertung enthalten von Leuten, die evident kommerzielle Eigeninteressen in diesem Spiel verfolgen. Das werden Sie von mir nicht hören.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Dass die natürlich noch ihrem Geld nachtrauern, das sie dadurch verloren haben, ist natürlich auch so; die haben das ja als Konsortialkredit nachher noch mal erhöht wegen diesem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gütesiegel, das Sie zu verantworten haben. Gut, also, ich muss sagen - -

Waren Sie an dieser endgültigen Entscheidung - was ich eigentlich lange nicht glauben konnte - zu diesem Leerverkaufsverbot persönlich beteiligt, oder traf die Frau Roegele diese Entscheidung alleine, in eigener Zuständigkeit?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, gut, das habe ich Ihnen, glaube ich, sehr konkret geschildert. Frau Roegele hat mich am Freitag um 18 Uhr angerufen; wir haben 20, 30 Minuten das intensiv diskutiert. Ich werde Frau Roegele hier nicht im Regen stehen lassen. Ich habe mir das, so gut ich konnte, in diesem Telefonat erläutern lassen. Sie hat meinen Segen bekommen - und dazu stehe ich -, unter dem Vorbehalt - das habe ich vorhin auch schon gesagt -, dass es uns gelingt, die ESMA von unserer Sichtweise zu überzeugen, sprich: eine positive Opinion seitens der ESMA bekommen werden. Den Vorbehalt haben wir beide gemeinsam gemacht; das halte ich auch für richtig nach wie vor. Die ESMA hat das geprüft und hat das vollumfänglich bestätigt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, jetzt natürlich zur Frage: Nach dem Erlass des Leerverkaufsverbots, am 9. April 2019, stellte die BaFin Strafanzeige gegen die Journalisten der „Financial Times“. Das ist auch sicher über Ihren Schreibtisch gelaufen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, ist es nicht. Wir haben auch nicht gegen „die Journalisten“, sondern wir haben gegen fünf Händler, eine unbestimmte weitere Anzahl von Händlern, die uns schon aus dem Zatarra-Kontext bekannt waren, und zwei Journalisten - - Wir haben nicht isoliert gegen zwei Journalisten Anzeige erstattet, sondern insbesondere gegen die Händler, wo wir klare Evidenz hatten, dass sie illegale Short-Attacks aufgebaut hatten. Und weil wir glaubten, Hinweise zu sehen, dass es eventuell auch ein kollusives Zusammenwirken mit Informationsgebern - sprich: der „FT“ - geben könnte, haben wir das mit in die Anzeige aufgenommen. Aber wie ich vorhin schon erläutert habe, war gleichermaßen Gegenstand der Anzeige die eines Insider

Tradings, wo es auf die beiden Journalisten da nicht angekommen ist, -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut - -

**Zeuge Felix Hufeld:** - wogegen, nebenbei bemerkt, Herr Michelbach, wie Sie wissen, von der der Staatsanwaltschaft in München nach wie vor ermittelt wird.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gegen den Herrn Matthew Earl nicht mehr, und gegen -

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, nein.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): - Herrn McCrum auch nicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Es wird gegen Insidertrading ermittelt oder in Sachen Insider- -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Es ging mir um die Journalisten, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): - Herr Hufeld. Und wenn Sie mal mit den Herren McCrum und Matthew Earl gesprochen hätten, dann hätten Sie erkannt, was Ihre Entscheidung der BaFin bei denen an menschlichen Tragödien ausgelöst hat: Die wurden bewacht, die wurden letzten Endes auch angegangen ohne Ende, in der Familie usw., die wurden gehackt und beschattet und was auch sonst. Also, Sie haben diese Leute bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, und ich möchte von Ihnen wissen: Welche neuen Erkenntnisse lagen im April 2019 dieser Strafanzeige zugrunde? Wollten Sie damit das Leerverkaufsverbot noch mal in irgendeiner Form ummanteln, oder was war - - Weil es war ja dann nicht die - - Es hat ja nicht die Entwicklung stattgefunden, die Sie sich ausgemalt haben, mit dem Leerverkaufsverbot.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Die BaFin ist zu diesem Zeitpunkt, 10.04., einer gesetzlichen Pflicht nachgekommen, Anhaltspunkte, die sie glaubt auf dem Tisch liegen zu haben, der Staatsanwaltschaft im Wege einer Anzeige zur Kenntnis zu bringen, nicht mehr und nicht weniger.

Herr Michelbach, wenn Sie mir die persönliche Bemerkung erlauben: Wenn persönliche Beschwerden als Folge einer aufsichtlichen Maßnahme entstehen - das ist hier kein Einzelfall, ja? -, dann tut mir das menschlich leid und weh. Aber, Herr Michelbach, ich habe Sie in meiner gesamten achtjährigen Amtszeit nie damit behelligt, welche Drohbriefe und welche sonstigen Dinge ich und meine Familie in meiner Amtszeit auf Monatsbasis erleiden durften; darüber redet man nicht. Insofern, glaube ich, ist mir sehr gut geläufig, was es bedeutet, exponiert seine Pflicht zu tun.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, diese Entschuldigung respektiere ich natürlich. Und dafür bin ich auch dankbar; -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist keine Entschuldigung, Herr Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - da bin ich auch dankbar dafür. Wir bekommen alle diese Dinge zu spüren, aber trotzdem haben wir uns einer Aufgabe verpflichtet, nämlich die Dinge aufzuklären und auch nicht wieder entstehen zu lassen. Und was ließ Sie damals so sicher sein, dass die Vorwürfe gegen die Wirecard unzutreffend sind? Da gab es doch so viele Hinweise, Medien und öffentliche Dinge, die einfach auch diese Opferrolle, in die sich Wirecard hineinbegeben hat, eigentlich als unglaubwürdig gesehen haben.

Haben Sie sich mal mit dem Geschäftsmodell damals auseinandergesetzt?

**Zeuge Felix Hufeld:** Selbstverständlich. Herr Michelbach, wir waren seit Anfang 2019 ausdrücklich nicht mehr der Auffassung, dass Wirecard nur Opfer sein kann oder unschuldig oder irgendetwas. Wir haben, wie Sie genau wissen, zu

Beginn 2019 eine Verlangensprüfung der Bilanz vorgenommen, die dann leider sehr lange gedauert hat, siehe zweistufige Struktur der Bilanzkontrolle, eine fürchterlich langsame und schwierige Veranstaltung, die hoffentlich jetzt reformiert wird. Wir haben - absolut - seit Beginn 2019 in alle Richtungen auch gegen Wirecard ermittelt; wir waren keineswegs auf einem Auge blind, und wir waren keineswegs davon überzeugt, dass gegen Wirecard hier nur eine Verschwörung ist. Wir haben eine Vielzahl von Ermittlungen gestartet. Es ist ein Teil der Tragik dieser ganzen Situation, dass wir die Anzeigen gegen Wirecard selbst aufgrund der Bausteine, die man braucht, um das wirklich tun zu können - - sich sehr viel langsamer entwickelt haben als die Anhaltspunkte, die wir bereits am 10.04. gegen die Händler und auch die beiden Journalisten zur Anzeige gebracht haben. Das ist tragisch und schmerzhaft, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir absolut auch gegen Wirecard ermittelt haben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, nachher ist man immer klüger; das gestehe ich Ihnen zu. Aber - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, wir haben auch damals, vorher schon, gegen Wirecard ermittelt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber Sie müssen doch mal gemerkt haben, dass diese Begründung zum Thema Marktvertrauen ein Fehlschluss war, denn das Marktvertrauen kann ja nur dann gestört sein, wenn es Abstrahlungseffekte auf dem Gesamtmarkt gibt. Und diese Abstrahlungseffekte sind ja nie entstanden, sodass Sie also natürlich eigentlich in der Analyse nachträglich gesehen haben müssen: Ja, Mensch, da haben wir total falsch gelegen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Wenn Sie Gefahrenabwehrenscheidungen zu treffen haben - und wie in genau solch einem Fall unter hohem Zeitdruck -, dann ist es nicht nur richtig, sondern es ist unsere Pflicht, mit exakt dem Wissen und dem Einschätzungsvermögen zu exakt diesem Zeitpunkt - das ist dann Freitag, Samstag, Sonntag - zu arbeiten, das uns zu dem Zeitpunkt vorliegt. Und das hat uns nach bestem Wissen und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gewissen zu der Entscheidung geführt, dass hier eine Gefährdungssituation vorliegt, gegen die wir vorzugehen haben. Wenn sich später Dinge irgendwie anders entwickeln, ist das vollkommen irrelevant für die Bewertung der Frage, ob man zu dem Zeitpunkt eine korrekte und angemessene und richtige, vielleicht sogar couragierte aufsichtliche Entscheidung getroffen hat, ja oder nein.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, aber Sie hatten weder eine Zustimmung schriftlich der Bundesbank zu dem Thema, Sie hatten durch das BMF keine Zustimmung, Sie hatten von der Börsenaufsicht Kritik, Sie hatten von der Handelsüberwachungsstelle Kritik, und trotzdem haben Sie - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Tut mir leid, Herr Michelbach, das ist falsch; das ist schlicht falsch, was Sie da sagen. Wir brauchen keine Zustimmung von irgendjemand.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das ist richtig.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir hatten keinen Dissens mit der Deutschen Bundesbank, um das ausdrücklich zu sagen. Das haben Sie ganz klar auch von den Kollegen der Bundesbank mitgeteilt bekommen. Die Bundesbank ist in doppeltem Sinne nicht zuständig für Bewertungen der Fragen des Marktvertrauens. Hinsichtlich der Frage der Finanzstabilität gab es absoluten Konsens zwischen uns der Bundesbank.

Die Handelsüberwachungsstellen sind von uns befragt worden wegen einer möglichen Handelsaussetzung, die wir ausdrücklich nicht durchgeführt haben.

BMF: Ich kann nur wiederholen: Eine aufsichtliche Einzelentscheidung - und genau darum handelt es sich hier - wird von der BaFin im Zustand der Unabhängigkeit durchgeführt. Hier gibt es keinen Genehmigungsvorbehalt durch das BMF; er existiert schlicht nicht. Er wäre, nebenbei bemerkt, krass europarechtswidrig.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also, mein Eindruck, Herr Hufeld, ist nach wie vor, dass die BaFin unbedingt mal ein Leerverkaufsverbot durchsetzen wollte, und zwar natürlich über ein Wochenende hinweg, ohne dass hier alles im Boot war.

Sie haben ja selber Zweifel. Am 14. Juli 2020 forderten Sie eine Visualisierung der wichtigsten Entwicklungen auf einer Seite an, die klar zeigen sollte, wann die BaFin eingreifen musste. Die Rekonstruktion stellt sich jedoch als schwierig dar. In einer E-Mail vom 16. Juli 2020 von Frau Schlothauer an Frau Schuchhardt, also Ihre Pressestelle, heißt es - ich zitiere wörtlich -:

Demnach lässt sich alleine aus den NLP kein Eingreifen aus Leerverkaufssicht begründen. Auch waren ... die Anstiege der NLP gerade nicht vor dem Bericht, sondern danach. Daher würde die Darstellung einer längeren Historie zur NLP-Position den Erlass der Leerverkaufsmaßnahme nicht visuell/argumentativ untermauern.

Also, das ist die Entlarvung der ganzen Chimäre; das müssen Sie doch zugeben. Das ist Ihre eigene Pressestelle. Wörtliches Zitat.

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Michelbach, das ist meine eigene Mail. Ich habe die Anforderung gestellt: Könnt ihr mir das mal grafisch visualisieren? - Und ich empfand es - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber die Mail von Frau Schlothauer - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ja, schon gut. Wenn Sie die Mail-Kette weiterlesen, dann werden Sie sehen, dass ich durchaus enttäuscht darüber war, dass man das in dieser Form nicht machen kann. Und wir bewegen uns jetzt in der Mitte des Jahres 2020, wie Sie eben selbst zitiert haben, also sehr, sehr lange nach Erlass der Maßnahme selbst. Ich kann, was die Maßnahme selbst angeht, nur wiederholen, was ich eben gesagt habe: Ich hätte gerne eine präzise Visualisierung der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kausalität zwischen Nettoleerverkaufspositionen, also Short-Positionen, und Kursbewegungen gesehen. Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass das eine ausgesprochen schwierige Veranstaltung ist; alle weiteren Fachleute bestätigen mir das. Ändert nix an der Tatsache, dass Short-Positionen in drastischer Weise sich in den Wochen vor unserer Maßnahme erhöht und aufgebaut haben; an dem Fakt ändert das überhaupt nichts.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber aus Ihrem eigenen Haus - - Erlass der Leerverkaufsmaßnahme kann argumentativ nicht untermauert werden. Das ist doch - - Da muss ich doch nur sagen, in - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Michelbach, ich werde Ihnen Ihre Bewertung nicht nehmen können, Sie werden mir meine nicht nehmen können. Ich werde mit Ihnen keine politische Debatte darüber führen können, -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Nein, ich will das gar nicht politisch sehen, -

**Zeuge Felix Hufeld:** - weil das nicht meine Aufgabe ist. - Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): - sondern ich will hier aufklären -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): - und will die Fakten von E-Mails aus Ihrem Haus hier auch in die Aufklärung bringen. Das ist meine Aufgabe.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Es tut mir leid, Herr Hufeld.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, ich bitte Sie. Ich kritisiere Sie ja nicht. Das ist völlig in Ordnung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Michelbach. - Dann mache ich mal weiter. Also, gut

fand ich - nur, das kippt jetzt gerade, der Eindruck, bei mir -, dass Sie quasi sagen: Okay, wir brauchen zukünftig für Leerverkaufsverbote eine Art von Beipackzettel, auf dem steht: „Leerverkauf ist keine Aussage über den Gesundheitszustand des Unternehmens.“

**Zeuge Felix Hufeld:** Korrekt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Finde ich gut.

**Zeuge Felix Hufeld:** Absolut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber ich stelle mal die andere Indikation; ich will mal versuchen, das zu kondensieren, was der Kollege Michelbach eben gesagt hat und was ich Ihren Äußerungen und auch denen von Frau Roegele entnehmen kann: Kann es sein, dass die Behandlungsmethode Leerverkauf und dass Sie erstmalig so vor der Welle schwimmen konnten - - Das macht einen ja auch in einer gewissen Weise total motiviert, und Sie sagen: Hey, jetzt sind wir endlich mal davor und nicht immer die Letzten. - Das kann ich mir sogar bei polizeilichen Ermittlungen dann vorstellen, weil man endlich mal sagt: Okay, ich schnappe nicht den Täter auf frischer Tat oder später, wenn schon alles zu spät ist, sondern ich kann das Verbrechen vereiteln. - Kann das sein, dass eben dieses „vor der Welle“, was Sie ja auch fast schon in gleicher Wortwahl wie Frau Roegele hier betont haben, Sie so euphorisiert, vielleicht auch in der gesamten Abteilung - jetzt bin ich mal positiv - übermotiviert gemacht hat, dass Sie sämtliche Logik, sämtliche eigenen Warnmechanismen, sämtliche eigenen Leitlinien über Bord geworfen haben, um endlich zu sagen: „Wow! Jetzt zeigen wir es denen mal“, mal jetzt ganz selbstkritisch?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Gottschalk, diese Frage habe ich mir bestimmt hundertmal gestellt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, und wie ist das so? Da gibt es ja ein Lied, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Die Frage ist berechtigt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - „Hundert Mal berührt“ oder so, oder „Tausend Mal“. Und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen? Kann das sein, was ich sage?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich persönlich komme zu dem anderen Schluss und sage: Ja, Sie haben recht. Es war eine besondere Situation. - Das habe ich ja eingangs ja schon erläutert: Es ist selten, dass wir nicht hinterherkommen, sondern die Chance haben, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... davor zu sein.

**Zeuge Felix Hufeld:** - vorher Gefahrenabwehr zu betreiben. Das ist vollkommen zutreffend. Hat uns das blind gemacht, wie Sie sagen, euphorisiert? Ich glaube es nicht. Ich glaube, die Kollegen haben sich ganz große Mühe gegeben, wirklich -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das glaube ich auch.

**Zeuge Felix Hufeld:** - abzuklopfen - - Ja, aber nicht im blinden Zustand, nicht im euphorisierten Zustand. Und wissen Sie, Herr Gottschalk und alle Kollegen: Wir werden nun ausgerechnet im Rahmen der Debatte über Wirecard in zum Teil extrem aggressiver Form aufgefordert, einen Kulturwandel an den Tag zu legen; das Wort „Kulturwandel“ wird dreimal täglich zu Markte getragen. Damit meinen Sie doch, dass die BaFin forscher, aggressiver Aufsicht betreiben soll. Hier haben wir es jetzt getan, und als Belohnung halten Sie uns jetzt vor, wir seien euphorisiert gewesen und hätten lauter Fakten übersehen. Da kann ich nur sagen: Entschuldigung, das kriege ich nicht übereinander. Eine Aufsicht - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich finde, das ist jetzt zu anderen Äußerungen, was ich hier jetzt sage, eher strafmindernd, wenn man sagt, man ist euphorisiert und übermotiviert und da ist eine Menge Adrenalin drin. Aber okay, ich will das nicht vertiefen, weil ich habe jetzt auch nur noch wenig Zeit.

Ich würde gerne noch mal - da lass ich Sie ja nun nicht von der Angel - -

(RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht: Entschuldigung, Herr Vorsitzender, aber wenn Sie hier von „strafmindernd“ reden, dann wäre das ein Anlass für mich, wenn wir hier bei Gericht wären, einen Befangenheitsantrag sofort zu stellen!)

- Okay. Gut, dann ziehe ich das zurück.

(Zuruf: Wir sind hier aber nicht bei Gericht?)

- Wir sind zwar nicht bei Gericht, aber - -

(RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht: Die gleichen Regeln gelten hier im Untersuchungsausschuss!)

- Ja, aber ich habe eine Metapher verwandt und habe gesagt - - Okay. Okay, aber gut.

(Unruhe)

- Ich schreibe mir jetzt auch mal ein bisschen Zeit gut. - Ich komme noch mal auf das Gespräch mit Herrn Scholz zurück. Ihrer Erinnerung nach: Ist das protokolliert worden oder in irgendeiner Form dokumentiert worden? Ist ja nicht ganz unwichtig gewesen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, natürlich nicht. Solche Gespräche werden nicht protokolliert.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Können Sie sich denn erinnern, auf welche gemeinsame Linie - ich habe von Herrn Schulte gelernt, das nennt man dann professionelles Regierungshandeln - Sie sich da verständigt haben an dem Abend?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, wir haben uns auf keine Linie verständigt. Ich habe - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also auch keine Sprachregelung?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ach! Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein? Okay. - Gut, dann mache ich weiter. Am 16.12.2019, also kurz vor Weihnachten, wandte sich ein Aktionär der Wirecard an Sie. Er ging hierin auf das Leerverkaufsverbot vom Februar 2019 ein und betonte, dass die BaFin damit ein spektakuläres - - Das haben wir alles, ne? Er warf weiter die Frage auf, weshalb die BaFin auf die inzwischen weiter ausufernde „FT“-Negativberichterstattung zu Wirecard nicht ähnlich wie im Februar reagiere. Er resümierte dann - zu finden auf MAT A BMF-4.62 -:

Es hat den Schein, also [sic!] ob die BaFin erkannt hat, dass das damalige Handeln nicht korrekt war.

Können Sie dieses Schreiben - - Oder erinnern Sie dieses Schreiben an Sie?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, tue ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nicht. - Hat dieser Aktionär im Dezember 2019 die Lage damals richtig beurteilt in dem, dass im Laufe des Jahres 2019 bei der BaFin ein Lernprozess eingesetzt hat?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Gottschalk, beim besten Willen: Ich kann mich an diese Mail nicht erinnern. Ich kriege, der Präsident der BaFin kriegt im Paar-Wochen-Rhythmus Drohungen, Dienstaufsichtsbeschwerden, sonstige Beschwerden, sonstige weltumspannende Erkenntnisse von irgendwelchen Anlegern oder sonstigen Leuten zugeschickt. Das ist ein Grundrauschen -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** - im Rahmen dieses Jobs. Das leite ich dann weiter, und in der Regel geht es dann in die Beschwerdebearbeitung oder wo

auch immer hin. Ich habe da keine spezifische Erinnerung dran.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann würde ich noch mal fragen wollen: Aus MAT A BMF-25.28, Blatt 12 ff. geht hervor, dass Sie am 12. Mai 2020 an Frau Wimmer, Bundesfinanzministerium, einen Sachstandsbericht mit dem Titel „Wirecard KPMG Sonderprüfungsbericht“ sendeten.

**Zeuge Felix Hufeld:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hier hielten Sie unter anderem Geldwäscheaspekte fest. Ich zitiere:

Es besteht keine Verpflichteteneigenschaft der Wirecard AG nach dem GwG. Bei der Wirecard AG handelt es sich weder um ein Finanzinstitut noch um einen *anderen* Verpflichteten nach § 2 GwG. Allein die Tatsache, dass die Wirecard AG indirekte Muttergesellschaft eines nach GwG verpflichteten Unternehmens (hier der Wirecard Bank AG) ist, führt nicht zu entsprechenden geldwäscherechtlichen Verpflichtungen der Wirecard AG selbst.

So Ihr Zitat. - Es wird dann geantwortet. Aus MAT A BayStM [sic!] geht allerdings hervor, dass die BaFin dann am 22.06. der Regierung von Niederbayern mitteilt, dass die Wirecard AG als Finanzunternehmen einzuschätzen sei. - Das vorneweg.

Daher nun meine Frage an Sie: Wie erklären Sie es sich, dass sowohl der Vertreter der BaFin als auch des BMF über die geltende Gesetzlage nicht Bescheid wussten? Das ist ja so ein bisschen der Anschein, der sich in diesem entsprechenden Schriftwechsel aufdrängt. Und hat man im BMF Ihren Sachstandsbericht vom 12. Mai 2020 gar nicht gelesen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das kann ich nicht beurteilen. Ich gehe mal davon aus, dass er gelesen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde. Ich bin ja gebeten worden, einen Sachstandsbericht abzugeben. Dem bin ich nachgekommen. Im Rahmen eines vernünftigen Sachstandsberichtes schildert man auch die Rechtslage. Das tut man nicht, um das BMF zu belehren, in der Annahme, dass das BMF davon noch nie was gehört hat, sondern es ist eine Frage der Vollständigkeit eines Sachstandsberichtes, dass man die rechtlichen Grundlagen auch mit zitiert. Mehr steckt da nicht dahinter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Gut. - Dann schaue ich zur SPD. - Frau Kiziltepe, bitte schön.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank. - Herr Hufeld, alle Welt interessiert sich seit Tagen für Ihr Gehalt. Sie sind ja auch Chef einer öffentlichen Behörde. Jens Weidmann verdient über 400 000 Euro; das steht im Geschäftsbericht. Der FINMA-Chef verdient über 500 000 Euro; das ist auch öffentlich.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich hoffe, ich brauche Sie niemals, aber vielleicht geben Sie mir trotzdem Ihre Visitenkarte, Herr Rechtsanwalt.

(Heiterkeit)

Genau. Mich interessiert das auch. Können Sie uns das verraten, oder ist das ein Staatsgeheimnis?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich bin vor wenigen Tagen von meinem Dienstherrn nochmals ausdrücklich darüber aufgeklärt worden, dass meine Aussagegenehmigung auch hier im Ausschuss sich ausdrücklich nicht auf die Beantwortung dieser Frage erstreckt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank. - Dann wollte ich noch mal zurück - -

(Zuruf des Abg. Dr. h. c.  
(Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU))

- Wie bitte?

(Zuruf des Abg. Dr. h. c.  
(Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU))

- Dazu will ich mich nicht äußern, Herr Michelbach. - Genau. Dann möchte ich noch mal zurückkommen auf diese ganze Wirecard-Story und die Geschichte. Es sieht ja so aus, als ob Jan Marsalek viele mit den Behauptungen eben überzeugt hat, viele auch geblendet wurden, auch ein gewisser Herr Enderle, der als sehr vertrauenswürdig erachtet wurde, auch von der Oberstaatsanwältin, der von der CSU-Gauweiler-Kanzlei stammt. Der ist an die Staatsanwaltschaft herangetreten und hat diese Geschichte, diese Story, erzählt darüber, dass eben eine Short-Attacke geplant sei.

Und wir hatten ja auch Frau Roegele heute, und sie hat uns gesagt: Selbstverständlich arbeiten wir sehr eng mit der Staatsanwaltschaft zusammen. Und was die Staatsanwaltschaft uns sagt - - Und wenn sie eben sagt, dass das alles ernst zu nehmen ist, dann nehmen wir das auch ernst. - Und daraufhin wurde ja auch gehandelt. Sie haben gesagt: Ja, es wurde noch mal ein Dokument nachgereicht. Das war das Dokument oder diese eidesstattliche Aussage des Zeugen oder Drogenhändlers, wie Kollege Toncar sagte, D. J. Harris. Diese Zeugenaussage war ja nicht unterschrieben. Ist Ihnen das aufgefallen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, ein weiteres Mal: Ich persönlich habe diese Unterlagen alle erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt zur Kenntnis genommen, beim Aufbereiten der Akten. Zum Zeitpunkt des besagten Wochenendes, in dem das berühmte Leerverkaufsverbot ausgesprochen wurde, beruhte mein Kenntnisstand auf dem jetzt mehrfach geschilderten Telefonat mit Frau Roegele. So. Was immer ich in diesem Telefonat von ihr mitgeteilt bekommen hatte und auch hinterfragen konnte, habe ich im Wege eines Telefonates zur Kenntnis genommen. Alles Weitere kam irgendwann später.

Was mir allerdings befremdlich vorkommt, ist: Wenn wir - wie auch das andere Dokument, das mit dem Vermerk von ernsthaften Hinweisen - ,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

von der Staatsanwaltschaft Unterlagen übermittelt bekommen, dann müssen wir zunächst mal davon ausgehen, dass diese Unterlagen auch einen gewissen Aussagegehalt haben. Dann sehe ich es nicht als Aufgabe einer Finanzaufsichtsbehörde, sozusagen als Oberlehrer der Staatsanwaltschaft aufzutreten und die Qualität der Unterlagen ein weiteres Mal zu überprüfen, insbesondere - ich wiederhole das - wenn die Staatsanwaltschaft uns sehr deutlich mitteilt, dass die Unterlagen und die Informationen topvertraulich sind, die uns jeden Weg abschneiden, in irgendeiner Form eigene Recherchen zu machen. Wir lassen mal beiseite, wie man das dann im Rahmen eines Wochenendes für eine Gefahrenabwehrmaßnahme macht.

Wir hatten natürlich keine Kenntnisse über die möglicherweise kriminelle Historie dieses Händlers D. J. -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** ... Harris.

**Zeuge Felix Hufeld:** - Harris und müssen einfach darauf zählen können, dass qualifizierte Unterlagen, die uns vorgelegt werden, auch einen entsprechenden Aussagegehalt haben, wenn sie mit einem bestimmten Kontext uns vorgelegt werden. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Hufeld, wir haben auch Frau Bäumler-Hösl mit diesen Fragen konfrontiert und auch mit dieser Frage. Sie hatte eingeräumt, dass zu keinem Zeitpunkt im Nachgang auch eine unterschriebene Zeugenaussage dann durch Wirecard vorgelegt wurde. Wir haben sie aber auch gefragt: Kann man darauf aufbauend dann eine ernstzunehmende Bedrohung feststellen und sich an die BaFin wenden? Und sie hatte gesagt - ich zitiere aus dem Stenografischen Protokoll -:

Na, das prüfe ich ja nicht. Ich prüfe nicht, ob das plausibel ist, wenn jemand zu mir kommt und bei mir Anzeige erstattet. Was meinen Sie, was ich jeden Tag alles lese?

Und sie hatte auch gesagt oder so suggeriert, dass das die Aufgabe der BaFin gewesen sei, dem nachzugehen, ob das plausibel ist etc., was die Vorwürfe angeht. Deshalb wollte ich auch diese Fragen Ihnen hier noch mal stellen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja. Nee, verstehe ich vollkommen. Sie werfen damit ein sehr, sehr grundlegendes Problem auf. Wir arbeiten in der Tat mit sehr vielen - ja nicht nur mit der in München - Staatsanwaltschaften zu allen möglichen Themen sehr eng und sehr vertrauensvoll zusammen.

Was ist denn die Lektion aus dem, was zwischen den Zeilen Ihrer Frage, die Sie auch Frau Bäumler-Hösl gestellt haben, mir jetzt genauso durchschimmert? Die einzig realistische Lektion, die man daraus ziehen müsste, wenn man sich nicht darauf verständigt, dass wir uns auf Dinge verlassen können, die uns - ich wiederhole mich - mit der ausdrücklichen Begleitmusik der Ernsthaftigkeit übermittelt werden: dass wir im Prinzip von uns aus erst mal Dinge, die uns von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt werden, für so nicht belastbar halten. Das wäre die Konsequenz davon.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja. Aber - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß nicht, wie man in einem behördlichen Zusammenspiel in Deutschland damit umgehen soll. Ich weiß auch nicht, wie eine Finanzaufsichtsbehörde, die eben genau nicht über die Ermittlungsmöglichkeiten einer Staatsanwaltschaft verfügt, dann ein höheres Wissen entwickeln soll als ausgerechnet eine Staatsanwaltschaft. Und noch mal: Ich sage das nicht, weil ich jemanden kritisieren will. Ich wüsste nicht, wie man das verwaltungstechnisch in den Griff bekommen soll.

Wenn eine Staatsanwaltschaft das so sieht, wie Sie eben Frau Bäumler-Hösl zitiert haben, dann darf man uns diese Unterlagen so nicht auf den Tisch legen, -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** - und schon mal gar nicht mit dem Vermerk „ernsthafte Hinweise“ - ich habe Ihnen ja eben vorgelesen, was Frau Bäuml-Hösl selbst im O-Ton gesagt hat -, weil eine Staatsanwaltschaft, die ja nun mit uns eng zusammenarbeitet, weiß, dass wir dann - Herr Gottschalk würde sagen: vielleicht euphorisiert; ich glaube, dass das nicht der Fall war - unseren Job machen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, das denke ich auch. - Sie haben dann auch gesagt, dass Presseöffentlichkeit sehr wichtig ist, Pressearbeit auch sehr wichtig ist und Sie das auch von der BaFin aus deutlich machen wollten, dass das kein Gütesiegel für dieses Unternehmen ist. Wir wissen aber auch, dass Wirecard die CSU-Gauweiler-Kanzlei eben engagiert hat mit einer Flatrate, 100 000 Euro pro Monat, und da wurde alles erledigt, auch die Pressearbeit, die ja eng abgestimmt wurde offensichtlich mit der Staatsanwaltschaft in München.

Wir haben dann ja nach dem Leerverkaufsverbot im Februar auch einen Artikel in der FAZ lesen können von einem CSU-Ex-Minister, Herrn Guttenberg. Das wurde ja neben dem Leerverkaufsverbot auch noch mal so als Bestätigung in der Öffentlichkeit und von den Märkten aufgenommen. Hat Herr Guttenberg Kontakt zu Ihnen mal auf- - Oder hatten Sie mal gesprochen mit ihm, bevor dieser Artikel veröffentlicht wurde?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nein. - Okay, dann möchte ich zu den Compliance-Regeln kommen. Sie hatten in Ihrem Statement gesagt, da muss auf jeden Fall nachgearbeitet werden. Sie sind aber davon ausgegangen, weil es auch eine EZB-Bestätigung gab, es sei alles „fully compliant“. Richtig?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, technisch war es das Unstreitigste. Es gab niemanden, der das Gegenteil behauptet.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, genau.

**Zeuge Felix Hufeld:** Es ist aber nicht mehr angemessen; das ist der Punkt. Es ist den heutigen Ansprüchen an eine Aufsichtsbehörde meiner Meinung nach nicht mehr angemessen. Dass das technisch, rechtlich „compliant“ war, ist vollkommen unstrittig.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich habe auch zwischen den Zeilen raus hören können, dass Sie der Meinung sind, dass nicht alle deutschen Behörden angemessen „compliant“ wären heutzutage.

**Zeuge Felix Hufeld:** Frau Kiziltepe, fast keine einzige.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, fast keine einzige. Das haben wir ja hier im Untersuchungsausschuss auch gemerkt, zum Beispiel bei der Abschlussprüferaufsichtsstelle. Ich hatte ja Herrn Bose gefragt, ob er Wirecard-Aktien jemals gehalten hat, und er hat dann - - Das war eigentlich eine Frage, wo ich als Antwort „Nein“ erwartet hätte. Und er hat ja da auch geantwortet: Ja. Und das hat er getan nach dem KPMG-Sonderbericht am 8. Mai oder 20., also im Mai herum so. Und daraus entwickelte sich eben auch heraus, dass auch die APAS zum Beispiel keine Compliance-Regeln hat, dass nur einmal im Jahr - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Mit „auch“ meinen Sie aber nicht die BaFin, nicht wahr?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie bitte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Mit „auch“ meinen Sie aber nicht die BaFin. Wir haben ein Compliance-System.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, die APAS hat auch lose Regeln, die aber nicht überprüft werden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Die APAS hat überhaupt keine Regeln. Wir haben ein Compliance-System gehabt, das nach heutigen Maßstäben so nicht mehr hinnehmbar ist. Aber wir sind eine der ganz, ganz, ganz wenigen. Wahrscheinlich neben der Bundesbank und uns gibt es maximal noch ein, zwei, drei weitere; sonst hat es niemand.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, genau. Dann ist es wohl an der Zeit, dass wir die gesamten deutschen Behörden hier mal auf den aktuellen Stand holen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wenn Sie mir genau zugehört haben, habe ich nicht nur von Behörden, sondern auch von Organen gesprochen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, das erleben wir ja gerade auch mit der Masken- und Korruptionsaffäre. Das ist wohl in der Tat so. Wir haben gestern das Lobbyregister beschlossen und heute auch auf Druck Transparenzregeln für die Nebeneinkünfte. Genau. Aber das ist ein anderes Thema.

Ich wollte noch mal zurückkommen auf die APAS - wie ist da die Zusammenarbeit? -, bevor ich dann zur DPR komme, ganz schnell. Wir haben nicht so viel Zeit, Herr Hufeld. Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der BaFin und der APAS?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, selbstverständlich.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Austausch, Zusammenarbeit?

**Zeuge Felix Hufeld:** Wenn wir Hinweise haben - haben wir auch in diesem Fall gemacht; ich habe jetzt das exakte Datum nicht mehr im Kopf, wann wir dann der APAS entsprechende Unterlagen haben zukommen lassen, haben wir aber -, wenn wir konkrete Hinweise haben, dass ein einzelner Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gegen standesrechtliche Vorgaben, gegen individuelle standesrechtliche Vorgaben, gegen Maßstäbe guten Wirtschaftsprüfungshandelns verstößt - das ist ja der Gegenstand der Prüftätigkeit der APAS -, dann leiten wir das an die APAS weiter. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wie häufig wir im Verlauf der letzten x Jahre entsprechende Hinweise gegeben haben. Ich weiß definitiv, dass wir im Kontext Wirecard solche Hinweise - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und was ist daraus geworden? Ich meine, Sie haben ja auch gesagt - es

steht ja auch in den Dokumenten -, dass Sie ermittelt haben gegen Wirecard. Sie haben eine Verlangensprüfung - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist die DPR jetzt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau, ich komme auch zur DPR. Die DPR ist ja die sogenannte Bilanzpolizei in Deutschland; die hätte das ja sehen müssen. Und es hätte ja mal schnell einen Hinweis geben können von der DPR und dann einen Austausch zwischen DPR, APAS, BaFin, und dann hätte man vielleicht schneller reagieren können.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß jetzt nicht im Detail, welche Hinweispflichten oder Usancen die DPR ihrerseits gegenüber der APAS hat. Ich gehe davon aus, dass die DPR in der Tat, wie Sie sagen, als Bilanzpolizei, als bislang erste Stufe, die ja ihrerseits auch unentwegt mit Wirtschaftsprüfern zu tun hat und mit deren Prüfverhalten bei Unternehmen, die die DPR wiederum prüft, regelmäßig Hinweise an die APAS gibt. Wie das im Detail organisiert ist, entzieht sich aber meiner Kenntnis. Die DPR ist eine eigenständige Organisation. Ich weiß auch nicht, wo exakt der Bearbeitungsstand der APAS hinsichtlich der Hinweise steht, die wir ihnen in Sachen Wirecard/EY gegeben haben. Ich gehe davon aus, dass - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wann war das? Wann haben Sie die Hinweise an die APAS - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das genaue Datum weiß ich nicht mehr, aber ich denke mal, das muss im Sommer letzten Jahres, schätze ich mal, vielleicht im Herbst -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe.

**Zeuge Felix Hufeld:** - oder im Spätsommer gewesen sein. Und ich gehe davon aus, dass die APAS mit ihren eigenen Ermittlungen in dieser Sache noch lange nicht zu Ende ist. Ich meine, hier geht es um strafrechtlich - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Die APAS hat ja dann auch letztes Jahr bereits Strafanzeige erstattet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Gegen?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gegen EY. - Aber dann in der nächsten Runde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Frau Kiziltepe. - Als Nächstes hat das Wort Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön. - Herr Hufeld, wann sind Sie denn erstmals mit dem Rajah & Tann-Bericht befasst worden?

**Zeuge Felix Hufeld:** Gar nicht. Ich habe irgendwann aus den Akten entnommen, dass es diesen Vorgang gegeben hat. Ich bin operativ mit dieser Thematik nicht befasst gewesen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** „Irgendwann aus den Akten entnommen“ bedeutet im Zuge der Aufarbeitung nach der Insolvenz.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja. Wann ich das genau in den Akten erstmalig gesehen habe, kann ich Ihnen jetzt beim besten Willen nicht mehr sagen. Theoretisch könnte das schon vor der Insolvenz gewesen sein, aber - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Dann war es schon richtig, dass ich Frau Roegele dazu eingehender befragt habe als Sie jetzt.

Staatssekretär Kukies hat sich ja am 05.11.2019 in Aschheim mit Markus Braun getroffen. Das ist so weit ja auch bekannt. Er hat sich vorbereiten lassen. Sind Sie befasst gewesen mit der Vorbereitung dieses Termins oder haben davon gehört oder erfahren?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Ich wusste auch nicht von dem Termin. Ich habe das irgendwann viel später erst erfahren. Beim besten Willen weiß ich nicht, wann ich es erfahren habe; aber in dem Umfeld des Termines war mir weder vorher noch hinterher bewusst oder mitgeteilt worden, geschweige denn in der Sache irgendwie involviert, dass es da einen Termin gegeben hat.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm. - Sagt Ihnen die Firma Autonomous Research etwas?

**Zeuge Felix Hufeld:** Natürlich. Stuart Graham kenne ich sehr gut.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, die haben sich ja nun auch mit Wirecard beschäftigt im Jahr 2019. Da hat die BaFin, soweit ich weiß, auch eine Analyse geliefert. Waren Sie damit befasst, mit dieser Autonomous-Analyse?

**Zeuge Felix Hufeld:** Der gute Stuart schickt mir alle seine Reports. Ich kenne ihn gut seit vielen, vielen Jahren. Ich schätze ihn als einen, der aus meiner Sicht - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Schickt sie Ihnen direkt?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, der hat einen Verteiler, und er schickt es mir direkt. Aber es gibt ein paar Leute, denen schickt er das sozusagen ad personem. Ich bin so einer, und ich bin ihm dankbar dafür, weil ich die Arbeit von Autonomous und von ihm persönlich sehr schätze. Ich halte ihn für einen der qualifiziertesten Analysten, die da draußen rumlaufen. Und wir haben selbstverständlich die Berichte, die Autonomous auch zu Wirecard gemacht haben, genauestens studiert, weitergeleitet, an DPR weitergeleitet als unseres Erachtens sachkundigen Input. Also, das ist uns bekannt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie es auch ans BMF weitergeleitet oder die BaFin?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich glaube - weiß ich nicht -, ist nicht nötig, weil Jörg Kukies auf demselben Verteiler steht, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ach so, das ist ja schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** - wie wir beide dann regelmäßig bemerkt haben, wenn wir es uns hinterher gegenseitig geschickt haben. Dann haben wir es irgendwann eingestellt, weil wir gemerkt haben: Der jeweils andere hat es sowieso direkt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Wann haben Sie denn erstmals von Überlegungen gehört, dass Wirecard daran arbeiten könnte, die Deutsche Bank zu übernehmen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das habe ich, glaube ich, erst irgendwann nach der ersten oder zweiten Finanzausschusssitzung, als wir über Wirecard gesprochen haben, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** So spät? Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** - gehört und habe das als Scherzartikel eingestuft. Und ich glaube, das sollte man nicht überbewerten.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wussten Sie im Jahr 2019 von eingehenderen, sagen wir mal, Kooperationsgesprächen zwischen der Deutschen Bank und Wirecard?

**Zeuge Felix Hufeld:** Wobei ich dahingestellt lassen möchte, ob es die wirklich gegeben hat. Ich weiß, dass es *ein* Gespräch gegeben hat. Ich habe später mit Sewing und Achleitner darüber mal kurz gesprochen, die mir bestätigt haben, dass sie *ein* Gespräch geführt haben, das sie mitnichten als tiefgehend empfunden haben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, so ähnlich hat das Herr Sewing hier auch ausgesagt, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - wobei das, glaube ich, nicht nur eins war.

**Zeuge Felix Hufeld:** Und da gab es, glaube ich, auch kein Follow-up mehr.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es waren wohl zwei oder drei, aber auch auf dem Level, ne? Nee, aber

ich wollte ja nur mal fragen, ob das bei Ihnen ein Thema war.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, sehr viel später erst.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es war ja schon so, dass das Jahr 2019 eines war, wo man sich nicht nur mit Wirecard, sondern auch mit der Zukunft der beiden großen deutschen Privatbanken beschäftigt hatte. Das hätte ja da eine Verknüpfung sein können.

**Zeuge Felix Hufeld:** In der Tat. War aber nicht. Dass ich nun in den anderen Themen engstens und tiefstens drin war, davon können Sie mal ausgehen. Das ist - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Bevor der Herr Ahlbrecht jetzt moniert, dass das gar nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Da haben Sie recht. Lieber weitermachen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Sind Sie 2020 im Juni rund um die Insolvenz befasst gewesen mit Überlegungen, dass man Wirecard auffängt, stabilisiert, eine Zukunftslösung schafft für dieses Unternehmen?

**Zeuge Felix Hufeld:** In dem Sinne, wie Sie fragen: Nein. In einem Telefonat mit Jörg Kukies fragte er mich, wie ich das einschätze, nicht im Sinne von Stützungsmaßnahmen, sondern im Sinne von: Bin ich der Meinung, dass in Wirecard, speziell in Operations der Wirecard Bank, also in europäischen Operations, was drinsteckt, was erhaltenswert ist? Ich habe auch ein Gespräch, Telefonat, mit Sewing geführt, der mich darauf ansprach und mir mitteilte, einfach mitteilte, dass die Deutsche Bank sich das zumindest angucken möchte. Da habe ich gesagt: Okay, habe ich zur Kenntnis genommen.

War ich dann weiter sozusagen involviert im Sinne einer direkteren, operativeren Begleitung oder so was? Nein, war ich nicht. Aber diese zwei Gespräche habe ich geführt, die aber nicht das Niveau - jetzt wieder zurück zu Kukies - im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sinne von „Ihr müsst das was orchestrieren“ - - Oder er hat auch mit mir nicht über diesen Konkretheitsgehalt - - Er wollte nur wissen, ob ich glaube, dass in diesem ganzen Schlamassel Wirecard, das insolvent gegangen ist, etwas drinsteckt, was - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Was war denn Ihre Antwort auf die Frage?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja. Ich glaube, ja, dass da etwas drinsteckt, was interessant ist, was absolut erhaltenswert ist, was auch im Markt einen Wert darstellt, wie sich dann ja auch richtigerweise herausgestellt hat in der Insolvenz. Das ist der dickste Brocken, den der Insolvenzverwalter dann versilbern konnte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Spielte denn neben der Frage des Erhaltenswert-Seins auch die Frage eine Rolle, ob es möglicherweise kritische, systemisch wichtige Leistungen, Infrastrukturen oder Komponenten in diesem Konzern gibt?

**Zeuge Felix Hufeld:** In dem technischen, rechtlichen Sinne systemisch kritisch, würde ich nicht sagen. Aber natürlich hat es bei den Diskussionen durchaus eine Rolle gespielt im Sinne von Standort Deutschland, ob es da etwas gibt, was man sozusagen in Deutschland halten sollte, oder ob es abwandern kann an irgendeinen ausländischen Investor. Es gab ja zu Beginn um die 15 Interessenten, und die meisten davon waren Finanzinvestoren, keine Strategen. Und da war durchaus die Frage: „Ist uns das egal?“ oder wie auch immer.

Wie gesagt, ich habe mich nur zu der Frage geäußert: Steckt unserer Einschätzung nach hier ein erhaltenswerter Kern drin, der operativ wirklich Wert hat? Und da war meine klare Aussage: „Ja, den gibt es. Den wird“ - war meine Aussage - „man auch werthaltig verkaufen können.“ Und natürlich habe ich gesagt, es wäre schön, wenn man das auch in Deutschland halten könnte. Aber das war es dann.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nach dem einen Gespräch mit Herrn Kukies sind Sie nicht mehr

weiter befasst gewesen mit derartigen Überlegungen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Meine Kollegen aus der Bankenaufsicht haben sehr, sehr engen Kontakt mit dem Insolvenzverwalter gehabt, weil ja die Art, wie wir die Wirecard Bank - und hier ist die Bank als quasi der werthaltigste Kern ja auch tatsächlich in den Vordergrund gerückt - - auch für den Insolvenzverwalter eine überragend wichtige Bedeutung hatte, dass man die richtige Kalibrierung findet zwischen Schutz der Vermögenswerte in der Bank einerseits und Nicht-ein-komplettes-Moratorium-Drauflegen, was wir bewusst nicht getan haben, sondern wir haben das sozusagen chirurgischer getan, um die operative Leistungsfähigkeit nicht quasi ohne Not zu ersticken. Das war ausdrücklich mit dem Insolvenzverwalter auch so diskutiert. Aber das lag in den Händen meiner Kollegen in der Bankenaufsicht, die mich natürlich informiert haben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann ist als Nächstes an der Reihe Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr Hufeld, gestatten Sie mir noch folgende Bemerkung: Sie haben natürlich recht, dass bei der APAS zum Beispiel auch völlig unzureichende Meldepflichten existierten. Das gilt übrigens auch, aus meiner Sicht, für Ministerien und auch für den Deutschen Bundestag. Also auch Abgeordnete sind da ein Graubereich. Aber das ist nur meine eigene Bewertung, weil wir haben ja durchaus auch insiderrelevante Informationen.

**Zeuge Felix Hufeld:** In der Tat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich würde Sie gerne noch einmal befragen zum Leerverkaufsverbot an einer Stelle. Es gab ja im Juli 2019 die Berichterstattung des „Handelsblatts“, wonach eben eine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

weitere Short-Attacke bevorstünde, Wirecard über unwiderlegbare Informationen verfüge und das Ganze irgendwie kollusiv mit der „Financial Times“ erfolgen solle. Warum haben Sie denn dort dann kein weiteres Leerverkaufsverbot erlassen oder im Oktober 2019, als dann Dan McCrum erneut berichtete und das Ganze auch mit zu der KPMG-Sonderuntersuchung führte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Im Detail kann ich Ihnen das nicht beantworten. Aber ich möchte eines sehr deutlich machen: Es wäre eine völlige Fehlinterpretation, aus dem schlichten Vorliegen einer Leerverkaufsposition, einer Leerverkaufsaktivität oder geschweige denn einer kritischen Presseberichtserstattung per se ein Indiz für ein Leerverkaufsverbot abzuleiten. Der Aufbau oder das Durchführen eines Leerverkaufs, gedeckt natürlich - ungedeckt ist verboten, wie Sie wissen -, ist per se keineswegs rechtswidrig und wird von uns auch nicht so eingestuft.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das weiß ich. Nur, ich wundere mich, welche konkretere Qualität auch diese Erpressungsgeschichte mit Bloomberg hatte als eben diese Berichterstattung. Aber Sie sagen, das heißt, die Berichterstattung an sich in Kollision mit Marktteilnehmern, die hat gar nicht die ausschlaggebende Rolle gespielt für Sie.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, es ist das Zusammenwirken einer Mehrzahl von Faktoren. Das kann in einem Gesamtbild eine Rolle spielen. So war es ja dann aus unserer Sicht auch am 15.02.; aber allein das Vorhandensein einer Leerverkaufsposition ist keineswegs erst mal verdächtig oder problematisch. Es muss eine Mehrzahl von Faktoren wirklich zusammenkommen, und das war unseres Erachtens am 15.02. eben tatsächlich der Fall. Ohne dass ich jetzt die Details im Juli oder im Oktober, glaube ich, war es, im Detail rekapitulieren könnte, aber ich glaube, mich erinnern zu können, dass dort eben genau nicht dieses Zusammentreffen dieser Mehrzahl von Faktoren, die dann uns zu dem Urteil führen: „Hier steht eine strafbare, kriminelle Short-Attacke bevor, die es im Wege der Gefahrenabwehr abzuwehren gilt“ - - dass wir eben nicht zu diesem Ergebnis

gekommen sind. Was das im Detail - - Ich vermute einfach, dass weitere Faktoren gefehlt haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und können Sie die im Zweifel auch präzise benennen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das können Sie nicht, okay. Gut. - Ich will noch mal auf diese Diskrepanz zu den Aussagen von Herrn Eichelmann eingehen. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sagen: Das ist eine Fehlinterpretation Ihrer Aussage in dem Aufsichtsratsprotokoll. Das respektiere ich. Allerdings haben wir ja in offiziellen parlamentarischen Anfragen zwei Kontakte von Ihnen zu Herrn Eichelmann geschildert bekommen. Ich habe sie vorhin verlesen, und ich lese jetzt vor aus dem vorläufigen Stenografischen Protokoll zur Befragung von Herrn Eichelmann. Dort sagt der Zeuge Thomas Eichelmann auf meine Frage:

Herr Eichelmann, Sie haben sich Mitte Juni 2020 mit Herrn Hufeld ausgetauscht. Können Sie mir kurz sagen, wie oft Sie sich im Juni 2020 mit Herrn Hufeld ausgetauscht haben?

Und er antwortet:

Also, das Erstgespräch, wie gesagt, nach Erscheinen des Berichtes war irgendwann im Mai.

**Zeuge Felix Hufeld:** Was nicht stimmt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):**

Da hatten wir verabredet, dass wir ein persönliches Meeting durchführen wollen. Es gab dann Abwesenheitszeiten von ihm und auch von mir. Ich würde sagen, wir haben uns fünf-, sechsmal ausgetauscht. Aber es kann auch sieben- oder achtmal, es kann auch nur viermal gewesen sein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann frage ich:

Okay. Aber mehrere Male im Juni 2020. Korrekt?

**Zeuge Thomas Eichelmann:** Wie bitte?

Ich erneut:

Mehrere Male im Juni 2020?

Er:

Das auf jeden Fall, ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist korrekt. Das ist korrekt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sieben- oder achtmal?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nach meiner Zählart, wenn Sie diese Telefonkonferenz am Sonntag, den 21., an dem Eichelmann und ich, wenn ich so sagen darf, nur mit teilgenommen haben, mitzählen, waren es nach meiner besten Rekonstruktion sieben Gespräche. Das erste war am 15. Das nächste war am 16. Am 17. war nach meiner Erinnerung keines. Am 18. gab es zwei, nämlich frühmorgens und spätabends. Am 19. gab es eines, am 21. diese Telefonkonferenz und dann noch mal am 24.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Und würden Sie mir erläutern, warum dem Bundestag auf parlamentarische Anfragen nur zwei Treffen und auch nur eine Thematik, das Inhaberkontrollverfahren, offengelegt wurden?

**Zeuge Felix Hufeld:** „Zwei“ kann ich Ihnen nicht erklären, weil drei Termine, ohne die Telefonkonferenz, sind in meinem Kalender ersichtlich. Den habe ich selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Die hätte man dann eigentlich auch berichten müssen, drei Telefonate. Die anderen kamen spontan rein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber dennoch, weil - - Hier steht ja - ich muss auch noch mal nach der Fragestellung gucken:

Welche Treffen, Telefonate und Austausche gab es?

So war die Fragestellung.

**Zeuge Felix Hufeld:** In der politischen Anfrage, meinen Sie.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** In der politischen Anfrage. Ich kann die Ihnen auch vorlegen. Also: „Welche Treffen, Telefonate und Austausche?“, weil wir kennen das ja. Wir kennen ja unsere Pappenheimer. Wir wissen auch, wie die Regierung dann manchmal antwortet, wenn wir fragen nach bestimmten Kontakten.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das stimmt. Herr De Masi, vielleicht - - Als ich dann später die politische Anfrage gesehen habe, also die Antwort genau genommen, bin ich auf mein Büro zugegangen und habe gesagt: Wieso steht denn da so wenig? Ich habe häufiger mit ihm gesprochen. - Da wurde mir gesagt, es sei nur gefragt gewesen nach terminlich vereinbarten Gesprächen, und deswegen hätte man mit mir keine Rücksprache genommen über spontane weitere Telefonate. Wie gesagt, es ist definitiv mehr gewesen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hier steht: „Welche Treffen, Telefonate und Austausche?“, und ich habe Sie ja auch gefragt im Juli. Ich habe Sie ja auch gefragt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Mich haben Sie nicht gefragt. Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Doch. Ich habe Sie auch gefragt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wann?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich habe Sie ja konkret auch zu Kontakten mit Herrn Eichelmann - - Ich kann das noch mal dann in Ruhe raussuchen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber ich habe Sie nach meiner Erinnerung gefragt. Wenn ich Ihnen Unrecht tue, dann - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Sie haben mich wahrscheinlich gefragt: „Habe ich Kontakte mit Eichelmann gehabt?“ Da habe ich natürlich Ja gesagt. Hatte ich ja. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass Sie mich nach einer konkreten Zahl - - Ich hätte doch nicht die geringste Veranlassung, Ihnen da irgendwas vorzuenthalten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Es ist möglich, dass ich in Kenntnis der Antwort nach den konkreten Treffen dann im Juni gefragt habe, weil ich natürlich dachte, es gab nur diese. Das kann sein; das müsste ich verifizieren.

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, Treffen gab es eh keine. Es gab nur Telefonate.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Oder Gespräche, genau.

**Zeuge Felix Hufeld:** Gespräche, genau. In dem Wortprotokoll vom 01.09. steht da, glaube ich, gar nichts drin. Ich habe jetzt nicht mehr exakt im Kopf, was am 01.07. drinstand. Es kann durchaus sein, dass Sie mich nach Kontakten gefragt haben. Da werde ich mit Sicherheit bejaht haben, dass es die gegeben hat. Ich kann mich nicht entsinnen, dass Sie mich nach einer exakten Anzahl gefragt haben. Da kann ich Ihnen nur nach bestem Wissen und Gewissen versichern. Da habe ich überhaupt nichts zu verbergen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ich hätte auch noch eine weitere Frage gehabt. Aber ich versuche, das zu verifizieren, und dann warte ich eben auf die nächste Runde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So machen wir das. Alles klar. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Herr Hufeld, ich wollte Sie fragen: Können Sie mal Ihre Beziehung zu Herrn Burkhard Ley beschreiben?

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, ich habe in einem meiner ganz früheren Leben Herrn Ley mal kennengelernt. Da war ich Bereichsvorstand der Dresdner Bank. Da hatte ich Verhandlungen mit dem damaligen Kirch-Konzern mit Vertretern von ProSiebenSat.1 und ein oder zwei weiteren Unternehmen, die im weiteren Medien-Telekom-Umfeld waren. Da waren einige - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Welche Funktion hatte Herr Ley damals?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das habe ich komplett vergessen. Er war da auch nicht die zentrale Figur; er war eher so eine Randfigur.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Wirecard oder ganz anderer Kontext?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Ach, ich bitte Sie! Um Gottes willen! Das war 1999 oder so. Da war er ganz woanders. Das hatte mit Wirecard nicht das Geringste zu - - Ich weiß gar nicht, ob es da Wirecard überhaupt schon gab. Da haben wir versucht, eine Art Plattform aufzubauen. Und da war er ein Teil der Gesprächspartner, aber nicht die entscheidenden. Der Vertreter von ProSieben war Herr Seifert, der seit vielen Jahren DFL-Chef ist. Herr Hahn von Kirch-Gruppe war die entscheidende Figur, ich für die Dresdner Bank. Das war damals als eine der großen europäischen Banken. Es ist bitter, daran zu denken. So, da habe ich ihn einige Male in Gesprächen gesehen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und dann im Wirecard-Kontext?

**Zeuge Felix Hufeld:** Im Wirecard-Kontext: null, mit einer Ausnahme: Ich habe - in welchem Jahr war das? - - Im Jahr 2017 oder 18, oder wann es war, wurde im BMF eine Fintech-Konferenz abgehalten. Die hieß „Fintech Camp“ oder „Fin-Camp“ oder so ähnlich. Da war der damalige Parlamentarische Staatssekretär Jens Spahn quasi Gastgeber seitens des BMF, ich war einer der Keynote Speaker, und es war eine klassische Konferenz mit, was weiß ich, 100, 150 oder wie viel auch immer Teilnehmern. Und im Rahmen einer der Konferenzpausen sprach mich dann bei



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einer Tasse Kaffee Herr Ley kurz an. Wir haben uns einige Minuten ausgetauscht, und das war eine Tasse Kaffee am Stehtisch, und das war's.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und da war er Finanzvorstand?

**Zeuge Felix Hufeld:** Da war er wohl gerade nicht mehr Finanzvorstand.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Da hat er diese Beraterrolle gehabt dann.

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau. Und weil er mich eben von ganz, ganz, ganz früher, also 99 oder wann, ewige Zeiten her, kannte, sprach er mich an. Dann haben wir uns ein paar Minuten ausgetauscht, aber nicht substanziell, würde ich mal sagen. Sonst hatte ich mit ihm keinen Kontakt.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Gar keinen Kontakt. - Ich frage Sie deswegen - - Oder ich frage noch nach einem anderen Namen: Sagt Ihnen der Name Alexander Darwall was oder die Firma Jupiter Asset Management? Nach der Veröffentlichung von Zatarra, 2. März 2016, schreibt dieser Alexander Darwall, anscheinend ein Hedgefonds-Manager von Jupiter Asset Management, an Burkhard Ley. Und ich lese mal kurz vor:

Good morning, Burkhard. Just received this message ...

Und er forwardet quasi den Zatarra Report.

Needless to say, I have never attempted to contact Zatarra, and I don't see the benefit. My funds hold 11 million something (?) shares. I have in the last five minutes checked with our dealers: There are no short positions in Wirecard shares with any manager at Jupiter and certainly not me. Our compliance department is wary of BaFin and is reluctant to ask them to look into this ... (?)

Und so weiter und so fort. - Und Herr Ley antwortet dann und sagt:

Dear Alexander, thank you for the information.

Also, er fragt dann - das habe ich jetzt nicht vorgelesen - nach einem BaFin-Kontakt, weil er gerne da reinschauen würde oder weil die Compliance-Abteilung ihn dazu drängt. Und Herr Ley antwortet:

You may address your letter to the BaFin, to the president, Mr Felix Hufeld, whom I have known for more than 15 years. If you want, of course you can refer to the conversation between you and me. I will send the exact address to you shortly. (?)

Haben diese Firma Jupiter Asset Management oder Alexander Darwall oder irgendein Mitarbeiter Sie in der Sache kontaktiert?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nach meiner besten Erinnerung: Nein.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ich weiß, das ist fünf Jahre her, aber - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Deswegen sage ich: Also, nach meiner besten Erinnerung ist die Antwort Nein. Und die Formulierung „known for 15 years“ müssen Sie so qualifizieren, wie ich es Ihnen eben geschildert habe. Das waren so ziemlich exakt die Kontakte, die ich mit Ley hatte, und zwischendrin absolut Sendepause.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Gut. - Dann versuche ich, noch mal ein Thema anzusprechen in der wirklich wenig verbliebenen Zeit; müssen wir wahrscheinlich dann fortführen noch mal in einer nächsten Runde. Ich würde gerne noch mal dieses Governance-Thema mit Blick auf das BMF - Rechts- und Fachaufsicht - besser verstehen. Wie verstehen Sie das denn? Vielleicht nutzen Sie die letzte Minute, oder Sie können jetzt überziehen. Sie können so lange



## Nur zur dienstlichen Verwendung

überziehen, wie Sie wollen. Ich kriege das Wort abgeschnitten, nicht Sie, Herr Hufeld.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ach so, das ist gut.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in der nächsten Runde würde ich dann vielleicht mit ein paar Fragen konkreter nachbohren.

**Zeuge Felix Hufeld:** Verstehe, okay. Die Rechts- und Fachaufsicht gegenüber der BaFin ist so ein bisschen die Quadratur des Kreises, weil in dem Verwaltungspapier „Grundsätze der Rechts- und Fachaufsicht“, das Sie wahrscheinlich kennen - das steht auf der Internetseite der BaFin, ist also öffentlich verfügbar -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit einem halben Jahr kenne ich es.

**Zeuge Felix Hufeld:** - ja -, steht eben auch drin - und das muss da auch drinstehen, weil alles andere wäre europarechtlich überhaupt nicht akzeptabel -, dass die BaFin unabhängig handelt. Obgleich gibt es eine Rechts- und Fachaufsicht. So, wie löst man diese Quadratur des Kreises vernünftig auf? Die Antwort lautet: Theoretisch kann man das nicht auflösen. Man kann das nur praktisch vernünftig auflösen.

Meine Sicht auf dieses Thema war immer eine Art Gleitskala mit zwei Polen an den Extremen. Der eine Pol heißt: aufsichtliche Einzelentscheidung, und der andere Pol lautet: alles, was, sagen wir mal, mit Gesetzgebung, Normensetzung, was wir in unserem Jargon ja Regulierung nennen - - auf der anderen Seite. So. Es ist, wenn Sie so wollen, mathematisch nicht möglich, eine exakte Linie auf dieser Gleitskala auszusprechen. Aber je mehr Sie in Richtung Normsetzung, Norminterpretation gehen, gilt die Prärogative der Politik. Soll heißen: Wenn dann das BMF sagt: „§ 4711 hatten wir mit den folgenden Überlegungen erlassen, und den sollte man wie folgt interpretieren, und mit dem Verständnis sollte das in eurer Aufsichtspraxis auch eine Rolle spielen“, dann akzeptiere ich das selbstverständlich. Und dann ist das auf dieser Skala sozusagen eher Richtung Regulierung.

Eine aufsichtliche Einzelentscheidung steht meines Erachtens nicht unter einem Weisungsrecht der BaFin. Habe ich auch in meiner gesamten Zeit in der BaFin, acht Jahre oder sechs Jahre als Präsident, nicht ein einziges Mal erlebt. Es gibt immer mal Situationen, wo diese Lobbygruppe, dieser Industrieverband, diese Gewerkschaft, diese NGO und diese Verbraucherschutzkampagne Politik beschallt und dann sozusagen Botschaften auch in unsere Richtung gesendet werden, aber nicht im Sinne von Weisungen, sondern so ist halt das politische Spiel.

Also, soll heißen: Sie müssen sich die Unabhängigkeit - ähnlich hat sich ja wohl auch Mark Branson vor ein paar Tagen geäußert - einer Aufsichtsbehörde auch verdienen. Das politische Geschäft - brauche ich Ihnen nicht zu sagen - ist hart. Aber ich habe keine Weisungen in irgendwelchen aufsichtlichen Einzelentscheidungen jemals erhalten und hätte es auch nicht akzeptiert.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt würde ich unheimlich gern nachfragen, aber ich bin weit über die Zeit. Das machen wir nächste Runde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, sonst fange ich den nächsten virtuellen Befangenheitsantrag. Und damit ich nicht noch den zweiten fange, frage ich doch Herrn Ahlbrecht und den Zeugen Hufeld, ob er eine Pause wünscht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich für mich brauche keine Pause. Nein, vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und Herr Ahlbrecht?

**Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut. - Dann machen wir weiter mit der CDU/CSU. Matthias Hauer.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich glaube, wir hatten alle gehofft, dass Sie jetzt sagen, Sie brauchen eine Pause.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Heiterkeit)

Nein, Scherz beiseite. - Herr Vorsitzender. - Herr Hufeld, weiter geht's.

**Zeuge Felix Hufeld:** Habe ich Sie wieder enttäuscht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, ach, das ist immer so ein Auf und Ab. - Mich würde mal interessieren, ob Sie persönlich in Bezug auf Wirecard einen konkreten Fehler gemacht haben.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich finde das eine etwas irritierende Frage. Ich habe in meiner Rolle versucht - und ich glaube, das ist mir auch gelungen -, dafür zu sorgen, dass wir unseren Pflichten wirklich nachkommen, und dort, wo ich im Laufe der Entwicklung der Zeit, speziell nach Vorliegen - ich kann das nur wiederholen - des KPMG-Berichtes, der für mich einen entscheidenden Punkt, ein entscheidendes Datum markiert, dafür gesorgt, dass wir mit der nötigen Energie -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Könnten Sie etwas lauter sprechen?

**Zeuge Felix Hufeld:** - und auch Nachhaltigkeit an das Thema rangehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Was war das? An das Thema ...

**Zeuge Felix Hufeld:** ... herangehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Ja, Sie hatten ja in Ihrem Eingangsstatement gesagt, Sie sind nicht der Meinung, dass Sie alles wieder so machen würden wie damals. Das habe ich so ein bisschen so - - Also, Sie haben jetzt nicht „Fehler“ gesagt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist ein feiner - - Genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das ist ein Unterschied. Deshalb frage ich konkret.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist ein schmaler Grat. Und da bitte ich wirklich um Nachsicht, dass es mir auf diesen schmalen Grat wirklich ankommt. Für mich ist es ein Unterschied, ob man, auch mit dem Wissen von heute, im Rückblick sagt: „Diese Entscheidung, diese Verhaltensweise war objektiv ein Fehler auch zum damaligen Zeitpunkt“ oder ob man sagt: „Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass bestimmte Arten und Weisen, wie wir Aufsicht organisiert haben,“ - das führt jetzt zu dem Beispiel risikoorientierte Aufsicht im Bankenbereich - „nicht optimal ist, und das muss verbessert werden.“

Ersteres würde ich verneinen. Letzteres ist ganz eindeutig eine - das habe ich ja gesagt - bittere Lektion, die wir aus diesem Fall mitnehmen, neben einer Reihe weiterer Lektionen, die ja jetzt auch adressiert werden. Und jede Aufsichtsbehörde der Welt lernt auf diese Weise. Das mögen Sie jetzt sarkastisch finden, aber es ist schlicht die Wahrheit.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich bewerte das nicht. Ich wollte nur wissen, ob Sie sich den Begriff „Fehler“ für sich selbst da zu eigen machen würden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wenn Sie mich so pauschal oder übergreifend fragen, lautet die Antwort: Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, ich habe nicht so pauschal gefragt, ich habe nach einem konkreten Fehler gefragt. Aber Sie haben ja die Antwort gegeben. - Hat das DPR-Verfahren eigentlich Einfluss auf das Leerverkaufsverbot in irgendeiner Weise gehabt?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** „DPR-Verfahren“ war jetzt die falsche Bezeichnung. Die Sachverhalte, die dem DPR-Verfahren zugrunde lagen, hat das irgendeine Rolle gespielt beim Leerverkaufsverbot?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Im engeren Sinne: Nein. Aber ich bedauere es zutiefst. Ein weiterer



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Punkt, der - „bedauern“ ist fast zu milde gesagt - uns geärgert hat, ist die Tatsache, dass wir DPR beauftragt haben - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, da komme ich jetzt gleich zu.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber ist halt so. Das hat aber im technischen Sinne keinen Einfluss auf die Leerverkaufsverbotsentscheidung gehabt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, okay. Da komme ich gleich noch mal auf jeden Fall zu, keine Sorge. - Die Handelsüberwachungsstelle, wieso wurde die nicht vorher hinzugezogen, vor dem Leerverkaufsverbot?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Hauer, wissen Sie was? Das ist eine Frage, die haben Sie mit Sicherheit Frau Roegele gestellt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, natürlich.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist nicht mein Tisch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Haben Sie nicht gefragt, als Sie mit Frau Roegele gesprochen haben: „Was sagt denn die Handelsüberwachungsstelle dazu?“?

**Zeuge Felix Hufeld:** Natürlich nicht, weil die Handelsüberwachungsstelle hat mit einem Leerverkaufsverbot überhaupt gar nichts zu tun - nichts. Sie hat allenfalls mit der Frage zu tun, ob eine Handelsaussetzung in Betracht gezogen werden könnte -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Was ja auch eine Option ist.

**Zeuge Felix Hufeld:** - ja -, die wir in Betracht gezogen haben, relativ schnell verworfen haben. Und in diesem Kontext wurde die HÜSt auch befragt, und auch hier gab es nicht den geringsten Dissens. Wir haben keinen Anlass gesehen oder keine Grundlage gesehen für eine Handelsaussetzung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber die wurde erst danach befragt, nach dem Leerverkaufsverbot?

**Zeuge Felix Hufeld:** Weiß ich nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm, okay. - Sie haben ja mit der Frau Roegele sich berichten lassen in dieser Situation, die Sie beschrieben haben, am Flughafen und so. 20 bis 30 Minuten haben Sie sich das erklären lassen, was da der Sachverhalt ist. Und da ging es ja auch um eine - - Oder ich frage das. Ging es da auch um ein Ermittlungsverfahren, was eingeleitet wurde von der Staatsanwaltschaft? Ging es nur um die Strafanzeige, oder ist auch schon klar gewesen: „Da ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden“?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß auf jeden Fall, dass zu dem Zeitpunkt, relativ kurz vorher, die Staatsanwaltschaft bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Ich kann mich nicht erinnern - das ist jetzt wirklich schlicht ein Mangel an Erinnerung -, ob diese Tatsache, die ich jedenfalls irgendwann später zur Kenntnis genommen habe, Gegenstand meines Gesprächs mit Frau Roegele war. Wahrscheinlich ja, aber ich bin mir da nicht mehr ganz sicher. Im Zweifel - - Könnte sein, aber ich kann es Ihnen nicht mehr mit Gewissheit sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber „vorher“ heißt jetzt: vor diesem Freitag dann. Oder wann?

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, habe ich gedacht. Nee, ist aus meiner Sicht alles konsequent und deckt sich auch mit meinen Informationen, weil es sich dann ja nicht auf die Erpressung, die angebliche, beziehen kann, wenn es vor dem Freitag gewesen ist, weil erst dann kam ja diese angebliche Erpressung ins Spiel. Und vorher ging es ja, ich sage mal, um das Thema „FT“-Berichterstattung und was damit einhergeht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Richtig.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und dann kam an dem Freitag das Thema, ich sage mal, Strafanzeige Wirecards, Rechtsanwalt Enderle und diese Räuberpistole da in diesem Aktenvermerk. Aber ich wollte darauf hinaus - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Korrekt. Deswegen betone ich ja die ganze Zeit, dass es ein Zusammenspiel einer ganzen Vielzahl von Fakten ist, eben nicht nur dieses eine Fax.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Und ich betone, dass das Ermittlungsverfahren sich nicht auf diese Erpressung bezog; denn das kann ja erst ab dem Freitag relevant gewesen sein und nicht vorher. Das ist ja schon ein Unterschied, ob so eine Staatsanwaltschaft sagt: „Es ist ein Ermittlungsverfahren wegen Themen, die schon einige Tage her sind“ oder „Wir ermitteln wegen dieser Erpressung“, wegen der Sie dann auch, ich sage mal, zeitlichen Druck gesehen haben, also „Sie“ jetzt BaFin, Frau Roegele vor allem, dann hinsichtlich dieses Leerverkaufsverbots tätig zu werden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber, Herr Hauer, wir haben nie - - Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich richtig interpretiere, was Sie da gerade gesagt haben. Unsere Wahrnehmung des Hinweises - - oder unsere Wahrnehmung des Wissens um ein Ermittlungsverfahren wegen Short-Attacken gegen Wirecard haben wir offensichtlich eher als eine Bestätigung dafür genommen, in Kombination mit dem wörtlich ausgesprochenen Hinweis der Staatsanwaltschaft: „Es steht eine weitere Short-Attacke bevor“, dass wir eine echte Gefährdungssituation haben. Ich weiß nicht, ob ich jetzt Ihre Hinweise richtig interpretiert habe, aber - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wissen Sie denn, gegen wen das Ermittlungsverfahren geführt wurde?

**Zeuge Felix Hufeld:** Gegen unbekannt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Ich habe ja jetzt verstanden, dass die BaFin auch separat geprüft hat, auch unabhängig von dieser Strafanzeige, aber eben diese Strafanzeige auch ein

wichtiger Punkt war für den Erlass des Leerverkaufsverbots. Und da würde mich - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Entschuldigung. Strafanzeige? Sie meinen das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft. Oder was meinen Sie?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nein, ich meine die Strafanzeige, die der Anwalt von Wirecard gestellt hat, die Ihnen ja als BaFin in diesem Aktenvermerk zur Verfügung gestellt wurde, zusammen auch mit den Ausführungen der -

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber da müssen wir schon genau sein. Für uns war, wenn überhaupt - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - Staatsanwaltschaft, die telefonisch gekommen sind, und diese eidesstattliche Versicherung, die ununterschieden übersandt wurde.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, aber noch mal - da muss ich jetzt schon genau sein -: Für uns relevant ist die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eröffnet hat. Auf wessen Anzeige das beruht hat, ist für uns dann sekundär.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. Ja, aber - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Entscheidend ist für uns das Urteil einer weiteren öffentlichen Instanz.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Über irgendein Ermittlungsverfahren?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, über dieses konkrete Ermittlungsverfahren.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber was Sie gar nicht wussten in dem Zeitpunkt. Das haben wir ja gerade erörtert.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, das haben wir nicht erörtert.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Na, dann erörtern wir das jetzt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Es geht jetzt nicht um mich, sondern ich gehe davon aus, dass die Kollegen davon wussten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, gut, aber ich kann ja nur - - Ich frage Sie ja nicht, wovon Sie ausgehen, was die Kollegen gewusst haben. Das können Sie ja gar nicht aus eigenem Wissen - - Das sollen Sie ja nicht vermuten. Ich möchte gern wissen, was damals besprochen wurde in dem Gespräch. Und da wollte ich wissen, ob es da um ein Ermittlungsverfahren ging. Da habe ich Sie jetzt verstanden, dass es da schon darum ging.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, ich habe Ihnen klipp und klar gesagt, dass mir das nicht belastbar Erinnerung ist. Das habe ich Ihnen sehr klar gesagt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ach so. Ja, weil Sie gerade gesagt haben: Das war Grundlage für das Leerverkaufsverbot, das Ermittlungsverfahren, nicht die Strafanzeige.

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Hauer, ich habe Ihnen klipp und klar gesagt, dass ich durch spätere Aktenlage zur Kenntnis genommen habe, -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** - dass vorher ein Ermittlungsverfahren bereits da war. Ich weiß auch, dass meine Kollegen davon wussten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Was mir nicht mehr Erinnerung ist: ob ich mit Frau Roegele über diesen Punkt in diesem Telefonat gesprochen habe.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Also, die Grundlage für das, was wie entscheidend war für das Leerverkaufsverbot, hatte ich vorhin gesagt: die Strafanzeige, die Übersendung dieser eidesstattlichen Versicherung im Entwurf, das Telefonat mit der Staatsanwaltschaft. Und dann haben Sie gesagt: Nein, das Ermittlungsverfahren. - Ist das richtig? Weil wir können es auch dann später im Protokoll nachlesen; aber so habe ich das in Erinnerung.

**Zeuge Felix Hufeld:** Jetzt haben Sie mich verloren. Ich kann Ihnen da nicht mehr folgen, tut mir leid. Es ist das Zusammenspiel aller dieser Faktoren, die Grundlage der Entscheidung meiner Kollegen waren. Ich habe darüber mit Frau Roegele in diesem besagten Telefonat gesprochen. Und ich wiederhole zum dritten Mal, dass mir nicht mehr abschließend Erinnerung ist, ob ich über diesen einen Faktor, nämlich die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft bereits ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen Short-Attacks gegen Wirecard laufen hatte, mit Frau Roegele gesprochen habe, ja oder nein.

Ich wollte nicht einen Faktor herausisolieren. Ich weiß, dass meine Kollegen um dieses Ermittlungsverfahren wussten. Das ist objektiv so. Ich weiß nicht mehr, ob ich mit Frau Roegele in diesem Gespräch darüber gesprochen habe. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. - Dann frage ich Sie als Nächstes, ob dieser Umstand, dass auch dieses Ermittlungsverfahren eine Rolle gespielt hat, in der Allgemeinverfügung in irgendeiner Weise hätte Erwähnung finden müssen, weil es war ja ein wichtiger Punkt, und es steht ja nichts dazu drin.

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Hauer, bei allem Respekt; aber das müssen Sie Frau Roegele fragen, nicht mich. Ich habe das Ding nicht geschrieben. Ich war an diesem Prozess operativ nicht beteiligt. Ich glaube, ich habe Ihnen die Berührungspunkte meiner Person in dem Prozess dieses Wochenendes jetzt sehr präzise geschildert. Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich bin erst mal der Überzeugung, dass da Verhältnismäßigkeitserwägungen angestellt werden, wenn so ein Verbot im Raum steht, und dass Sie die dann auch mit der Frau Roegele diskutiert haben am Telefon, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir haben keine Rechtstechnikdiskussion im Detail geführt. Wir haben so



## Nur zur dienstlichen Verwendung

diskutiert, wie ich Ihnen jetzt mehrfach ausführlich geschildert habe. Dem kann ich jetzt nicht mehr allzu viel hinzufügen.

In der Allgemeinverfügung selbst wird ganz klassisch Verhältnismäßigkeit abgeprüft. In der Opinion der ESMA wird absolut spiegelbildlich eine präzise Verhältnismäßigkeitsprüfung abgebildet und nachvollzogen und bejaht. Insofern: Ja, selbstverständlich hat das in dieser Verfügung eine entscheidende Rolle gespielt und ist auch ein zentraler Baustein eines jeden Verwaltungsaktes.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sind die Begriffe Marktvertrauen und Finanzstabilität, was ja beides mögliche Voraussetzungen für das Leerverkaufsverbot sind, völlig voneinander zu trennen, oder gibt es da auch Überschneidungen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das eine kann das andere nach sich ziehen, muss es aber nicht. Es kann, wie in diesem Fall, eine Verletzung des Marktvertrauens konstatiert werden durch die Aufsichtsbehörde, ohne dass zwingend eine Bedrohung der Finanzstabilität vorliegen muss. Es ist sehr gut vorstellbar, wenn Sie eine Finanzstabilitätsbedrohung haben, dass man das gleichzeitig als eine Bedrohung des Marktvertrauens interpretiert. Wissen Sie, das ist nicht trennscharf. Es ist aber sehr wohl getrennt prüfbar und so, wie wir es eben auch vorgenommen haben - -

Noch mal: Der Kern von Marktvertrauen ist Zweifel an einer fairen, transparenten Preisfindung. Das kann bedroht sein, ohne dass gleich das System der Finanzstabilität bedroht ist; absolut vorstellbar.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich würde Sie noch mal zu dem Verhältnis zur Staatsanwaltschaft gerne was fragen, und zwar gibt es hier ein Dokument. Das ist die Beantwortung einer Kleinen Anfrage der FDP. Und da gibt es einen Entwurf dieser Beantwortung, und da ist ein Satz enthalten, der heißt:

Bei der BaFin entstand daher der Eindruck, dass man von Seiten der StA Handlungsbedarf sah.

Und dann gibt es eine Mail von der Frau Roegele an Herrn Dr. Bopp. Da sagt sie zu diesem Satz:

Ich würde den Satz, der sich so anhört, als hätte uns die StA zum Handeln veranlasst, ebenfalls streichen.

Ich gebe das gleich dem Sekretariat, damit die das aufschreiben können, um welche Mail es sich da handelt und so. Ist das mit Ihnen irgendwie erörtert worden, diese Thematik, diese Beantwortung der Kleinen Anfrage? Oder ist das nicht in Ihrem Bereich?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nicht. Okay. - Dann komme ich zum nächsten Vorhalt. Der ist jetzt allerdings leider hier immer noch eingestuft. Ich wechsle jetzt mal das Thema. Ich versuche jetzt hier mal, die Vertraulich eingestuftene Dinge abzuhandeln, damit die in die Geheimschutzstelle zurückkönnen, und zwar geht es um die Einstufung Finanzholding. Können Sie uns dazu etwas sagen, wie sich durch das Inkrafttreten der Änderungen der CRR zum 27.07.2019 diese Thematik verändert hat?

**Zeuge Felix Hufeld:** Aus meiner Sicht überhaupt nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also vorher war die Einstufung genauso wie nachher?

**Zeuge Felix Hufeld:** Vorher waren die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einstufung genauso wie nachher. Das ist meine feste Überzeugung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Also kommt es am Ende auf die tatsächlichen Gegebenheiten an. Wenn Sie sagen, die rechtlichen sind identisch, dann ist ja die Frage: Hat sich das Tatsächliche geändert?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Es gab ja, wie mir meine Kollegen in der BaFin aus der Bankenaufsicht mitgeteilt haben, offensichtlich irgendwo Aufsichtsbehörden - ich weiß nicht, welche -, die vor Transferieren der EBA-Guidelines auf das Niveau der CRR selbst offensichtlich sehr extreme Interpretationen dieser EBA-Guidelines vorgenommen haben, die ich für absonderlich halte und die wir auch in Deutschland nie praktiziert haben und die weder die Bundesbank noch wir angenommen haben zu dem Zeitpunkt, als wir die Finanzholdingprüfung 2017 vorgenommen haben.

Deswegen ist das ein theoretischer Nebenkriegsschauplatz, der für uns vollkommen irrelevant ist. Deswegen kann ich Ihnen ruhigen Gewissens sagen, dass sich die rechtlichen Voraussetzungen in der Art, wie wir sie angewandt haben - und damit meine ich: Bundesbank und wir gemeinsam -, in keinster Weise geändert haben. Und ja, Sie haben völlig recht, es geht um die tatsächliche Subsumtion der Zahlen, Daten, Fakten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Zu welchem Zeitpunkt, sind Sie der Auffassung, ab wann war die Wirecard AG eine Finanzholding?

**Zeuge Felix Hufeld:** Die Auffassung habe ich abschließend überhaupt nicht vertreten, sondern - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das können Sie jetzt ja machen oder nachholen, wenn Sie es bisher nicht gemacht haben.

**Zeuge Felix Hufeld:** Es macht jetzt nun wirklich keinen Sinn mehr. Also, für ein nicht mehr existentes Unternehmen investieren wir keine Zeit mehr.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber das ist ja eine wesentliche Frage mit der Konsequenz auch der Aufsichtsthematik, und deshalb gibt es ja auch diesen Untersuchungsausschuss.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee. Also, ich glaube, das ist jetzt nun wirklich eine retrospektive Fragestellung, die mit dem Untersuchungsgegenstand beim besten Willen nichts mehr zu tun hat.

Ich bin aber in der Tat, um zum Thema zurückzukommen, Herr Hauer, ab dem zum wiederholten Mal Vorliegen des KPMG-Berichts einigermaßen nervös geworden angesichts der Tatsache, dass die Überprüfung - und das ist ja genau Ihr Punkt, den ich vollkommen teile - der Frage der Finanzholding, der Einstufung als Finanzholding, auf Daten per 31.12.2015 beruhte. Und als mir das deutlich wurde, habe ich gesagt: „Das muss endlich dringendst, dringendst einer erneuten Überprüfung unterzogen werden“ und habe mich dergestalt auch sehr deutlich mit meinen Kollegen Röseler und Pöttsch unterhalten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wann war das?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das konkrete Gespräch war am 05.06., aber ich habe vorher in bilateralen Gesprächen auch noch mal - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** 05.06.2020? Nur fürs Protokoll.

**Zeuge Felix Hufeld:** 20. Allerdings wurde mir dann seitens der Bankenaufsichtskollegen mitgeteilt, dass sie seit einigen Monaten an diesem Thema bereits in genau dieser Form dran seien. Das fand ich dann gut; aber ich hätte das gerne etwas deutlicher auch dann vorgetragen bekommen. Da war ich in der Tat der Auffassung, es ist allerhöchste Eisenbahn, denn natürlich, ich bin Aufseher, aber mein Bestreben an dieses verdammte Ding an der Spitze heranzukommen - - Das ist doch logisch. Das ist meine Motivation, ohne euphorisiert zu werden, Herr Gottschalk.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ist aus meiner Sicht auch die richtige Herangehensweise.

**Zeuge Felix Hufeld:** So ist es.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dass Sie da Aufsicht ausüben wollen - und das artikulieren Sie ja jetzt -, das finde ich ja erst mal eine gute Grundeinstellung. Und es ist sicherlich aus Sicht des Unternehmens auch eine gewisse Grundeinstellung, das eher nicht so gut zu finden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** In der Tat. Kein Mensch steht Schlange, um bei der BaFin verschärft beaufsichtigt zu werden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** So ist das. Und ist da auch über rechtliche Schritte diskutiert worden, die vielleicht das Unternehmen dann vornehmen könnte, also die Wirecard AG, wenn Sie eine Einstufung als Finanzholding vornehmen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Der erste Schritt war: Nun geht endlich an diese verdammte Frage ran, und jetzt macht mal hinne und guckt die aktuellen Zahlen an! Meine Hypothese war in der Tat - das habe ich, glaube ich, in einer der früheren Finanzausschusssitzungen auch schon deutlich dargelegt - - Wir haben gesagt: Die haben sich deutlich verändert. Ich konnte nicht im Ergebnis sagen: Die sind Finanzholding. Das konnte ich schlicht nicht. Aber es hat mich durchaus nervös gemacht, zu sehen, dass dies auf so alten Zahlen beruht und wir nicht eine erneute Prüfung gemacht haben, die eben, wie nun x-fach schon diskutiert worden ist, vorher überlagert war durch diese anderen Aufwärtsabspaltungsfragen usw. usw.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wenn man den Geschäftsbericht 2018 der Wirecard AG mal zugrunde legt: Ist Ihnen da erinnerlich, wie viele Unternehmen, Tochterunternehmen der AG man als Finanzinstitute einordnen kann?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe die genauen Zahlen nicht mehr im Kopf. Ich weiß, dass wir mit Wuermeling gemeinsam am 01.09. darüber gesprochen haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** 01.09.20, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, hier in der Finanzausschusssitzung.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, ja. Okay, ich würde Ihnen dazu gern einmal ein Dokument vorlegen. Das ist VS-Vertraulich - amtlich geheimgehalten. Wir machen einen stillen Vorhalt. Es wird Ihnen gleich - die 22 Sekunden stoppen wir jetzt noch, genau - unter der Empore gezeigt,

damit von oben auch keiner reingucken kann. Wir machen hier Hochsicherheitsvorkehrungen. Und es geht um die erste Passage, die hier aufgeschlagen ist, um den unteren markierten Teil. Die Markierungen sind von uns.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wenn der Kollege mir die Passage dann zeigen kann, die ich mir angucken soll - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das macht er, genau.

(Dem Zeugen werden am  
Rand des Sitzungssaals  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nur als Hinweis: Sie dürfen jetzt nicht - aber das wird Ihnen Ihr Anwalt sicherlich gesagt haben - aus dem Dokument selbst zitieren. Sie dürfen mit „Ja“, „Nein“, „Ist mir bekannt“, „Ist mir erinnerlich“, wie auch immer antworten. Und jetzt versuchen wir es, aber ich gebe ein bisschen drauf. Dann: Bitte schön, Matthias Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, es geht noch mal um diese Frage - vielleicht erinnern Sie sich ja jetzt -: Ich kann das schon nachvollziehen, dass Sie jetzt nicht spontan - es ist etwas weniger als ein Jahr her - - dass Sie da eine Zahl direkt vor Augen haben, in Erinnerung, bezogen auf den Geschäftsbericht. Aber vielleicht können Sie ja in Kenntnis dieser Daten noch mal in Ihrer Erinnerung kramen. Es ist ja auch ein Treffen von Ihnen, um das es hier geht, mit Herrn Eichelmann, dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ein Telefonat.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Ja, hier steht „Treffen“, aber -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, geschenkt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - okay. Das will ich jetzt nicht vertiefen. Mir geht es um die Sachfrage. Wie konkret ist das da diskutiert worden? Ist das - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das war der entscheidende Inhalt meines ersten Gespräches mit Eichelmann. Ja, da habe ich auch einigermaßen abenteuerliche Kommentare in den Medien der letzten Tage gelesen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Er wollte gerne von Ihnen beaufsichtigt werden. So habe ich ihn verstanden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, das ist völliger Schwachsinn. Nach ein bisschen Geplänkel nach dem Motto „long time no see“ - das ist auch der Grund, Herr De Masi, warum ich so exakt weiß, dass wir am 15.06. erstmalig gesprochen haben, weil wir da erst mal zehn Minuten über „long time no see“ gesprochen haben - war mein zentrales Thema, dass ich ihm gesagt habe - und er hat Ihnen ja auch bestätigt, wir kennen uns aus den frühen 90ern durch gemeinsame Tage, auch wenn wir da nie einen Fall zusammen gemacht haben, aber man kennt sich dann halt als Kollegen bei der Boston Consulting Group, weswegen man dann auch per Du ist; das ist einfach so -: Pass mal auf, wir sind jetzt an der Frage dran „Finanzholding Wirecard AG“. Wir werden das jetzt sehr zeitnah prüfen. Habe ich ihm fast wörtlich so gesagt. Ich habe ihm dann gesagt: Ich möchte nicht erleben, dass ihr dann Wirecardseitig uns sechs bis neun Monate mit Bataillonen von Juristen auf die Nerven geht. Also, ich möchte, dass du dafür sorgst, dass ihr kooperiert. - Das habe ich fast wörtlich gesagt. So macht man Aufsicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, Sie waren quasi der Auffassung - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Kollege, ich war jetzt sehr großzügig.

**Zeuge Felix Hufeld:** Darf ich kurz zu Ende führen?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, sehr gerne.

**Zeuge Felix Hufeld:** Dann hat er gesagt: Das muss ich erst mal checken lassen mit meinen Juristen. Und ich gebe dir kurzfristig Bescheid. - Und dann haben wir - - Entweder im nächsten, spätestens übernächsten Telefonat hat er dann gesagt: Ich habe das gecheckt. Ist okay. Wenn ihr das so seht, gehen wir mit.

Auf gut Deutsch: Mein zentrales Anliegen in diesem Telefonat war, den Weg freizumachen für meine Kollegen für den Fall, dass sie das dann - Klammer auf: hoffentlich, Klammer zu - in Richtung Finanzholding gebracht haben, dass Wirecard uns nicht sechs Monate filibustert mit irgendwelchem juristischen Gedöns. Und dann macht man das, was Aufseher immer machen, nämlich man baut moralischen Druck auf. Und Eichelmann ist darauf eingegangen, weil er gemerkt hat, alles andere wäre ziemlich verheerend. So ist das exakt verlaufen und nicht anders.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielen Dank für die Antwort. - Herr Vorsitzender, jetzt habe ich knapp drei Minuten überzogen. Jetzt könnte ich die natürlich einfach einstreichen, diese drei Minuten. Ich würde aber vorschlagen, wenn die Kollegen einverstanden sind und die Kollegin, dass ich kurz jetzt weiter zu diesem Punkt frage, weil es eben der einzige Punkt ist, den ich noch habe aus einer eingestuften Akte, damit diese Akte und die Mitarbeiter dann entsprechend nach Hause gehen können. Das wäre jetzt blöd, wenn wir noch eine Stunde warten, nur um das eben zu Ende zu machen. Es könnte mir dann gerne abgezogen werden in der nächsten Runde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich nehme das jetzt mal auf meine Kappe und erwarte jetzt keinen weiteren Befangenheitsantrag. - Dann weiter, Herr Hauer.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Ja, es ist auch nur noch diese Frage. - Also, das heißt, zu dem Zeitpunkt, ich sage mal, stand es auf der Kippe oder man konnte zumindest das gut vertreten, zu sagen: „Mit den Daten 2018 aus dem Geschäftsbericht ist es eine Finanzholding“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Das kann ich Ihnen in der Sache so nicht bestätigen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich wollte, -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie wollten.

**Zeuge Felix Hufeld:** - dass das verdammte Ding als Finanzholding eingestuft wird. Ich habe - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber das machen Sie ja nicht, wenn es nicht rechtlich geht, oder?

**Zeuge Felix Hufeld:** Natürlich nicht. Deswegen kann ich ja in der Sache nicht bestätigen; deswegen habe ich auch nie gesagt, weder zu Eichelmann noch zu meinen eigenen Leuten: Das Ding ist eine - - Ich kann nicht Fakten dekretieren, die geprüft werden müssen. Das geht nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber wenn Sie das jetzt für unvertretbar gehalten hätten, hätten Sie ja nicht gesagt - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Doch. Wenn man in eine bestimmte Richtung lenken will, dann lenkt man erst mal, und dann guckt man, was passiert. Und hätten mir meine Kollegen gesagt: „Herr Präsident, wir haben das genauestens geprüft. Wir kommen beim besten Willen nicht zu einer Finanzholding“, dann hätte ich das hinnehmen müssen. Aber ich bin einfach von der Hypothese ausgegangen, wie Sie das eben so formuliert haben, dass das mindestens, sagen wir mal, auf der Kippe steht oder sehr grenznah ist. Und dann habe ich gesagt: Jetzt guckt euch das Ding genau an.

Das Bild, das die CRR, Artikel 4 hier beschreibt - und da werden Sie vielleicht gesehen haben, dass ich mich damit auch rechtlich mal ziemlich im Detail beschäftigt habe -, erfordert eine Ermessensentscheidung, die regelgeleitet ist. Die kann man nicht völlig frei von den Fakten machen, natürlich nicht. Die Fakten müssen da schon unterstützen, ja. Aber es bleibt ein gewisses Ermessenselement. In dem Ermessensbereich hätte ich dann zweifellos mit meiner Autorität - in Anführungszeichen - Vorgaben machen können, aber nicht gegen Fakten. Insofern bitte ich darum,

dass wir da sehr sorgfältig formulieren, dass also das Ergebnis nicht per se vorweggenommen war, aber ich doch, sagen wir mal, sehr stark darauf hingedrängt habe. Dazu stehe ich auch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nicht gegen die Fakten, nicht gegen die rechtliche Situation; das ist mir schon klar.

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und die Frage ist ja immer, wie viele der Tochterunternehmen Finanzinstitute sind oder so einzustufen sind.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, das ist nicht die Anzahl der Tochterunternehmen, sondern es geht um fünf, sechs Kriterien, die jeweils über 50 Prozent liegen müssen, nicht zwingend kumulativ - das ist genau der Punkt -: Vermögenswerte, Anzahl der Mitarbeiter, Erträge und sonstige Kriterien, die der Aufseher für relevant hält. So steht das wörtlich in der CRR drin. Das heißt, es ist der klassische Fall einer regelgeleiteten Ermessensentscheidung. Und in der Phase haben wir uns da gerade befunden, und dazu gab es offensichtlich dieses Briefing-Papier, das Sie mir gerade gezeigt haben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. Nur, da das ja den Geschäftsbericht 2018 betraf, hätte man sich den ja auch schon 2019 angucken können, oder?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, da lag der mit Sicherheit noch nicht vor.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Der lag erst 2020 vor.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich kann Ihnen jetzt nicht genau sagen, wann der exakt vorlag, aber mit Sicherheit nicht ... (akustisch unverständlich), glaube ich nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie haben doch gesagt, der lag nicht in 2019 vor.

**Zeuge Felix Hufeld:** Noch mal: Herr Hauer, das ist genau der Punkt. 2019 haben wir sehr viel



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeit verbracht mit dieser Aufwärtsabspaltungsthematik. In diesem Kontext ist nach dem damaligen Stand nochmals von Bundesbank und BaFin das Thema geprüft worden und offensichtlich die Finanzholding ein weiteres Mal verneint worden. Jetzt sind wir aber weiter - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das waren die Zahlen von 2015, ne? - Ja, waren sie, gehört ja zur Wahrheit auch dazu.

**Zeuge Felix Hufeld:** Vermutlich.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Deswegen habe ich ja 20 gedrängt mit maximaler Härte, das Thema endlich mit aktuelleren Zahlen voranzubringen. Da bin ich ja komplett bei Ihnen. Wenn es etwas gibt, im Anschluss an mein Eingangsstatement, wo ich gesagt habe: „Manches hätte anders laufen müssen“: Das hätte schneller laufen müssen. Da bin ich komplett bei Ihnen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. - Dann habe ich jetzt sieben Minuten überzogen. Dann ziehen wir die gleich ab, gerne. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann setze ich da noch mal auf, nicht um Sie zu ärgern, aber Kollege De Masi hat es gesagt, und ich habe es hier halt auch noch auf meinem Zettel. Irgendeiner hat ja dann die Realität anders dargestellt. Deswegen wiederhole ich das jetzt noch mal.

Im selben Dokument, was ich vorhin mit KPMG - - wo wir uns am Ende meiner Frageunde unterhalten haben, vom 12. Mai hielten Sie zur Frage der Nichteinstufung der Wirecard AG als Finanzholding Folgendes fest:

Die Wirecard-Gruppe, an deren Spitze die Wirecard AG steht, ist keine Finanzholdinggruppe i.S.v. Art. 4 Abs. 20, 26 u. 30 CRR. Eine bankaufsichtsrechtliche Konsolidierung und Überwachung der Wirecard-Gruppe findet nicht statt.

Zu finden ist das auf MAT A BMF-25.28, Blatt 13. - Sie sagten uns dann am 1. Juli 2020 im Finanzausschuss - und jetzt wird es für mich eben und, ich glaube, auch die Kollegen langsam spannend -, dass Sie Herrn Eichelmann - damaliger Aufsichtsratschef, wissen wir alles - am 15. Juni in einem Telefonat mitgeteilt hätten, dass Sie persönlich der Ansicht seien, dass die Wirecard AG als Finanzholding einzustufen sei. Das wiederum zu finden auf MAT A BT-Präs-1.01, Blatt 314 ff. Ist das richtig?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein. Da muss ich das wiederholen, was ich Herrn Hauer gesagt habe. Ich habe mich im Ergebnis eben genau nicht festgelegt, und ich habe gesagt, dass ich auf eine aktualisierte, erneute Prüfung gedrängt habe, in der Tat geleitet durch meine Hypothese, dass es jetzt durchaus eine sein könnte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut.

**Zeuge Felix Hufeld:** Und wenn der Präsident so eine Hypothese hat, dann verhält sie nicht vollständig ungehört. Aber ich kann nicht das Faktenergebnis schlicht vorwegnehmen. Das deckt sich genau mit dem, was ich mit Herrn Hauer gerade diskutiert habe.

Aber dass Herr Eichelmann mich ermuntert habe oder ich ihn gefragt habe, ob Wirecard nicht vielleicht doch eine Finanzholding sein sollte, das ist wirklich blühender Unfug.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Das wird ja dann noch spannend. - Gut, mit Herrn Eichelmann, das hatten Sie gesagt. - So, jetzt ist mein Zettel abhandengekommen. Wo ist er denn? Es wird doch langsam spät, die ersten Ausfallerscheinungen. - Wunderbar, danke.

Herr Hufeld, können Sie uns denn noch einmal in Kürze darlegen, weshalb die Wirecard für Sie nicht als Finanzholding eingestuft worden ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich nehme an, Sie reden von der Prüfung im Jahr 2017. Also, in der ursprünglichen Prüfung ist das eine auf Basis einer länglichen Prüfung - alles Wissen, das ich später dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

aus den Akten nachvollzogen habe, nur um das klarzustellen - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, ich stelle ab auf das Schreiben vom 23.06. von Frau Eva Wimmer, bekanntlich Leiterin der Abteilung VII „Finanzmarktpolitik „im BMF, an Sie. Frau Wimmer schrieb Ihnen hier Folgendes:

In Ergänzung zu Ihrem am 22. Juni übermittelten Vermerk bzgl. der Konsolidierungsfrage wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie erläutern könnten, warum die BaFin bisher nicht die gesamte Wirecard-Gruppe unter Aufsicht gestellt hat. Die Geschäftsberichte ... für das ... Jahr 2018 lagen seit Mai 2019 vor. Die Änderungen der CRR zur Einstufung von Unternehmen als ...

### Finanzholdings

sind am 27. Juli 2019 in Kraft getreten.

Auch hier wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie konkrete nächste Schritte skizzieren würden, wie die von Ihnen angezeigten Defizite behoben werden können ...

Zu finden ist das auf MAT A BMF-24.40, Blatt 104 ff. Für mich liest sich dieses Schreiben von Frau Wimmer eindeutig so, als sei sie verwundert über die Entscheidung der BaFin gewesen, die Wirecard-Gruppe nicht unter Aufsicht gestellt zu haben. Haben Sie das auch so gelesen oder anders interpretiert?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe das einfach als Anfrage seitens des BMF interpretiert, auf die ich dann ja kurze Zeit später mit dem Schreiben vom 12.07., wenn ich das richtig im Kopf habe, auch - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wie haben Sie geantwortet auf dieses Schreiben? Mündlich oder auf einem anderen Wege?

**Zeuge Felix Hufeld:** Na, Moment. Das Schreiben, das Sie von Frau Wimmer gerade zitiert haben, ist von Ende Juni, glaube ich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, 22. Juni 2020.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja. Wenn ich mich richtig entsinne, ist mein Antwortschreiben vom 12.07., aus dem Sie vorhin auch schon zitiert haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, das ist das Antwortschreiben auf diese konkrete - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das steht, glaube ich, auch in dem Briefkopf des Schreibens vom 12.07. so drin.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Gut. - Dann würde ich gerne noch mal wissen, Stichwort Nichteinstufung, nochmals Stichwort Röseler - - Sie sagten uns am 01.09., dass es sehr intensive - Sie haben es auch eben dargelegt - Prüfschritte gegeben hätte, die sich um das Thema Finanzholding gedreht haben. Auch das ist zu finden: MAT A BT-Präs-1.01, Blatt 31.

Uns liegt zu dieser Fragestellung auch eine Mail von Herrn Röseler vor vom 23.06.2020. Darin schreibt Herr Röseler zur Sache Folgendes:

Hallo Herr Hufeld,

... Wir lassen gerade noch einmal prüfen, inwieweit die damalige Entscheidung, die AG nicht zur Finanzholding zu erklären, geboten war ... Außerdem lassen wir klären, inwieweit wir denn auch bei einer Qualifizierung der direkten Mutter der Bank oder der AG überhaupt Zugriff auf die ausländischen Töchter bekommen hätten. Das ist mir noch nicht ganz klar.

Auch jetzt ist für mich noch nicht ganz klar, was denn eine Qualifizierung als Finanzholding nach neuem Recht im Hinblick auf den aufsichtlichen Zugriff insbesondere über die asitischen Tochtergesellschaften bedeuten würde.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Können Sie sich an diese E-Mail erinnern?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, kann ich. Das betrifft eine nochmals andere Frage. Das betrifft nicht die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die Wirecard AG überhaupt als Finanzholding einzustufen wäre, sondern das betrifft die Frage, welche Eingriffsbefugnisse, Konsolidierungsnotwendigkeiten und vor allem auch Prüfbefugnisse uns zugestanden hätten oder zustehen würden für den Fall, dass es eine Finanzholding ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Waren Sie erstaunt so über die Mail von Herrn Röseler?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, gar nicht. Das ist eine kitzlige Frage. Die hatten wir, nebenbei bemerkt, auch gemeinsam mit Herrn Wuermeling am 01.09. im Finanzausschuss selbst bereits diskutiert, wie Sie vielleicht erinnern. Das ist auch in dem Wortprotokoll gut festgehalten. Das ist eine relativ - - Das ist eine nicht ganz einfache Frage, mit der ich mich auch eine Weile erst mal vertieft beschäftigen musste.

Nehmen wir an, es wäre hypothetisch eine Finanzholding gewesen, wäre es eben - das ist ein Punkt, den ich auch dann erst mal zur Kenntnis nehmen musste, weil ich da auch etwas andere Vorstellungen hatte - - folgt daraus keineswegs, dass man quasi eine allumfassende Prüfbefugnis über eine gesamte Gruppe hat, sondern es geht - das hat Wuermeling sehr schön herausgearbeitet - primär darum, einen gesamthaften Konsolidierungsblick zu haben mit Blick auf die Solvenz der Finanzinstitute in der Gruppe. Das ist ein etwas anderer Fokus. Sie merken, hier wird es relativ haarfein. Das hilft einem dann gar nicht mehr, wenn einem so was um die Ohren fliegt wie eine Wirecard AG. Das ist auch hier sowieso eine hypothetische Überlegung gewesen, weil es bis dato ja gar keine Finanzholding war.

Aber nichtsdestotrotz hatte ich meinen Kollegen - und darauf hatte Herr Röseler dann reagiert - die Frage gestellt: Erklärt mir bitte mal, was es eigentlich konkret bedeuten würde im Sinne von Eingriffsbefugnissen usw., wenn es denn eine Finanzholding wäre. Ich wollte das Terrain einfach

umfassend abgeklopft haben in meinem Verständnis darüber, was denn sozusagen die - in Anführungszeichen - „bessere“ Alternative wäre.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Dann bin ich auch mit meiner Zeit am Ende. - Dann gucke ich zur SPD rüber. Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Hufeld, ich würde Sie noch mal - - Das war jetzt schon mehrfach Thema, dieses Aufsichtsratsprotokoll aus dem Juni 2020. Wir haben es Ihnen mal sozusagen mitgebracht, und es geht eigentlich nur um diesen Absatz, der da auch markiert ist. Wenn Sie kurz lesen wollen - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand lesen in diesen  
Unterlagen)

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau.

**Zeuge Felix Hufeld:** Die ersten zwei Feststellungen dort sind faktuelle Feststellungen, die ich bestätigen kann. Die Schlussfolgerung, die am Ende steht:

Es bestehe auch nach Einschätzung der BaFin die Möglichkeit, dass es sich um eine gegen die Gesellschaft gerichtete Aktion handle ...

ist grober Unfug.

Die Hinweise, die davorstehen, sind faktische Hinweise - also, die habe ich vorhin ja schon gesagt -: die Juniorität der Unterschriebenen und in der Tat dieser sehr interessante Begriff „spurious“, den wir, sagen wir mal, im europäischen Englisch eher selten antreffen; und auch die Art der Briefe hatte eine gewisse Verwandtschaft, jetzt nicht identisch, aber eine gewisse Verwandtschaft. Das ist jetzt auch nicht so entscheidend.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Diese zwei faktuellen Hinweise habe ich angesprochen. Aber die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wird, ist einzig und allein eine Folgerung, die Herr Eichelmann gezogen hat, auf die er sich bei mir nun weiß Gott nicht berufen kann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank für die Klarstellung. - Was mich auch noch mal interessieren würde, ist, wenn Sie dazu noch mal so ein bisschen was sagen können: Sie hatten vorhin gesagt: Wir waren seit Anfang 2019 ausdrücklich nicht mehr der Auffassung, dass Wirecard nur Opfer sein kann.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe vorhin auch gesagt: Ich war nie der Auffassung, dass Wirecard Opfer einer Verschwörung ist. Wir waren sehr wohl der Auffassung, dass sie gelegentlich Opfer von illegalen Shortselling-Attacken sind.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut, jetzt ist ja sozusagen - - wäre es trotzdem noch mal so ein bisschen interessant, zu sehen, wie auch so 2017 um den Zatarra Report - - wie ist das diskutiert worden. Also, wie war zum Beispiel 2017 der Austausch mit dem BMF dazu?

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, Zatarra war Anfang 2016. 2017 gab es reguläre aufsichtliche Aktivitäten, die Sie zweifellos den Akten entnommen haben, die insbesondere mit konzerninternen Konsolidierungspflichten zu tun hatten. Da war auch die Bundesbank gemeinsam mit den BaFin-Kollegen sehr aktiv.

Ich weiß nicht, was Sie meinen mit „wie wir das gesehen haben“. Da ging es eher um klassisch bankaufsichtliche Fragen in diesem Zeitabschnitt. Wir waren der Auffassung, anders als die Anwälte der Wirecard, dass diese Zwischenholding, die Wirecard Acquiring & Issuing GmbH, als Zwischenholding konsolidiert werden müsste. Rechtlich, nebenbei bemerkt, ist das jeweilige Unternehmen selbst verpflichtet, solche Konsolidierungspflichten festzustellen und auch durchzuführen. Da haben wir gesagt: Das sehen wir - - Diese rechtliche Einschätzung, dass das nicht konsolidiert wird, teilen wir nicht. - Wir

haben es dann aber nicht, wie Sie wissen, durchgesetzt, weil wir den aufsichtlichen Mehrwert auf dieser Zwischenholdingsebene der Acquiring & Issuing GmbH für marginal gehalten haben. Und das war sowohl die Auffassung der Bundesbank als auch unsere Auffassung.

Und dann kam die Initiative von Wirecard, die Bank direkt oben an die Holding anzuhängen, wie Sie wissen, und dann war das, stand das sozusagen im Zentrum. Also, das waren primär bankaufsichtliche Fragestellungen.

Parallel dazu gab es, wie Sie wissen, über einen längeren Zeitraum eine Mehrzahl von geldwäscherechtlichen Prüfungen im Bereich der Bank, die wir auch durchgeführt haben, die dann zu entsprechenden Nachhalteaktivitäten geführt haben. Also, es gab immer auf unterschiedlichen Handlungsfeldern aufsichtliche Aktivitäten, nicht notwendigerweise immer alle Aktivitätenlevels parallel sozusagen. Das hatte unterschiedliche Schwerpunkte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und gab es dann im Kontext 2016, Zatarra Report, darüber Austausch mit dem BMF, also sozusagen über diese Vorwürfe oder wie auch immer?

**Zeuge Felix Hufeld:** Kann ich Ihnen jetzt im Detail nicht schildern, aber ich würde fast eine Wette eingehen, bin mir fast sicher, dass wir routinemäßig - das meine ich jetzt nicht negativ, sondern völlig neutral - über unsere Einschätzung dieses Zatarra Reports auch das BMF unterrichtet haben. Ich bin mir sicher, dass ich im Rahmen meines Aktenstudiums auch dazu irgendwas gelesen habe. Ich habe es nur jetzt nicht mehr drauf. Ich bin mir fast sicher, dass wir dazu einen routinemäßigen Bericht an das BMF geschickt haben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich hatte vorhin schon danach gefragt, aber sozusagen innerhalb des Untersuchungszeitraums, wo Sie bereits Aufarbeitung betrieben haben, ist diese Zeit seitdem auch - - ist das noch mal zur Sprache gekommen? Da sind ja auch noch irgendwelche E-Mails aufgetaucht, wo dann behauptet oder gesagt wird,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

seit einem kritischen Bericht über die Wirecard Bank 2017 habe man intern doch gepennt.

**Zeuge Felix Hufeld:** So eine schreckliche Mail kenne ich jetzt nicht.

(Heiterkeit des Abg. Dr.  
Jens Zimmermann (SPD))

Das würde mich immer nervös machen, wenn irgendeiner gepennt hat. Sie meinen, in der BaFin?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm.

**Zeuge Felix Hufeld:** Die kenne ich jetzt nicht, die E-Mail. Aber ganz konkret hat natürlich auch im Rahmen des Leerverkaufsverbots eine Rolle gespielt, dass es in der Vergangenheit bereits mehrfach Short-Attacks gegeben hat. Also, es gab eine Art Track Record. So gesehen hat das auch zu einem späteren Zeitpunkt, also im Rahmen des Untersuchungszeitraumes, wo es, wenn man so will, auch anfang heißer zu laufen, in unserer Bewertung der Situation durchaus eine Rolle gespielt. Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gab es - - oder waren irgendwann mal die Ermittlungen in den USA Thema? Oder gab es da, wenn Sie dazu was sagen können, auch vielleicht irgendwelche Rechtshilfeersuchen der amerikanischen Kollegen? Also, weil wir ja jetzt gerade auch eine Verurteilung hatten und da offenbar in den USA, also, gegen Wirecard in den USA, gegen zwei Personen - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Es gab zu einem sehr frühen Zeitpunkt - aber wie gesagt, das ist jetzt lange zurückliegend - eine geldwäscherechtliche Problematik wegen Unterstützung illegalen, aus US-rechtlicher Sicht illegalen, Glücksspiels. Das haben wir selbstverständlich moniert, und das wurde dann seitens der Wirecard Bank, über die das lief - das war, denke ich, noch deutlich vor Zatarra -, abgestellt. So. Das, kann ich mich entsinnen, ist, glaube ich, vor meiner Zeit gewesen; aber das habe ich selbstverständlich den Akten so entnommen. Und insofern: Ja.

Es gab später auch mit SEC Kontakte, aber dann eher im wertpapierrechtlichen Bereich, nicht im Sinne von Rechtshilfeersuchen, das, glaube ich, nicht, sondern eher im Sinne von Anfragen oder Austausch zwischen Aufsichtsbehörden; das ja. Aber die konkreteste Geschichte, an die ich mich entsinnen kann, ist die geldwäscherechtliche Problematik von - ja, wann war das? weiß ich nicht genau - - deutlich vor Zatarra.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, könnte sogar vor dem Untersuchungszeitraum gewesen sein, höchstwahrscheinlich.

**Zeuge Felix Hufeld:** Vermutlich.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Eine letzte Frage, bevor ich an die Kollegin weitergebe. Wir hatten vorhin schon mal die Frage „Insolvenz“. Was ist werthaltig? Was könnte eventuell auch irgendwelche Konsequenzen haben? Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, stand auch die Frage im Raum: Könnte das irgendwelche Auswirkungen haben, was quasi Bezahlvorgänge angeht? Weil da war irgendwie so die Hypothese: Wirecard betreibt viele Terminals. Ist das diskutiert worden? Haben Sie das mit dem BMF diskutiert?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich selbst weniger. Ich weiß, dass ich das gelegentlich mit Herr Kollegen Röseler diskutiert habe, auch meinerseits genau diese Frage gestellt habe: Gibt es quasi operative Risiken? Das wurde, zumindest für einen bestimmten Zeitraum, seitens - - mir gegenüber jetzt - mit BMF habe ich das in dieser Form - - Ich habe allenfalls meine Erkenntnisse aus den Gesprächen mit Röseler, glaube ich, in einem Nebensatz mal mit Kukies geteilt, der mich fragte: Gibt es hier eine Bedrohungslage für die Finanzstabilität? Das haben wir verneint, habe ich auch gegenüber Kukies verneint. Sehe ich auch so, sehe ich auch heute noch so.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber das war die Information, die mir meine Kollegen aus der Bankenaufsicht gegeben haben. Wegen der, sagen wir mal, starken Durchdringung in Teilbereichen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

könnte es dort rein operativ, ohne dass das einen systemischen Finanzstabilität-Touch hat, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau.

**Zeuge Felix Hufeld:** - zu Störungen führen, die man zumindest nicht innerhalb von zwei Wochen fixen kann. Die kann man innerhalb von ein paar Monaten fixen, indem andere Wettbewerber eintreten, das Geschäft übernehmen. Deswegen war uns sehr daran gelegen, dass es eben - - Und das haben wir ja aktiv begleitet und sind eben nicht mit dem Moratoriumsholzhammer drangegangen, sondern mit spezifischeren Einschränkungen für die Wirecard Bank, um genau ein disruptives Ende zu vermeiden und eine Verwertbarkeit für den Insolvenzverwalter, aber auch operative Störungen im Markt zu vermeiden. Was man in drei, vier, fünf Monaten klären kann durch andere, kann man nicht über zwei Wochen klären. Das war die Motivation dahinter.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Also, Sie würden auch sagen, es ist jetzt nicht total vermessen gewesen, nicht einfach zu sagen: Lass den Laden pleitegehen, wird schon nix passieren.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, das steuern wir ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut.

**Zeuge Felix Hufeld:** Die Insolvenz einer Bank wird von der BaFin beantragt, von sonst niemand.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Und das haben wir nicht getan, sondern wir haben eben versucht eine - ich habe es eben gesagt - wohlkalibrierte Schutzfunktion. Dass Vermögenswerte - was natürlich leicht hätte passieren können - aus der Bank einfach abgezogen werden, das haben wir verhindert. Ich glaube, das ist uns, denke ich, im Rückblick ganz gut gelungen. Zumindest der Insolvenzverwalter hat das vernünftig managen können.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Hufeld, ich wollte noch mal klarstellen, dass meine Frage nach der

Höhe Ihres Gehaltes nicht zum Ziel hatte, darauf hinzudeuten, dass Ihr Gehalt zu hoch wäre, im Gegenteil. Ich finde, es existiert ein Ungleichgewicht, wenn man bedenkt, dass die Beaufsichtigten mehr verdienen als Oberaufseher, oder es gibt da sogar auch ein Gender Pay Gap, wenn man bedenkt, dass Herr Weidmann mehr verdient als die Kanzlerin, ja?

(Heiterkeit des Zeugen -  
Zurufe)

- Genau, und mein Gehalt ist auch bekannt. Ich habe keine Nebenverdienste. Es gibt Abgeordnete, die verdienen zehnmal so viel, wie sie an Diät bekommen. Aber das wollte ich noch mal klarstellen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Vielen Dank. - Gestatten Sie mir eine persönliche Anmerkung in dem Kontext: Ich habe eine sehr einfache Devise als einer der wenigen Menschen, die in Deutschland nach round about 25 Jahren privatwirtschaftlichen Führungsaufgaben ein öffentliches Amt übernommen haben, in meinem Fall dann für acht Jahre, und die Devise lautet: Ich verhandle nicht und ich streite mich nicht mit meinem Land. Ich nehme das an, was mein Land mir bietet, damit ich meinem Land einen Dienst erweisen kann. Das habe ich zu Beginn so gehalten, und das habe ich am Ende so gehalten.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gute Devise. - Ich wollte noch auf die Geldwäsche Problematik zurückkommen. In Bayern läuft ja einiges anders als in Berlin, nicht nur bei der Staatsanwaltschaft

(Heiterkeit des Abg.  
Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/ CSU))

- Herr Michelbach? -

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Hat für Heiterkeit  
gesorgt!)

- okay -, sondern auch bei der Geldwäscheaufsicht. Die Geldwäscheaufsicht liegt ja bei den Bundesländern, und es gab dort einige Fragen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder Diskussionen, wer denn jetzt zuständig sei für die Geldwäscheaufsicht. Und die bayerischen Behörden - - Es gab eine Gesetzesnovelle, und zum 01.01.2020 musste das auch ein bisschen neu geregelt werden. Und EY hatte sich auch da durch Freshfields beraten lassen, und Freshfields hatte in dem Gutachten deutlich gesagt: Die bayerische Bezirksregierung ist zuständig für die Aufsicht. Dann hat die bayerische Bezirksregierung das auch angenommen, akzeptiert, und nach - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Erzählen Sie zu - - Formulieren Sie das zu Ende.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Im Juni, nachdem - - oder einen Tag vor der Pressekonferenz von Wirecard, wo es um die Insolvenz ging, haben die bayerischen Behörden dann erklärt, sie seien nicht zuständig. Und in der Chronologie sieht man, dass Bayern auch an die BaFin herangetreten ist mit dieser Fragestellung. Hat Sie das auch alles erreicht, und was ist Ihre Meinung dazu?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank.

**Zeuge Felix Hufeld:** Mich hat das erreicht zu einem späteren Zeitpunkt, wenn ich entsprechende E-Mails oder Informationen durch das sogenannte Direktionsinformationssystem, das wir in der BaFin haben - DIS-Meldung nennen wir das intern - - habe ich das zur Kenntnis genommen und zum Teil mit Befremden zur Kenntnis genommen, wie Sie vielleicht weiteren internen Mails entnehmen konnten. Wir haben mit unseren bayerischen Kollegen nie diskutiert. Es gab nie einen Dissens, es gab nie eine Meinungsverschiedenheit, sondern wir haben zur Kenntnis genommen in der einen oder anderen Richtung, wie die Landesbehörden in Bayern dies in ihrer Autorität entschieden haben. Es gab keinen Streit; es gab keine Debatte. Es gab nichts. Dass sich eine Landesbehörde an uns wendet, ist etwas ungewöhnlich, aber wir können niemanden daran hindern. Aber wir entscheiden nicht darüber, wer auf Landesseite eine Zuständigkeit hat, ja oder nein. Das ist ausschließlich die au-

tarke Entscheidung der Landesbehörden. Deswegen haben wir das zur Kenntnis genommen, und ich habe auch - - ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann macht - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Deswegen stimmt die Metapher, Herr De Masi, vom Tennisspiel nicht so ganz, weil es auf unserer Seite des Platzes keinen Spieler gegeben hat. Die haben, wenn überhaupt, mit der Wand gespielt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Oder einer Ballmaschine. Aber gut.

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann wäre es Squash!)

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, Squash, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön. - Herr Hufeld, hatten Sie in Sachen Wirecard über das BMF hinaus auch Kontakt zu anderen Bundesministerien oder dem Kanzleramt?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein.

**Zeuge Felix Hufeld:** - ich nicht. Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Der ESMA-Bericht vom 3. November ist Ihnen ja sicher sehr geläufig. Da wird ja berichtet, dass es nach Aussage - - auch Aussage der BaFin einen beispiellosen Informationsaustausch zwischen BaFin und Finanzministerium gegeben habe. Die ESMA - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das Wort „beispiellos“ stammte nicht von der BaFin.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** „Unprecedented“. Ja, steht - - Soll ich es zitieren?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, nein, das steht in dem ESMA-Report.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist völlig zutreffend.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** In ESMA, ja, ja, genau. In diesem Kontext - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Weil Sie eben sagten: auch nach Meinung der BaFin.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

In this context, BaFin acknowledged that this level of reporting and exchange of information in the context of supervision with the MoF ... was unprecedented.

„BaFin acknowledged that this level of reporting ... was unprecedented“ ist, glaube ich, ziemlich klar. Es sind 14 formelle Reports in den Jahren 2019 und 2020 in Sachen Wirecard erwähnt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nun haben Sie ja vorhin großen Wert darauf gelegt, dass es keinen Einfluss auf Einzelentscheidungen gibt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber wie bringe ich denn das sozusagen zusammen mit, sagen wir mal, dieser Quantität und Intensität an Berichterstattung?

**Zeuge Felix Hufeld:** Wenn wir mal die Frage offenlassen, wie direkten Bezug das zum Untersuchungsgegenstand hat, neige ich dazu, Ihnen zuzustimmen, dass das schwer übereinanderzubringen ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Wissen Sie, warum, sagen wir mal, ausgerechnet die Berichte, die die BaFin an das Finanzministerium erstattet hat in diesem Kontext der ESMA, nur zur Einsicht am Bildschirm gegeben wurden? Ich kann

noch mal zitieren - das ist die Seite 53, Ziffer 214 -, damit wir präzise sind:

However, for confidentiality reasons, the reports included in the EFI team files were only made available to the PRC

- das ist das ESMA-Team -

during a read-only screen viewing session ... BaFin indicated that these reports could not be shared in electric format with the PRC as, in many cases, even though they are summaries, they continue sensitive supervisory information and thus cannot be shared with third parties.

Also, das Argument war offenbar: Das sind zwar nur Zusammenfassungen fürs BMF - das ist ja klar, dass man da eher eine verdichtete Form der Information wählt -, aber gerade deshalb sind sie aufsichtlich so sensibel, dass man sie nicht der ESMA übergeben kann. Da bin ich ein bisschen drüber gestolpert, weil ich gedacht hätte: Eigentlich müsste doch sozusagen das detaillierte Originaldokument das sensiblere sein, und der Report ans BMF müsste übrigens auch zum Schutz der Vertraulichkeit eher kondensiert und eher sozusagen auch weniger detailreich und sensibel sein. Haben Sie eine Idee, warum man dieses „read-only screen viewing“ gerade für diese Reports, die die ESMA besonders interessiert haben, gewählt hat?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, habe ich. Das ist auch ein Punkt, über den ich damals mit Frau Roegele gesprochen habe oder gemailt habe. Ich habe die Einschätzung von Frau Roegele vollkommen unterstützt, dass eine interne Kommunikation zwischen uns und dem Ministerium nicht uneingeschränkt einer europäischen Behörde zur Verfügung gestellt wird. Die ESMA ist nicht der Supervisor der Supervisor. Und das, was die Art der Überprüfung, die hier als sogenannte Targeted Peer Review gelabelt wurde - - ist, um es mal sehr höflich zu formulieren, europarechtlich so grenzwertig, wie irgendetwas nur grenzwertig sein



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kann, sodass wir, wenn Sie unbedingt wollen, aus Prinzip bestimmte Grenzen, was die national interne Kommunikation anbelangt, für erforderlich gehalten haben. Dass wir hier nicht zwingend Dinge geheim halten wollen, haben Sie völlig richtig interpretiert dahin gehend, dass wir ja die Originaldokumente zur Verfügung gestellt haben. Aber es ging uns sehr wohl darum, klarzumachen, dass die Rolle einer europäischen Aufsichtsbehörde - die ja so heißen, aber es nicht sind, weitestgehend - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich habe da Verständnis für, Herr Hufeld. Mir war nur sozusagen - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Gut, ich wollte - - Ich habe die - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aufgrund der Formulierung hatte ich mich nur gefragt, ob die „sensitive supervisory information“ jetzt quasi bezogen auf das Unternehmen Wirecard sensitiv war. Und ich habe verstanden, dass es eher um eine Art Schutzraum in der Kommunikation - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Bingo. Nennen Sie es institutionelle Hygiene.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Verstehe. Das verstehe ich, das ergibt sich nämlich aus dem Wortlaut dieses ESMA-Berichts nicht so ohne Weiteres.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das stimmt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das wundert aber auch nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich bin ein ganz klassischer Freund der deutschen Verfassungsordnung und auch kein Gegner der Fachaufsicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Sehen Sie: Das verbindet uns.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau. - Wann sind Sie denn zum ersten Mal darauf aufmerksam geworden, dass die strategische Kreditvergabe, die

ja der Konzern sowohl über die Bank als auch über die Konzernmutter abgewickelt hat, einen inhaltlichen Bezug zum Betrug bzw. zum Abfluss der erschlichenen Investorenmittel hatte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Wenn Sie damit mich persönlich meinen, dann war das relativ spät: als ich erstmalig den Gibson-Dunn-Report zur Kenntnis genommen habe -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also nach der Insolvenz.

**Zeuge Felix Hufeld:** - ja - und der als forensische Kreditprüfung uns da die Augen geöffnet hat. Wir hatten ja vorher MaRisk-artige Prüfungen, die eben auf einem Niveau verblieben sind, die uns diese Erkenntnisse leider nicht geliefert haben. Dass eine wirklich forensische Kreditprüfung im Detail dann diese Dinge zutage gefördert hat, das spricht für sich und ist für mich eine der Schlüsselerkenntnisse, dass wir diese von mir vorhin zitierte Fokusaufsicht schärfer und besser auch für potenziell problematische Fälle etablieren müssen. Und ich kann nur wirklich hoffen für die BaFin der Zukunft, für meinen Nachfolger usw. usw., dass die Netze, die wir dadurch ausspannen können, wo wir gezielt Unternehmen dann in den Blick nehmen möchten, die eben - ich habe es vorhin gesagt - nicht evidente Gefahrenmomente zeigen, aber gewisse Early Warning Signals vielleicht - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich würde gerne noch mal an eine Frage anschließen, an die strategische Kreditvergabe: Wenn ein Konzernunternehmen, das keine Banklizenz hat, wie wir wissen, direkt Kredite vergibt im dreistelligen Millionenbereich über Jahre hinweg an Schlüsselkunden und nicht nur einen, ist das nicht unerlaubtes Betreiben von Bankgeschäften?

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir haben das relativ spät erfahren als BaFin. Ich glaube, rechtlich ist es das nicht, aber es ist zweifellos ein Warnhinweis, den man in so einer Fokusaufsichtslogik, die ich jetzt mehrfach beschrieben habe, ganz sicher zum Anlass nehmen würde, um sehr viel genauer hinzugucken. Das ist nicht per se rechtswidrig, aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es ist ganz klar - - Diese Art der Arbeitsteilung - darauf spielen Sie, glaube ich, an -, dass die Marktseite oder die Vertriebsseite gewissermaßen ein Stück weit ausgelagert wird an einen Nicht-bank-Mutterkonzern, das ist nicht per se rechtswidrig, überhaupt nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, ich dachte, Kreditvergabe ist im Konzern möglich, aber nicht außerhalb.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, das ist ja eben genau nicht - - Die Kreditvergabe können Sie ja ohne die Marktfolge, ohne die Kreditseite, die der Bank verblieben ist, eben genau nicht machen. Und trotzdem ist es eine - - Das müssen Sie schon als Einheit sehen. Trotzdem bin ich bei Ihnen: Das Outsourcen des Vertriebs, etwas untechnisch gesprochen, ist auf jeden Fall einer der Indikatoren, den ich immer im Kontext einer solchen verschärften Aufsicht in Erwägung ziehen würde.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay, müssen wir ein andermal vertiefen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Herr Hufeld, nur dass ich das vorhin richtig verstanden habe: Also, zu der Diskrepanz bei der Offenbarung der Gespräche mit Herrn Eichelmann, da haben Sie ausgeführt, dass Sie sich gewundert hätten - Sie sind auf Ihr Büro zugegangen -, dass so wenig offenbart wurde in der Antwort auf parlamentarische Anfragen oder Chronologie. Und daraufhin hätte das BMF - - oder hätte Ihr Büro Ihnen gesagt, dass das BMF gesagt habe, es müssten nur die terminlich vorab fixierten Gespräche offenbart werden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß nicht, ob mein eigenes Büro gesagt hat: „das BMF“, sondern die haben gesagt: Gefordert waren nur im Kalender erkennliche Termine. Ich kann Ihnen nicht bestätigen, ob die gesagt haben, darf BMF das - - Es war die Wahrnehmung - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber vorhin haben Sie das BMF erwähnt; deswegen frage ich.

**Zeuge Felix Hufeld:** Na ja, gut, weil das BMF beantwortet die politischen Anfragen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das macht ja auch nichts, weil ich habe jetzt mal Wolfgang Schmidt auf Twitter gefragt, der ist da nämlich gerade unterwegs. Der antwortet bestimmt gleich. Aber ich wollte einfach nur noch mal mich vergewissern.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich meine, ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, dass die Wahrnehmung meines Büros, die ich in der Tat, ähnlich wie Sie, darauf angesprochen habe - da habe ich gesagt: ich habe doch mehr Gespräche geführt -, war: Wir sollten nur Termine, die im Kalender erkenntlich waren, melden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wenn das falsch war oder ein Missverständnis war, dann - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich will es ja nur aufklären. - Okay, dann gehe ich jetzt hier noch mal in das Protokoll von Herrn Eichelmann, und da geht es jetzt noch mal um diese besagte Stelle. Hier im Aufsichtsratsprotokoll heißt es ja - - Ich darf doch daraus zitieren, oder?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Darf ich. Okay.

Schließlich wies der Vorsitzende des Aufsichtsrats darauf hin, dass es Indikationen durch die BaFin gebe, dass das von EY der Gesellschaft noch nicht vorgelegte Schreiben der BPI inhaltlich und in einzelnen Formulierungen („spurious“) dem Schreiben der BDO sehr ähneln würde und beide daher wie abgestimmte Erklärungen wirkten. Das Schreiben sei auch „nur“ von einem Vice President der Bank unterzeichnet. Es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bestehe auch nach Einschätzung der BaFin die Möglichkeit, dass es sich um eine gegen die Gesellschaft gerichtete Aktion handle.

So die Formulierung im Aufsichtsratsprotokoll - ich kann Ihnen das zur Verfügung stellen - vom 18. Juni 2020.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das wurde mir doch eben gerade schon vorgelegt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ja, genau. Aber vielleicht wollen Sie es ja noch mal sehen; ich weiß nicht. Ich will Ihnen nur keine Rechte vor-enthalten; deswegen. Jetzt hier in der Unterredung mit Herrn Eichelmann bei uns im Ausschuss sagt er an Herrn Michelbach gerichtet:

Abgesehen davon - das Protokoll, wie Sie sich vorstellen können - war ich mir natürlich bewusst, dass das, als es damals passiert ist, jetzt kein - wie soll ich sagen? - Spaß ist und auch irgendwie kein Missverständnis. Das habe ich mir sehr genau überlegt und sehr genau aufgeschrieben. Ich habe das Protokoll auch nicht irgendwie mit dem Protokollführer erst vier Wochen später erstellt, sondern am gleichen Tag. Ich glaube nicht, dass ich da was falsch wiedergegeben habe.

Da stellt sich doch jetzt eigentlich die Frage, ob wir dann vielleicht Herrn Eichelmann dazu noch mal einvernehmen müssen, ob er hier - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist ganz und gar Ihre Entscheidung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber ich kann Ihnen nur das sagen, was ich Ihnen jetzt gesagt habe.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Aber Sie verstehen, warum ich da so penibel bin, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, logisch, klar.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - weil das wirkt ja schon wie ein Widerspruch zwischen zwei Aussagen hier.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

(RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht: Gerne Kreuzverhör!)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gerne ein Kreuzverhör? Haben Sie eins bestellt sozusagen? Ach so. Also, ich bin ja ein totaler Fan, aber ich habe bisher meine Ausschusskollegen noch nicht in anderen Konstellationen davon überzeugt. Aber wenn Sie da Lust drauf haben - - Vielleicht wirkt das.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir überlegen mal.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe keine Lust darauf.

(Heiterkeit)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber ich kann Ihnen klipp und klar sagen, was ich gesagt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das sollten Sie Ihrem Anwalt vielleicht noch mal bei der Honorar-gestaltung - - Aber das ist auch nicht hier Gegenstand des Untersuchungsausschusses.

So, auf jeden Fall würde ich jetzt gerne noch auf eine Stelle eingehen. - Ach, das ist doch erschöpft. Also, und zwar - - Ich bin gleich so weit; ich muss das jetzt hier leider am Rechner suchen.

Ich formuliere schon mal meine Frage: Also, wurde denn mit der BaFin auch über die Rolle von Herrn Marsalek rund um den 16. Juni herum kommuniziert nach Ihrer Kenntnis?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, nach meiner Kenntnis nicht. Aber, wie gesagt, ich kann nicht ausschließen, dass das irgendwo mal eine Rolle gespielt hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Mit „um den 16.“ meinen Sie welchen 16.?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Also den 16. Juni 2020, wo klar war - - auf den Philippinen die Banken sagen: „Die Kontenbelege sind ‚spuriös‘“, weil hier - - Ich habe Herrn Eichelmann dazu befragt:

Fand in der Zeit irgendeine Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft in München statt oder auch mit der BaFin auf Ihre Verdachtsmomente gegenüber Herrn Marsalek?

Und der Zeuge Thomas Eichelmann antwortet:

Ja, die BaFin war informiert, dass wir den rausnehmen. Das war Teil dieser Gespräche. Wie gesagt: Inhaberkontrollverfahren erinnere ich mich nicht, aber dass ich alle informiert habe, dass wir den Herrn Marsalek jetzt freistellen werden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist zutreffend. Das hat er mir gesagt.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber das ist für mich was anderes als die Rolle, die Herr Marsalek gespielt hat. Das verweist ja auf sozusagen seine kriminellen Aktivitäten. Dass er ihn aus dem Vorstand genommen hat, das hat er mir gesagt. Das ist korrekt, genauso wie er mir mitgeteilt hat, dass er Herrn Braun entfernt hat und dann Herrn Freis - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Genau, das steht da auch.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist korrekt.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Gut, okay. Das wollte ich nur noch mal abklären. Das hat er mit Ihnen getan. Das ist nämlich auch wichtig, weil

er das ja auch in Richtung Staatsanwaltschaft getan hat. Und die Staatsanwaltschaft, die hat ja den Herrn Marsalek erst mal auf den Philippinen das Geld suchen lassen oder - - Deswegen frage ich. - Gut, vielen Dank. Ich habe dann keine weiteren Fragen mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und dann noch mal für Bündnis 90/Die Grünen Dr. Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jawohl. - Herr Hufeld, vor über einer Stunde haben Sie bei der Rechts- und Fachaufsicht aufgehört. Da steige ich jetzt noch mal kurz ein, weil ich noch ein paar Fragen hatte.

Sie haben das aufgezeigt: aufsichtliche Entscheidungen versus regulatorische Fragen. Jetzt will ich mal fragen: Sie hatten am 8. März 2019 Kontakt zu Herrn Kukies zu dem Leerverkaufsverbot. Wer hat sich da bei wem gemeldet? Hatte er Interesse, dass er gesagt hat: „Erklären Sie mir das mal“ oder - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das war ein terminiertes Gespräch, also ein paar Wochen vorher über die Büros vereinbart.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dem Thema. Das war der Grund auch, warum man diesen Termin vereinbart hat.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ja, ja, natürlich. Auslöser war - - Ich vermute, dass es nicht nur das Leerverkaufsverbot war, sondern sehr wohl auch die Beauftragung der DPR. Also die Aktivitäten, -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** - die wir im Februar ergriffen hatten, die wollte er besser nachvollziehen, verstehen, Hintergründe erfahren.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß, Sie können die Frage wahrscheinlich nicht klar beantworten - - oder ob ich jetzt frage,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ob das ein rechts- und fachaufsichtliches Gespräch in dem Kontext war. Also, der Kontext war Wirecard. Aber das ist ja jetzt das zuständige Ministerium. Gab es da, ich sage jetzt mal, Dienstanweisungen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Nein, Sie schütteln den Kopf. Aber ich frage das ja deswegen, denn mit der Rechtsaufsicht geht ja auch einher, zu überprüfen, ob Sie, jetzt nicht Sie persönlich, Sie auch, aber auch Ihre Behörde sich sozusagen an die Regularien hält. Und da wollte ich fragen: Hatte Herr Kukies Interesse, noch mal genau zu verstehen, auf welcher Grundlage dieses Leerverkaufsverbot entschieden worden ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Absolut, das ist so. Das haben - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sagen Sie noch mal was dazu.

**Zeuge Felix Hufeld:** Na, ich glaube, es ging da ziemlich genau um die gleichen Themen, die wir jetzt im Verlauf des gesamten Abends auch, soweit wir über Leerverkaufsverbot gesprochen haben, immer wieder berührt haben: Auf welcher Rechtsgrundlage haben wir das gemacht? Artikel 20 Leerverkaufsverordnung. Mit dieser Materie beschäftigt man sich nicht jeden Tag, auch Kukies nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir alle nicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, genau.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir haben uns da alle eingearbeitet in den letzten sechs Monate.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich auch. - Und er wollte eben verstehen: Warum haben wir eine Gefährdungslage gesehen? Und ich habe ihm da die verschiedenen Faktoren, die dazu geführt haben, erläutert. Ich habe auch über die Beauftragung der DPR gesprochen, aber - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und war er da skeptisch? Also, ich meine, das ist ja jemand, der den Finanzmarkt wahrscheinlich besser kennt als wir alle hier im Raum.

**Zeuge Felix Hufeld:** Sie meinen, mich eingeschlossen? - Glaube ich nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sorry, ich wollte Sie jetzt nicht in Ihrem Ehrgefühl verletzen. Ich rede jetzt mal von uns Abgeordneten, Herr Hufeld, und lasse Sie da gerne aus. Aber abgesehen davon: Also, der Mann kennt sich aus. Das ist ja unbestritten.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, da haben Sie recht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ich würde mal sagen, so wie ich Jörg Kukies kenne, dass er da auch erst mal ein Problem hat oder Fragezeichen bei einem Leerverkaufsverbot.

**Zeuge Felix Hufeld:** Noch mal: Das war Zweck des ganzen Gesprächs, dass wir uns darüber ausgetauscht haben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und dann haben Sie ihn überzeugt. Am Ende ist er auch da rausgegangen und hat gesagt: So, das klingt nach einer richtigen Sache.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich kann mich nicht daran erinnern, dass er irgendwelche Urteile gesprochen hat oder groß resümiert hat, sondern er hat das zur Kenntnis genommen und war damit offensichtlich zufrieden.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hat er sich nach der Bundesbank in dem Kontext erkundigt, oder haben Sie von sich aus die Bundesbank angesprochen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich glaube, nicht. Ich kann Ihnen das nicht mehr definitiv sagen, ich glaube aber, nicht. Ich glaube nicht, dass das Thema „Involviertheit der Bundesbank“ hier eine entscheidende Rolle gespielt hat. Kann sein, dass ich erwähnt habe - das ist ja zentral wichtig für das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Thema -, dass wir das auf Marktvertrauen gestützt haben, Gefährdung des Marktvertrauens, nicht auf Finanzstabilität, und erwähnt habe, dass es insoweit auch völlige Übereinstimmung zwischen unserer Einschätzung und der der Bundesbank gegeben hat. Das kann durchaus sein. Aber dass das jetzt ein besonders gewichtiges Thema darüber hinaus gewesen wäre, kann ich mich nicht erinnern.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Kennen Sie das Ablaufschema für Leerverkaufsverbote der BaFin?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nicht im Detail, nein. Ich weiß, dass es eins gibt. Ich weiß, dass das die Kollegen festgelegt haben, inklusive der Art und Weise der Einbindung der Bundesbank. Aber das Dokument selbst kenne ich nicht.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Da heißt es nämlich unter anderem - also, die Bundesbank-Frage, die ist auch ehrlicher Weise hochumstritten, bis heute, glaube ich - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Welche Frage?

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Na ja, die Frage, ob Benehmen mit der Bundesbank herzustellen ist. Ich habe den Eindruck alle, die wir bei der BaFin befragt haben, allerdings auch bei der Bundesbank, haben schon fast so eine reflexartige Haltung und argumentieren sehr kleinteilig, juristisch.

**Zeuge Felix Hufeld:** So sind Behörden nun mal.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja. Aber Sie sind ja auch nicht nur Jurist; Sie sind ja auch, sagen wir mal, Pragmatiker, wo man sagen kann: -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -  
Eigentlich nicht schlecht, mal die Meinung der Bundesbank an so einer Stelle, an so einer wichtigen Frage zu hören. Aber ich wollte - ich komme vom Thema weg - - Das werden wir,

glaube ich, wohl hier nicht auflösen können. Wir haben da eine Haltung und Sie vielleicht eine andere.

Aber es heißt in diesem Ablaufschema eben auch: Das BMF wird einbezogen. Und deswegen frage ich mich - - Ich erwarte auch nicht, dass das BMF zwischen dem 15. Februar und dem 18. Februar, wo Sie unter Hochdruck irgendwie auch Entscheidungen fällen müssen - - dass das bis hoch auf die politischen Ebenen geht, aber im Nachgang eben. Und deswegen finde ich: Drei Wochen ist ein fairer Zeitpunkt, sich da mal die Karten zu legen und das zu analysieren. Und deswegen will ich genau verstehen, ob dieses Gespräch auch unter dem Lichte der Voraussetzungen des Ablaufschemas: „Das BMF wird mit einbezogen“, auch in der Rückschau - weil zwei Monate später ging es ja auch um die Frage: „Verlängerung, ja oder nein?“ -, stattgefunden hat.

**Zeuge Felix Hufeld:** Kann sein, aber wir haben so ein in Ihrem Sinne formalistisches Verständnis unserer Kommunikation nie gehabt. Wir haben das nicht als Erfüllung eines Ablaufplans gesehen. Die Einbindung des BMF ist hier schon dadurch erfüllt worden, dass am Freitag selbst, zeitnah, das BMF unmittelbar informiert wurde, den Entwurf der Allgemeinverfügung zugeschickt bekam, über alle Schritte informiert war - also, die Einbindung ist ja erfolgt - und dass dann angesichts der Bedeutung dieses Themas im Nachgang auch auf Toplevel ein Austausch stattgefunden hat. Wir haben das jetzt nicht, wie gesagt, als eine buchstabengetreue Erfüllung einer Rechts- und Fachaufsichtsthematik oder einer Ablaufplanthematik empfunden, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, dass man sich dann einfach austauscht.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Gut. - Ich würde gerne noch weiterfragen, aber meine Zeit ist schon wieder um. Das ist halt der Nachteil, wenn man eine kleine Fraktion ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber wir haben ja noch eine Runde.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, diszipliniert. Danke. - Dann wären wir mit dieser Runde durch. Ich schaue mal zu Herrn Hufeld und Herrn Ahlbrecht rüber. - Wunderbar. - Dann schaue ich zur CDU/CSU.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Herr Hufeld - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Hauer.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Der Fairness halber möchte ich natürlich noch mal auf meine abgezogenen Minuten hinweisen. - So, los geht's! Und zwar möchte ich Sie fragen zur Whistleblower-Situation bei der BaFin. Welche Möglichkeiten gibt es da, sich an Sie als BaFin zu wenden? Ich spreche es deshalb an, weil wir hier von Herrn Earl ein Beispiel gehört haben, dass der Herr Earl gesagt hat, er habe bei einer Whistleblower-Hotline der BaFin angerufen, dann sei der Begriff „Wirecard“ gefallen, und da hätte man plötzlich kein Englisch mehr verstanden, und man hat aufgelegt. Ich will jetzt nicht unterstellen, dass das hier symptomatisch ist; aber deshalb würde mich einfach mal interessieren, wie das funktioniert in Ihrem Hause.

**Zeuge Felix Hufeld:** Also zunächst mal nur zur Korrektheit, um der Korrektheit Willen: Zu dem Zeitpunkt, als Herr Earl angerufen hat, hat eine Whistleblower-Hotline noch gar nicht existiert. Die ist nach Gesetzeslage erst danach eingeführt worden. Also, zu behaupten, dass eine Whistleblower-Hotline hier bewusst etwas abgewürgt hat, halte ich für einigermaßen abenteuerlich.

Und wir erfüllen hier ein Gesetz. Es ist ein Gesetz zur Einrichtung einer Whistleblower-Hotline ergangen; genaues Datum weiß ich jetzt nicht. Daraufhin haben wir das selbstverständlich getan. Sie können über die Internetseite, also per Internet, Sie können per E-Mail, Sie können per Telefonanruf, Sie können per Brief, Sie können also praktisch über alle Kanäle einen entsprechenden Hinweis einreichen. Die spannende Frage ist immer: Tun Sie das anonym, oder tun Sie es mit Namen? Beides ist selbstverständlich möglich.

Und dann gibt es gelegentlich ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen dem sehr wichtigen Schutz der Anonymität des Hinweisgebers auf der einen Seite und der weiteren Verwertung dieses Hinweises auf der anderen Seite. Das ist ebenfalls nicht fundamental auflösbar. Es gibt Whistleblower, die wollen das nicht. Die wollen auch nicht, dass das irgendwie weitergegeben wird.

Aber grundsätzlich: Wenn Sie fragen: „Wie kann man uns erreichen?“, ist die Antwort: über praktisch jeden denkbaren Kommunikationskanal, inklusive einer entsprechend eingerichteten Stelle im Internet, auf die wir auch gezielt hinweisen. Vielleicht kann man das noch moderner und besser machen; vielleicht kann man das noch niederschwelliger machen. Das wird jetzt im Rahmen des derzeit laufenden Projektes auch überprüft, wie Sie wissen, und eventuell optimiert.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Im Zuge des Leerverkaufsverbots - dann ist es ja erlassen worden an diesem Montag; also, es ist in Kraft getreten -: Ist irgendwann in dem Zeitraum danach mal darüber diskutiert worden, ob man das noch mal verlängert? Weil das war ja für zwei Monate oder für acht Wochen. Das weiß ich jetzt nicht mehr genau, aber auf jeden Fall für ungefähr diesen Zeitraum.

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, wir haben es als Datum festgelegt: 17. April - - Nee, Moment.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Kommt mir jetzt auf den Tag nicht an.

**Zeuge Felix Hufeld:** Doch, ja. Doch, doch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mir geht es darum, ob mal über eine Verlängerung diskutiert wurde.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir haben, rein formal betrachtet, die Möglichkeit offengehalten, das zu tun. Wir haben Diskussionen im Sinne von - - Haben wir ernsthaft in Erwägung gezogen, das zu tun? Ist nach meinem Kenntnisstand: Nein. Wir haben dann auch keine weitere erhöhte Volatilität oder weiteren Aufbau oder Gefährdung von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Short-Positionen gesehen, sodass wir nach Ablauf des ursprünglich festgesetzten Zeitraums, 17. April, keine Veranlassung gesehen haben, das zu verlängern.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gab es denn da noch mal eine Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft, so nach dem Motto: „Wie ist das denn weitergelaufen, und müssen wir noch irgendwas tun? Oder müssen wir verlängern vielleicht?“?

**Zeuge Felix Hufeld:** Na ja, die Staatsanwaltschaft hätte uns hier nicht wirklich weiterhelfen können, sondern es geht ja dann um die Datenlage, die wir kennen, aber nicht die Staatsanwaltschaft, hinsichtlich der Existenz von Short-Positionen, hinsichtlich der Volatilität im Markt selbst. Und die haben wir eben nach Ablauf der acht Wochen nicht mehr als Gefährdungssituation eingestuft und damit auch kein Problem damit gehabt, die von uns festgesetzte Frist dann auch verstreichen zu lassen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gab es denn in diesem Zeitraum nach dem Erlass des Leerverkaufsverbots irgendwann mal die Überlegung: „Wir lassen uns das von der Staatsanwaltschaft, was die uns am Telefon da so kurzfristig vor dem Wochenende berichtet hatten, wo es ja auch schnell gehen musste irgendwie, noch mal schriftlich kommen“, also doch noch mal die Akte vielleicht nachher kommen lassen oder noch mal einen Vermerk, so nach dem Motto: „Schreiben Sie mal auf, das waren ernsthafte Gründe“ oder „Wir haben das sehr ernst genommen“, dass die Staatsanwaltschaft das noch mal niederschreibt, dass die Akte dann bei der BaFin auch irgendwie komplett ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten, Herr Hauer.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist nicht mein Tisch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß nicht, wie die Kommunikation dann durch die Kollegen in der Wertpapieraufsicht weitergegangen ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Zum DPR-Verfahren habe ich noch die eine oder andere Frage, und zwar: Die Frau Roegele hat uns gesagt, die DPR habe im Wesentlichen alles richtig gemacht. Würden Sie sich der Bewertung anschließen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß nicht, was Frau Roegele gesagt hat. So wie ich Frau Roegele kenne, würde es mich wundern, wenn sie das genau so gesagt hat. Aber das ist jetzt nicht der Punkt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Hatte mich auch gewundert; aber sie hat es so gesagt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Gut.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber ist auch egal. Mir geht es ja eigentlich darum, ob Sie diese Position teilen.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wissen Sie was? Es gibt einen Unterschied zwischen „alles richtig gemacht“ und „hatten wir erhebliche Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Durchführung der Prüfung“. Und vielleicht spielt sich das echte Leben irgendwo in der Grauzone dazwischen ab.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich frage das natürlich nicht ganz ohne Hintergedanken, weil ich - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Das habe ich mir fast schon gedacht, Herr Hauer.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist ja meistens so. - Ich habe hier nämlich eine Mail von der Frau Roegele an Sie, und zwar vom 8. Mai 2020, 8.31 Uhr. Da geht es um das Agieren der DPR, und da sind so Satzteile drin wie: -

**Zeuge Felix Hufeld:** Die haben nix gemacht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

KPMG ist m. E. kein Grund, dass die DPR die Hände in den Schoß legt.

Das ist so ein Satz. - Ein anderer Satz ist:

... wir haben gestern auf mehrfache Nachfrage von Herrn Prof. Ernst (bisläng nur mündlich) erfahren, dass die DPR auf unsere Mitte Februar 2019 beauftragte Prüfung des Halbjahresabschlusses 2018 der Wirecard AG praktisch voraussichtlich seit Juni (?) 2019 inhaltlich nichts mehr gemacht hat.

So, das sind jetzt zwei Sätze, die ich da jetzt daraus vorgelesen habe. Das, finde ich, passt jetzt nicht so ganz zu dieser Aussage von der Frau Roegele vorhin: alles richtig gemacht im Wesentlichen. Waren Sie mit der DPR-Prüfung zufrieden, wie es gelaufen ist?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Hauer, ich war mit der Struktur, der Zweistufigkeit nicht zufrieden, und ich - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Damals schon.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, wir waren die ganze Zeit damit nicht zufrieden, und das hat die BaFin, natürlich primär Frau Roegele, immer wieder deutlich gemacht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gegenüber wem? Herrn Kukies. Das wäre ja der natürliche Ansprechpartner.

**Zeuge Felix Hufeld:** Weiß ich nicht, ob das gegenüber dem - - Nein, es ist nicht der natürliche Ansprechpartner für Frau Roegele, sondern das ist dann in der Hierarchie des Ministeriums Herr Franke und andere fachlich zuständige Kollegen. Dass wir nicht glücklich waren mit dieser Struktur, daran bestand nicht der geringste Zweifel. Aber wir sind nicht der Gesetzgeber, sondern wir operieren innerhalb der Vorgaben, wie sie einfach existieren. Und ich hatte auf Basis dieser - - Die Mail, die Sie eben erwähnt haben, an die

kann ich mich gut erinnern: eine durchaus emotionale Mail, die ich Frau Roegele zugestehe und auch ein Stück weit nachvollziehen kann. Und daraufhin, wie Sie möglicherweise weiteren Mails entnommen haben, habe ich ja Kukies auch alarmiert und gesagt: „Wir müssen jetzt etwas härter an die DPR rangehen“, habe ich fast wörtlich geschrieben, „Und da werden wir im Zweifel eure Rückendeckung brauchen, weil die DPR formal auch am BMJV hängt und wir dann automatisch sozusagen in einem Spagat mehrerer Ministerien befangen sind, der immer im echten Leben konfliktträchtig ist“. Und das hat Kukies aufgegriffen und hat sich dann mit seiner Kollegin Suhof in Verbindung gesetzt usw. usw.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie hatten ja gerade gesagt, das war schon, ich sage mal, länger bekannt, dass Sie nicht glücklich waren mit dieser Struktur, mit dieser Zweistufigkeit.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, mit der St- -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Seit wann war das denn so?

**Zeuge Felix Hufeld:** Kann ich nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber vor 2020.

**Zeuge Felix Hufeld:** Seit immer.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Seit immer.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das ist lange.

**Zeuge Felix Hufeld:** Seit 2005.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): 2005, ja; früher ging ja auch nicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da war der Anerkennungsvertrag.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, da ist das Bilanzrechtsstärkungsgesetz [sic!] erlassen worden, oder wie das hieß, mit dieser Zweistufigkeit.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und da gab es aber auch den Anerkennungsvertrag, auf dem - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Als Folge des Gesetzes, -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Na ja, klar.

**Zeuge Felix Hufeld:** - ist doch klar.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sonst wäre es nicht möglich gewesen. Und ich möchte auf diesen Anerkennungsvertrag noch mal zu sprechen kommen. Gibt die BaFin der DPR eigentlich das Verfahren vor, was die DPR da zu tun hat?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, das ist exakt der Punkt. Definitiv nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Setzt sich denn die DPR mit - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Wir sind da völlig außen vor.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Setzt sich die DPR denn mit der BaFin zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen ins Benehmen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nur auf Basis des Anerkennungsvertrages im Rahmen - wie heißt noch mal das Dokument, das zwischen uns - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Anerkennungsvertrag.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist quasi nur die organisatorische Ausfüllung. Da wird dann vereinbart: Wir machen Jours Fixes. Wie oft machen wir die? Wie informieren wir uns? Das sind wirklich hochpraktische Fragen des Day-to-day-Geschäftes. Aber die Grundlagen dafür: Da sind wir außen vor.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, gut, der Frau Roegele war das nicht so klar, dass das so ist. Die hatte meine Frage nämlich anders beantwortet.

Aber Sie haben sie so beantwortet, wie sie im Anerkennungsvertrag niedergeschrieben ist. Da ist das nämlich genau so festgelegt, dass es zu allen organisatorischen und inhaltlichen Fragen da ein Ins-Benehmen-Setzen gibt, § 3 Anerkennungsvertrag.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, aber nochmals: auf der Grundlage dessen, was zwischen der DPR und den Ministerien vereinbart wurde. Das ist für uns bindend, und daran sind wir überhaupt nicht beteiligt. Der Anerkennungsvertrag ist eine höchst praktische, ich wäre fast versucht gewesen, zu sagen, banale Ausfüllung dieses Themas.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das haben Sie wunderschön gesagt. Das stimmt; ist banal, was da drinsteht: Vier Seiten, steht fast nichts drin, und dann gibt es noch eine weitere Vereinbarung, drei Seiten, da steht auch fast nichts drin.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, praktische Dinge. Ich weiß nicht, was Sie damit zum Ausdruck bringen wollen, Herr Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Kann ich Ihnen sagen: Ich bin irritiert darüber, dass so ein komplexes Verfahren wie so ein Enforcement-Verfahren eine - - Natürlich gibt es rechtliche Regelungen dazu, aber dann gibt es auch vertragliche Regelungen. Und im Anerkennungsvertrag steht fast nichts drin. Dann gibt es noch mal zwei Paragraphen, wo drinsteht: Es werden noch weitere Vereinbarungen getroffen. Das ist schon nicht erfüllt, weil es nur noch eine weitere Vereinbarung gibt, die mir bekannt ist. Das ist dieses dreiseitige Dokument, und da steht auch so gut wie nichts drin. Und auf diesen vertraglichen sehr dünnen Regelungen ist dann sozusagen die Zusammenarbeit zwischen DPR, BaFin, BMF und BMJV geregelt. Das ist wahrscheinlich am wenigsten ein BaFin-Problem, sondern wahrscheinlich am meisten ein DPR- und BMJV-Problem. Das will ich zugestehen. Aber es ist auch in dieser Regelung, die ich vorhin formuliert habe, die Rede davon, dass „in Abstimmung mit dem BMJ und dem BMF eine gesonderte Vereinbarung zwischen beiden Institutionen“ - damit ist DPR und BaFin gemeint - getroffen wird, die die Einzelheiten regelt“.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Das ist der Anerkennungsvertrag.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nee, das ist nicht der Anerkennungsvertrag. Ich habe gerade aus dem Anerkennungsvertrag zitiert; insofern kann der ja damit nicht gemeint sein. Aber gut, mir ging es um die andere Thematik, ob Sie sich da abgestimmt haben bei den Verfahren.

Ich würde gerne zu dem Enforcement-Verfahren kommen. Also, erst mal fand ich das gut und finde das gut, dass Sie das zweistufige Verfahren schon seit immer, wie ich jetzt gelernt habe, für falsch halten oder für nicht glücklich, hatten Sie gesagt; denn das ist genau die Position, die wir als Union dazu jetzt einnehmen. Und ich würde mal gerne wissen - wir unterstützen das einstufige Verfahren -, inwieweit Sie das mit dem BMF kommuniziert haben, weil das FISG im Entwurf von Herrn Scholz sieht ja das zweistufige Verfahren vor, mit einer Stärkung der BaFin, aber trotzdem nach wie vor ja ein zweistufiges Verfahren.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich hatte Ihnen vorhin in meinem Eingangsstatement gesagt, dass ich vor einem halben Jahr eine modifizierte Zweistufigkeit noch für diskutabel gehalten habe, wenn Sie mich persönlich ansprechen. So hatte ich mich auch in den vergangenen Finanzausschusssitzungen geäußert. Entscheidend aus meiner Sicht war und ist, dass die BaFin den vollen Zugriff hat und dass vollkommen klar ist, wer Koch und Kellner ist.

Warum habe ich meine Meinung in den letzten sechs Monaten geändert? Das habe ich vorhin auch in meinem Eingangsstatement zum Ausdruck gebracht: weil ich einfach kein Vertrauen habe, dass mit einer modifizierten Zweistufigkeit ein so robustes, nichtkomplexes Modell gebaut werden kann, mit dem die ganzen Störanfälligkeiten, die durch eine Mehrzahl von Institutionen mit eigenen Egoismen, mit eigenen Vorstellungen, mit eigenen Egos, Abläufen und sonst was - - gebaut werden kann, um das Ziel zu erreichen, das wir alle gemeinsam haben, nämlich wirklich eine schnellere, schlagkräftigere, beson-

ders in sich anbahnenden Krisensituationen, Bilanzkontrolle/Enforcement auf die Beine zu stellen. Und da muss ich den Hut ziehen vor Kollegin Roegele, die das seit Jahren mit unüberbietbarer Klarheit und Deutlichkeit, auch anders als ich, zum Ausdruck gebracht hat, und ich habe mich da in den letzten sechs Monaten hinbewegt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. - Meine letzten beiden Fragen muss ich dann jetzt auf gleich verschieben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sonst machen Sie die jetzt, Herr Hauer, weil - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, sehr gerne. Die Einladung nutze ich doch. - Sie hatten vorhin gesagt, Herr Hufeld, im Eingangsstatement, Stichwort jetzt Fokusaufsicht, Taskforce - - und hatten Bezug genommen auf die Wirecard Bank. Da hatten Sie gesagt, die wäre dann genauer beaufsichtigt worden, wenn man das schon gehabt hätte; so habe ich Sie verstanden. Richtig?

**Zeuge Felix Hufeld:** Korrekt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und was hätte dann besser jetzt ermittelt werden können, wenn man diese Möglichkeiten schon gehabt hätte?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich glaube, bei der Polizei würde man davon sprechen, dass man einen erhöhten Verfolgungsdruck aufbaut, das heißt, wenn man eine Struktur hat, in der man schlicht einen intensiveren Rhythmus an Aufsichtstätigkeiten hat, der über das hinausgeht, was aus einem Standardrhythmus herausgeht. Das ist immer die Art und Weise, wie wir die berühmte risikoorientierte Aufsicht in praktisches Aufsichtshandeln übersetzen. Daraus resultieren ja, wenn sie nicht sonderlich auffallen und nach den Werten auf der Oberfläche okay aussehen - - dann machen wir vielleicht alle sechs, sieben, acht Jahre mal eine vertiefte Prüfung von irgendwas. Und das ist eben genau falsch bei bestimmten Instituten. Die spannende Frage ist: Wer sind diese Institute, die eben auf der Oberfläche noch nicht krisenhaft sind, sondern nur potenziell krisenhaft



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sind? Die herauszutüfteln, ist die ganz große Herausforderung.

Und wenn man dann unterstelltermaßen ein bestimmtes Portfolio, zu dem dann eine Wirecard Bank in der Tat gehören müsste, in eine spezifische Fokusaufsicht reintut, dann wird sie quasi aus dem normalen Rhythmus herausgezogen. Dann wird sie mit einer ganz anderen Intensität angeguckt, und dann geht man tiefer rein, geht man häufiger rein. Das ist exakt das Gleiche, das Sie kennen vom Kollegen Pöttsch, wo wir eine intensivierete Aufsicht haben für Geldwäsche, wo es allerdings andere Gründe geben kann, warum man da reinkommt, in diese Kategorie. Wir haben aus nochmals anderen Gründen - auch das ist nicht zu verwechseln - sozusagen von der aufsichtlichen Folgeseite her das Gleiche auf der versicherungsaufsichtlichen Seite. Allerdings sind die Trigger, warum Sie da reinkommen, andere. Also, wir haben unterschiedliche Methoden, wie wir eine hoffentlich angemessene Schärfung von risikoorientierter Aufsicht gegenüber bestimmten Instituten in die Tat umsetzen wollen. Und da sind wir auf der Bankenseite - habe ich jetzt bitter gelernt - - dass wir hier nachschärfen müssen und dass uns quasi in der Mitte zwischen Banken, die evident Krisensymptome haben, sagen wir Greensill oder Ähnliches - - Da gehen wir sehr hart und sehr nachdrücklich rein. Da ist der große Block von „normalen Banken“. Und in der Mitte brauchen wir etwas, und diese Lücke muss durch diese Fokusaufsicht geschlossen werden, wo wir potenziell problematische - - einfach schärfer hingehen können und auch Leute haben, die das richtig machen. Das ist genau die Idee.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und was gucken Sie sich dann zum Beispiel bei strategischen Krediten genau an? Wie muss man sich das praktisch vorstellen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Also, ich spekuliere jetzt ein bisschen. Man könnte dann hergehen und dann tatsächlich sagen: „Wir sind nicht davon überzeugt, dass diese Kredite wirklich werthaltig vergeben werden“, ähnlich wie wir es bei Greensill

jetzt gemacht haben, und sagen: Wir gehen mit einer forensischen Prüfung rein. Und das - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und dann prüfen Sie Interessenkonflikte, Absicherung, also Sicherheiten.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, genau, Werthaltigkeit der Kredite. Genauso sind wir ja Greensill auf die Spur gekommen, dass da allzu viel im Argen liegt. Und ich denke, das kann man theoretisch auch - - hätte man auch bei einer Wirecard Bank machen können.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Last, but not least: Ich möchte noch mal zurück zu Ihrem Gespräch, was Sie mit Olaf Scholz vor dieser Finanzausschusssitzung geführt haben. Sie hatten da ja ursprünglich gesagt: Es war ein längeres Gespräch. Ich glaube, 60 bis 90 Minuten, hatten Sie gesagt.

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das war unter vier Augen, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nee, Kukies war dabei.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ach, Kukies; sechs Augen. Na gut. - Dann hatten Sie aber doch nachher, nachdem Sie gesagt hatten, dass Sie berichtet haben und Herr Scholz hat dann konkrete Nachfragen gestellt, erst nicht so viel gesagt zu dem, was er denn gefragt hat, und dann haben Sie aber doch zum Beispiel gesagt: wie die Bilanzkontrolle organisiert ist. Da wollte ich jetzt noch mal einen Versuch starten, ob Sie sich doch noch an irgendwas erinnern, was er gefragt hat, was da Thema war, weil das fand ich jetzt sehr abstrakt, dass Sie sich da an gar nix mehr erinnern. Vielleicht erinnern Sie sich ja doch noch an irgendwas, was Sie da konkret besprochen haben.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich kann mich sehr präzise erinnern, was wir da besprochen haben, im Sinne meiner Erläuterungen zu den drei großen Themenblöcken, die ich Ihnen am nächsten Tag auch in meinem Eingangsstatement geschildert habe.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mich interessiert tatsächlich auch genau nur der Rest, außer Ihrem Statement. Mich interessieren genau die Fragen und die Position von Herrn Scholz dazu.

**Zeuge Felix Hufeld:** Auch wenn Sie vielleicht schlechte Gefühle haben: Ich versuche, Ihnen wirklich nichts vorzuenthalten. Das können Sie mir wirklich glauben. Das waren, wie ich Herrn Gottschalk vorhin schon sagte, kurze, kleine Verständnisfragen: „Das heißt, das ist dann so zu verstehen?“, „Aha, das wird dann so gemacht“ und „Wieso haben Sie das so gemacht?“. Auf dem Niveau, bitte neutral verstanden, bewegten sich die Rückfragen, einfach im Sinne von: Habe ich Sie richtig verstanden, dass das dann so geht? Es ging um Nachvollziehen, warum wir bestimmte Dinge wie gemacht haben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Haben Sie Herrn Scholz denn - - Sie hatten ja vorhin als Beispiel genannt: Wie die Bilanzkontrolle organisiert ist, hatte er gefragt, eine Frage.

**Zeuge Felix Hufeld:** Das war eines der drei Themen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Haben Sie ihm da zum Beispiel auch berichtet, was Sie uns jetzt berichtet haben, dass Sie zum Beispiel dieses zwei-stufige Verfahren für nicht glücklich halten und das einstufige besser finden?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, habe ich.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und was hat - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe gesagt: Das ist die Konsequenz der Struktur, die wir nun mal haben, dass wir eine Verlangensprüfung machen und dass wir, wenn wir nicht das Niveau von erheblichen Zweifeln an der Durchführung haben - - können wir in das laufende Verfahren der DPR nicht eingreifen. Und ich habe ihm gesagt, wir sind damit sachlich wie zeitlich sehr weit rückverlagert, dass das aus meiner Sicht jedenfalls in Situationen wie einer Wirecard, wo es um die krisenhafte Entwicklung geht und nicht um einen reinen Fachstreit, 100 Millionen rauf oder runter,

Rückstellung oder so was - ich nenne das immer „Hygienefragen“ - - Wenn es um brisantere Fragestellungen geht, ist das dysfunktional. Den Begriff habe ich immer wieder benutzt. Das habe ich selbstverständlich in diesem Gespräch auch gesagt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und was hat er gesagt dazu?

**Zeuge Felix Hufeld:** Hat er zur Kenntnis genommen. Hat er sich nicht positioniert.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber war ja dann ärgerlich, dass durch das FISG das gar nicht so in Ihrem Sinne dann vorgelegt wurde.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja. Ich kann nur wiederholen: -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nee, brauchen Sie nicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** - Der Herr des Verfahrens an der Stelle ist das BMJV und nicht das BMF.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Ist im Ergebnis gleichermaßen unbefriedigend, finde ich, bislang. Aber es ist ja noch im Gesetzgebungsverfahren. Es kann ja alles noch verbessert werden.

**Zeuge Felix Hufeld:** Wie ich vorhin zum Ausdruck gebracht habe: Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn es tatsächlich in eine saubere, klare, robuste und im positiven Sinne simple Einstufigkeit überführt werden könnte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und unter Nutzung auch der bisherigen DPR-Kompetenzen; so sieht es zumindest der Vorschlag vor, den wir haben.

**Zeuge Felix Hufeld:** Absolut, absolut.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay, also, ich - - Mein letzter Versuch für heute: Außer Bilanzkontrolle, Organisation, haben Sie noch irgendwas da an Rückfrage erhalten oder an Positionierung von Herrn Scholz?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Felix Hufeld:** Letzteres: Nein. Rückfragen: Kann ich mich jetzt nur zum hundertsten Mal wiederholen: Er hat viele Rückfragen gestellt, aber kleine, schnelle Rückfragen nach dem Motto: Ist das so zu verstehen? Ist das so? - Deswegen fällt es mir schwer, Ihnen jetzt einzelne Beispiele zu nennen. Das hat Herr Gottschalk ja schon abgefragt. Das ist kein böser Wille meinerseits, sondern es ist wirklich ein schneller Dialog, innerhalb dessen man versucht, einfach ein gutes Verständnis sicherzustellen, nach dem Motto: Ich habe Sie da richtig verstanden, dass ...? So.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Herrn Scholz war das schon vertraut, dass es bei der Bilanzkontrolle ein zweistufiges Verfahren gibt, dass die DPR existiert.

**Zeuge Felix Hufeld:** Da müsste ich jetzt spekulieren, wie ihm das vertraut war. Ich habe es ihm halt erläutert. Ich gehe davon aus, dass er zuvor auch schon irgendwelche Briefings bekommen hat und jetzt nicht komplett bei null gestartet ist. Aber da müsste ich jetzt spekulieren. Das möchte ich nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, weil Sie hatten gesagt, er hätte gefragt, wie die organisiert ist, die Kontrolle. Aber gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ist jetzt klargestellt, ich bin auch - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Bezogen auf unser konkretes Verfahren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich war jetzt sehr gutmütig.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich hätte ja auch die zweite Runde abwarten können, aber wir sind jetzt - - Ich bin zumindest mit meinen Fragen durch. - Danke sehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Also, die AfD-Fraktion - ich habe mich selbst angeguckt - hat keine Fragen mehr. Dann schaue ich mal zur SPD-Fraktion rüber.

(Zuruf des Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD))

- Bringen Sie mich nicht auch noch ins Grübeln.

(Zuruf des Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD))

- Okay. - Dann schaue ich zur FDP, Dr. Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich würde gerne noch mal auf einen Zeitraum eingehen, über den wir noch nicht so viel gesprochen haben heute, nämlich den Oktober 2019. Wir haben ja viel über den Februar gesprochen und auch sonst über einiges; aber der Oktober war ja noch mal eine Zäsur, eine Eskalation der Lage: durch den „FT“-Bericht vom 15.10. und dann die Aktivität des Aufsichtsrates, den KPMG-Bericht in die Wege zu leiten. Wie haben Sie denn im Direktorium der BaFin diese zwei, drei Wochen im Oktober wahrgenommen, zweite Oktoberhälfte, und welche Maßnahmen haben Sie in der BaFin möglicherweise erwogen?

**Zeuge Felix Hufeld:** Habe ich keine Erinnerungen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gar keine.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich glaube nicht, dass wir - - Wir haben positiv zur Kenntnis genommen, dass KPMG mit einer forensischen Sonderprüfung beauftragt wurde. Wir fanden das positiv bemerkenswert, dass dies endlich aus dem Kreise des Unternehmens selbst, getriggert durch den Hauptaktionär SoftBank, über den Aufsichtsrat beauftragt wurde, und haben uns durch diese deutlich erhöhte Intensität, die mit so einer Prüfung einhergeht, selbstverständlich dann auch gewissermaßen eine finale Klärung erhofft. So haben wir das wahrgenommen. Und dann muss man eben ein paar Monate warten; im Ergebnis waren es dann sechs Monate - ich weiß gar nicht,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ob es auf sechs Monate ursprünglich angelegt war; aber es waren dann letztlich sechs Monate -, die es dann noch gedauert hat, und umso größer war eben die Enttäuschung und auch das Warnsignal - das habe ich jetzt ja mehrfach gesagt, dass das für mich das entscheidende Datum war -, -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ich war im Oktober noch, Herr - -

**Zeuge Felix Hufeld:** - dass die im Oktober beauftragte Sonderprüfung mit KPMG eben genau nicht diesen Befreiungsschlag gebracht hat, sondern eher das genaue Gegenteil.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das war dann der April, ja, ja, aber - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber eine spezifisch auf-sichtliche Kursänderung per Oktober haben wir nicht gesehen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ich fragte das deshalb, weil ich schon finde, dass die Vorwürfe im Oktober noch mal eine andere Qualität hatten als im Februar, also Singapur und so, ne?

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Toncar, das ist ja genau die Krux: Wir haben im Februar die DPR-Verlangensprüfung gemacht. Wir sitzen dann da und warten auf Ergebnisse. Dann kommt eine Zusatzprüfung on top zu exakt demselben Sujet durch KPMG. In der Theorie müssen Sie sich mal vorstellen - - und dadrunter - habe ich vergessen zu erwähnen -, die nullte Ebene, sind die laufenden Prüfungen des Jahresabschlussprüfers. Jetzt muss ich mir die Frage stellen - die haben wir uns auch gestellt -: Macht es Sinn, jetzt eine vierte Prüfungsebene, mal unterstellt, wir hätten das rechtlich gekonnt - das überspringe ich jetzt mal großzügig, weil darüber haben wir uns schon länger, häufiger mal gestritten - - Unterstellen wir mal, es wäre theoretisch überhaupt gegangen, -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, ja, und ich verstehe, dass das - -

**Zeuge Felix Hufeld:** - eine vierte Prüfungsebene aufzumachen zu exakt demselben Sujet. Da kann

mir kein Mensch erzählen, dass das irgendeinen vernünftigen, zusätzlichen Erkenntnisgewinn gebracht hätte.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ich sage mal - - Zwei Gesichtspunkte: Das eine ist natürlich, dass der Aufsichtsrat halt Aufsichtsrat ist, aber möglicherweise ja auch man nicht sicher davon ausgehen kann, dass der selber ein Interesse daran hat, dass alles rückhaltlos aufgeklärt wird, weil er ja auch sich selbst damit ein bisschen prüft.

Und das Zweite ist - und das hat ja auch ein bisschen was zu tun mit der Frage: „Wie gehen wir mit solchen Dingen zukünftig um?“ -: Ich sage mal, meine Hypothese ist jetzt: Je mehr Betrug, desto mehr hoheitliche Mittel, Zwangsmittel, forensische Mittel.

**Zeuge Felix Hufeld:** Hundertprozentige Zustimmung, Herr Toncar. Deswegen bin ich, wie ich eben Herrn Hauer gesagt habe, zu einem klaren Anhänger des einstufigen Modells geworden. Das ist die einzige Chance, dass wir schnell, robust, mit eigener Kraft oder zumindest mit eigener Kraft als Auftraggeber gegenüber Dritten - - Es ist völlig unreal, zu glauben, dass wir ein 10 Millionen, 40 Mann hohes Bilanzcontrollingprojekt so aus der Hosentasche machen könnten. Da würden wir - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das müssten Sie auch vergeben, na klar.

**Zeuge Felix Hufeld:** Selbstverständlich.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, ja, selbstverständlich.

**Zeuge Felix Hufeld:** Aber wir würden es dann eben selbst tun.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Absolut.

**Zeuge Felix Hufeld:** Und da bin ich ja total bei Ihnen. Dann haben wir das Heft des Handelns in der Hand, und da müssen wir endlich hin.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, okay. Diskutieren wir im Zuge des FISG. - Ich würde noch mal ein anderes Thema ansprechen. Der Bericht der Internen Revision der BaFin, 18. August 2020: Ist das die letzte Berichtsversion, 18. August, oder gab es noch mal einen neueren?

**Zeuge Felix Hufeld:** Zu welchem Thema?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Interne Revision der BaFin.

**Zeuge Felix Hufeld:** Zu welchem Thema?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Zum Thema Wirecard.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich habe allein zum Thema Wirecard drei oder vier Berichte in Auftrag gegeben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, ich habe hier einen Prüfungsbericht der internen Revision der BaFin, Sonderprüfung 2020, Einstufung eines Unternehmens als Aufsichtsobjekt - das betrifft also die Finanzholding -, 18.08.2020.

**Zeuge Felix Hufeld:** Genau, ist einer von dreien. Ich hatte drei unterschiedliche Themen beauftragt, fast - - innerhalb von wenigen Wochen. Das ist einer davon.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hier sind alle drei drin. Drei Berichte, da ist noch die DPR dabei -

**Zeuge Felix Hufeld:** Exakt, das waren drei - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - und auch 18.08., und dann haben wir noch „Optimierung der Zusammenarbeit der Geschäftsbereiche“, auch 18.08.

**Zeuge Felix Hufeld:** Sie sagen es. Das war - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist das das Neueste, was es gibt?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, also, ich glaube schon. Es ist danach - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee, das war unsere Frage. Wir waren uns einfach wirklich nicht sicher, ob das das - - also ohne Hintergedanken einfach nur die Frage, ob der 18.08. die jeweils letzte Berichtsversion ist nach Ihrer Kenntnis.

**Zeuge Felix Hufeld:** Ich weiß nicht, ob jetzt danach irgendwie noch mal Korrekturen gemacht wurden. Ich sage Ihnen jetzt mal vorbehaltlich einer minimalen Irrtumchance, dass das die letzte Version ist. Wir haben nicht eine Kette unterschiedlicher Versionen gehabt, sondern das sind die Berichte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Meine letzte Frage für heute - das ist immer gefährlich, das vorher anzukündigen, weil das dann der Zeuge so ein bisschen ausnutzen kann, aber - - Hatten Sie eine aktive Rolle beim deutsch-chinesischen Finanzdialog 2019?

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja, ja, absolut.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und können Sie da noch mal in Bezug auf Wirecard Ihre Beobachtungen und Wahrnehmungen schildern?

**Zeuge Felix Hufeld:** Da habe ich null Komma null Wahrnehmungen, weil in den Rollen, in denen ich an diesem Dialog teilgenommen habe, hat Wirecard nicht die geringste Rolle gespielt. Ich habe in zwei Hinsichten eine aktive Rolle gehabt. Das eine war: In den eigentlichen Konsultationssituationen, in denen man sich gegenüber sitzt, war ich einer der Speaker und habe einen kurzen Impulsvortrag gehalten, so wie neben mir Jens Weidmann und die Minister natürlich. - Das war die eine Rolle.

Und die andere Rolle war, dass ich zwei der drei Kooperationsverträge unterschrieben habe im Bereich „Wertpapierkooperation“, und das andere betraf allgemeine Fragen, eher eine Art politischer Absichtserklärung für eine vertiefte allgemeinere - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber das Bemühen um eine Öffnung des chinesischen Marktes auch für europäische Mehrheitsbeteiligungen sagt Ihnen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt nichts? Da hatten wir nämlich schon den Eindruck, dass das ein besonders wichtiges Projekt war in diesem Dokument, -

**Zeuge Felix Hufeld:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - eins auch, wo die deutsche Seite stolz drauf war, was erreicht zu haben.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nicht in dem Sinne. Also, Wirecard hat dort nicht die geringste Rolle gespielt. Ich habe das, diesen Kontext, nicht ein einziges Mal gehört. Das kann durchaus sein, dass das in Gesprächen, an denen ich nicht teilgenommen habe - - Das ist ja dann typischerweise eine Vielzahl von parallel laufenden Konsultationsgesprächen unter vier, sechs, acht oder zehn Augen. Genauso wie ich Gespräche geführt hatte mit People's Bank of China, zusammen mit Jens Weidmann oder so, an denen der Minister nicht teilgenommen, hat es andere Gespräche gegeben. Insofern habe ich keine Erkenntnisse darüber, ob irgendwo das Thema Wirecard eine Rolle gespielt hat. Für mich stand offensichtlich das Thema im Vordergrund „Öffnung der chinesischen Märkte für Finanzinstitute“, also für Banken und für Versicherer. Darüber haben wir an verschiedenen Stellen gesprochen, und wir waren nicht - - und haben diesen Punkt sehr, sehr intensiv vorgetragen, weil die Chinesen umgekehrt sehr intensiv über längere Zeit dafür gelobt haben, dass sie einen privilegierten Zugang für Filialgeschäft in Deutschland bekommen, den wir ihnen verweigern bis auf Weiteres, auch damals, was zu sehr harschen Gegenreaktionen geführt hat, weil wir sagen: Kernelement ist Reziprozität, und die sehen wir bei euch nicht. Da müsst ihr uns erst mal das und das liefern. - Da geht es beispielsweise um Teilnahme deutscher Banken an Unternehmensanleihen, Emissionen im „domestic“, im chinesischen Markt. Das war ein Topthema, wo wir sagen: Da darf nun nicht mal eine deutsche Bank dran teilnehmen. - Das waren meine Themen.

Wirecard hat in - - Also, Nichtfinanzinstitute war für mich einfach kein Thema, habe ich auch nirgendwo wahrgenommen. Deswegen habe ich dazu keine Erkenntnisse.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann hat als Nächstes das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich hätte nur noch ein, zwei Fragen im Anschluss, hieran anknüpfend. Uns wurde geschildert, dass es auch ein ausdrücklicher chinesischer Wunsch gewesen sei, dass Deutschland sozusagen seine Wünsche benennt oder die Bundesregierung die Wünsche benennt hinsichtlich Liberalisierung und Öffnung des Finanzmarktes und dass in diesem Zusammenhang auch die Erteilung von landesweiten Payment-Lizenzen - es gab wohl bis dahin keine landesweiten Payment-Lizenzen für deutsche Finanzinstitute - -dass das ein Sachverhalt gewesen sei. Haben Sie dazu Erkenntnisse?

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein, keine spezifischen. Wie gesagt, ich hatte - - Das war sicherlich - - Ob jetzt spezifisch Payment-Lizenzen - - Das Thema „landesweite Lizenzen“ ist mir durchaus geläufig, weil ich das zumindest primär im Kontext Versicherungslizenzen - - weil wir am Beispiel von Versicherungsunternehmen, namentlich Allianz, aber auch Talanx, wussten, dass die dann in Peking eine Art nationale Lizenz bekommen, für die sie dann auf Provinzebene ausgelacht werden, dann praktisch überhaupt nix anfangen können mit ihrer - - Also, die Chinesen wissen, wie man das Spiel spielt. Und so gesehen ist mir das Thema geläufig.

Ich kann mich persönlich nicht erinnern, dass ich jetzt in der Ausprägung von Payment-Lizenzen - - Ich habe dazu keine Gespräche geführt. Insofern kann ich nicht bewerten, inwieweit das anderweitig eine Rolle gespielt hat. Das hat wahrscheinlich eine Rolle gespielt, weil das perfekt in die allgemeine Linie, für die wir geworben haben, passen würde, was ja auch jeden Sinn der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Welt macht, weil das in einer Vielzahl von Präsenz ausländischer Anbieter mit Finanzprodukten eine beliebte Methode im chinesischen Markt ist, um faktische Barrieren aufrechtzuerhalten, -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Sie sagen, es hat eine Rolle gespielt - - Es war - -

**Zeuge Felix Hufeld:** - dass sie sagen können: „Wir haben euch ja eine Lizenz gegeben“, aber in Wahrheit kommen sie an viele Märkte überhaupt nicht ran.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Es war Punkt 30 der Abschlusserklärung, und es ist von daher - -

**Zeuge Felix Hufeld:** Die habe ich nicht verhandelt natürlich, -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Nein, nein, das glaube ich Ihnen auch.

**Zeuge Felix Hufeld:** - sondern - das sage ich, nämlich -: Das war Herr Schmidt; Staatssekretär Schmidt war hier federführend. Insofern: Ich war, wie wir alle dann, so durchgetaktet mit unseren jeweiligen Gesprächen und Themen - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Nee, das glaube ich auch. Nur, Staatssekretär Schmidt hat uns eben geschildert, dass das ein expliziter Wunsch der chinesischen Seite gewesen sei, dass quasi jetzt Deutschland mal seine Wünsche äußert, und daraufhin sei das dort reingekommen. Und wir wissen eben, dass Wirecard einer der Beneficials war, und sozusagen deswegen fragen wir einfach noch mal auf den Hergang. Aber dass das von der chinesischen Seite eingefordert wurde, dazu haben Sie keine Erkenntnisse.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nein.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Und dann schaue ich noch mal zum Kollegen Bayaz rüber. Bitte schön.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube auch, letzte zwei Fragen. - Herr Hufeld, ich erinnere mich oder wir erinnern uns, glaube ich, alle - Sie ja auch; haben Sie schon ein paar Mal erwähnt -, als Sie im Sommer bei uns im Finanzausschuss waren, um sozusagen akut von der Front zu berichten. Und ich erinnere mich oder habe das noch im Ohr, wie Sie damals gesagt - dann haben Sie auch gut Push-Back bekommen und kritische Fragen von uns und dann auch sich davon haben nicht irritieren lassen - - und gesagt haben, Sie machen weiterhin Ihren Job, solange auch der Dienstherr Vertrauen in Sie hat. Und jetzt haben Sie ja gesagt, Sie sind quasi in der finalen Phase, dieses Amt zu bekleiden. Wir als Abgeordnete wissen auch noch gar nicht genau jetzt, was eigentlich der Grund war, warum dieses Vertrauen nicht mehr da war. Und bevor Ihr Anwalt auch gleich wieder reingrätscht - das war bei Frau Roegele ähnlich -, geht es mir jetzt gar nicht um Details, aber ich würde es gerne von Ihnen wissen: Hatte das jetzt sozusagen was damit zu tun, dass einfach das politische Vertrauen nicht mehr da war - wir reden ja immer auch viel über Neuaufstellung; Kulturwandel haben Sie selbst angesprochen -, oder gab es einen konkreten Fehler oder ein Fehlverhalten? Weil ich glaube, auch das ist Teil der politischen Aufklärungsarbeit, die wir hier leisten wollen. Und vielleicht gibt es von Ihrer Seite dazu eine Stellungnahme.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Felix Hufeld:** Der Anwalt rät mir gerade dazu, keine Stellungnahme abzugeben.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe schon gesehen. Sie wollten gerade loslegen, so wie man Hufeld kennt, und dann grätscht der mir rein. Gut, muss ich akzeptieren.

(RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht: Kreuzverhör!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich möchte da auch nichts - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Also, Sie würden gerne, aber Sie dürfen nicht;  
höre ich so raus.

**Zeuge Felix Hufeld:** Kommt bei mir selten vor,  
aber -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja, genau, so kenne ich Sie.

**Zeuge Felix Hufeld:** - ab und zu nehme ich einen  
Rat an.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
So kenne ich Sie, Herr Hufeld. Gut, alles klar. -  
Ich möchte noch eine zweite Frage stellen, die  
definitiv nicht vom Untersuchungsauftrag ge-  
deckt ist,

(Heiterkeit)

aber ich glaube - - weil da trauen Sie sich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Immerhin.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Da kann ich mir zumindest vorstellen, dass auch  
der Anwalt kein Problem mit haben sollte, und  
zwar: Weil wir uns ja jetzt einfach die Strukturen  
insgesamt noch mal anschauen, auch das zwei-  
stufige Verfahren, will ich noch mal kurz den  
Blick auf die Bankenaufsicht lenken. Da haben  
wir ja durchaus, ich würde es jetzt mal sagen, ein  
dreistufiges oder ein dreiteiliges Verfahren mit  
EZB, BaFin und der Bundesbank. Und jetzt, wo  
wir in der Situation sind, uns Dinge auch noch  
mal sehr genau, sehr grundsätzlich anzuschauen:  
Gibt es da einen Ratschlag von Ihrer Seite oder  
eine Bewertung, wie Sie das sehen würden, ob  
sich das lohnt, das Thema Bankenaufsicht mög-  
licherweise auch aus einer Hand mit Blick auf  
die nationale Aufsicht noch mal anzuschauen?

(Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Felix Hufeld:** Die Zweiteilung - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Danke, Herr Rechtsbeistand.

**Zeuge Felix Hufeld:** Die Zweiteilung zwischen  
den sogenannten „significant institutions“ - was,  
nebenbei bemerkt, auch in der medialen Debatte  
oft verwechselt wird mit systemischen Institut  
was was völlig anderes ist -, aber die Zweiteilung  
mit sogenannten „significant“, signifikanten, In-  
stituten, die der EZB-, der direkten EZB-Aufsicht  
unterliegen, und den nationalen Behörden, die  
ist Fakt, und die wird für eine Weile bleiben. Da  
gibt es nichts zu ändern. Steht auch, glaube ich,  
in den nächsten Jahren für keinerlei Reform-  
debatten an.

Die Bundesbank ist in dem Kontext keine ge-  
trennte Stufe, muss man ganz klar sagen. Es gibt  
nur eine national kompetente Authority-Behörde  
in Deutschland, und das ist die BaFin. Und seit  
vielen Jahrzehnten sehr gut eingeschwungen,  
sehr gut eingeübt gibt es eine gemeinschaftliche  
Ausübung insbesondere der sogenannten laufen-  
den Aufsicht. Damit meint man insbesondere die  
Aufsicht vor Ort. Das ist historisch entstanden,  
wie Sie wissen, aufgrund der Tatsache, dass eine  
Bundesbank Filialen überall in Deutschland hat,  
während die BaFin schon immer an einem Ort  
war. Bevor man nach Kiel und Garmisch-Parten-  
kirchen dann Tausende von Kilometern reist, hat  
man gesagt: Dann sollen doch Leute hinfahren,  
die viel näher dran sind. Das ist jetzt seit 50 Jah-  
ren oder länger eingeübte Praxis, und das läuft  
außergewöhnlich reibungslos und gut. Insofern:  
Die Bundesbank macht die laufende Aufsicht vor  
Ort im Auftrag der BaFin. Diese Zusammenarbeit,  
wie gesagt, ist von großem Training, Vertrauen  
und Übung und Tradition geprägt. Die Ergebnisse  
werden uns geliefert, wir bewerten sie, und wir  
treffen aufsichtliche Entscheidungen. Und das ist  
relativ wenig Komplexität. Da sehe ich - - Das  
kann man ändern. Die Debatte gab es übrigens  
vor ein paar Jahren in Österreich mit extrem vie-  
len Verlieren und null Komma null Nutzen. Ich  
persönlich würde davon abraten, dieses Fass auf-  
zumachen. Da können Sie viel verlieren und  
praktisch nichts gewinnen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Eine ganz andere Frage ist die Frage der institutionellen Verortung einer Aufsichtsbehörde, also der BaFin. Da gibt es im Prinzip drei Grundmodelle. Das erste Modell leben wir seit 20 Jahren in Deutschland. Das ist die Zuordnung der Aufsichtsbehörde direkt zu einem Ministerium. Das hat uns in Deutschland durchaus gutgetan über viele Jahre. Wir werden in Deutschland nicht erleben und haben es auch nicht erlebt in der Vergangenheit, dass, wie in Frankreich, eine ACPR - Banque de France in die Richtung läuft und ein Trésor in die Richtung läuft. So was gibt es in Deutschland eigentlich nicht, und das ist natürlich der institutionellen Verortung einer BaFin im Geschäftsbereich eines BMF zu verdanken.

Umgekehrt gibt es die Quadratur-des-Kreises-Problematik, die ich vorhin erwähnt habe, dass es ein unumstößliches Dogma weltweit ist, in Europa vielfach europarechtlich verankert, dass eine Aufsichtsbehörde Aufsichtshandeln unabhängig durchführen muss. Wir werden auch in den nächsten Jahren erleben, dass die europäischen Behörden hier sehr viel stärker Akzent darauf legen werden als in der Vergangenheit. Es wird kommen, es kommt, es ist jetzt schon da. Das heißt, es ist durchaus eine berechnete Frage, ob man hier eine Veränderung vornehmen möchte. Es ist allerdings eine politische Abwägung, die Sie letztlich vorzunehmen haben, natürlich getrieben durch das BMF.

Und da gibt es im Prinzip zwei Grundmodelle. Das eine Grundmodell ist - - Ich nenne es mal den englischen Weg: Sie zerschlagen die integrierte Aufsicht und trennen sie in eine prudenzielle Aufsicht, Banken-/Versicherungsaufsicht, die dann nicht zwingend, aber typischerweise in die Zentralbank verlegt wird, und haben unabhängig davon eine Wertpapier-/Verbraucherschutzbehörde als getrennte Behörde. Das nennt man im Jargon „Twin Peak“. Das zweite Modell würde ich nennen - - Das ist der englische Weg, was ich eben geschildert habe. Frankreich hat das, Italien hat das. Also, einige große europäische Länder haben das.

Das dritte Modell ist, würde ich nennen, das Schweizer und österreichische Modell: FINMA

und FMA. Da haben Sie eine Aufsichtsbehörde, die bleibt integriert mit sämtlichen Disziplinen, aber wird dezidiert autonom aufgestellt mit einer direkten Berichtsverpflichtung ans Parlament natürlich; logisch. Wir reden ja über Demokratien hier, über Rechtsstaaten, auch in der Schweiz und auch in Österreich. Das heißt, das sind keine freischwebenden Künstler, sondern die sind verankert in einer rechtstaatlichen Struktur, haben dann also eine direkte Berichtspflicht an das Parlament, haben einen ganz anders strukturierten Verwaltungsrat. Es gibt selbstverständlich Governance-Strukturen, aber sie sind eben nicht mehr einem Ministerium zugeordnet.

Ich persönlich, wenn ich zum Abschied einen Rat oder eine Empfehlung aussprechen darf, hätte ganz offensichtlich, wie Sie sich vielleicht vorstellen können, eine Präferenz für das dritte Modell. Nach acht Jahren im öffentlichen Amt bin ich nach wie vor zutiefst davon überzeugt, dass Sie fachlich bessere Ergebnisse mit einer integrierten Aufsicht bekommen als mit einer Twin-Peak-Aufsicht, aber das ist letztlich - - Ich würde mich nie hinstellen und sage: Twin Peak geht gar nicht! Es gibt etliche Länder, die es machen. Aber wenn es mehrere Modelle gibt, muss man eine Präferenz haben und sagen: Aus den und den Gründen erscheint mir das vorzugswürdig und das weniger vorzugswürdig. Ich glaube, dass Sie aus einer Hand als integrierte Behörde mehr sehen, bessere Abwägungen treffen können. Und natürlich kann es Spannungen geben zwischen einer eher Verbraucherschutzorientierten Perspektive und einer eher solvenzorientierten Perspektive. Nur, die gehen ja nicht weg, wenn Sie getrennte Behörden haben. Die laufen nur ungeschützt ganz nach oben, ohne dass irgendeine institutionelle Fähigkeit da wäre, das zu mitigieren. In einer integrierten Behörde können Sie das leisten; das habe ich jahrelang getan. Das ist Teil meines Jobs gewesen. Deswegen bin ich ein ganz großer Anhänger, nach acht Jahren mehr denn je, eines integrierten Modells.

Sie müssen in Deutschland keine Revolution machen. Das Beauftragtenmodell, der Beauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit, der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte für irgendetwas - wir haben ja verschiedenste Beauftragte -, sind genauso ein Verwaltungsmodell, die unmittelbar dem Parlament sozusagen berichtspflichtig sind, aber eben nicht einem einzelnen Ministerium. Die Bundesagentur für Arbeit ist ein etwas anderer Spin, wie man das machen können.

Also, unterstellt, der politische Wille ist da - und das ist ganz und gar die Entscheidung des BMF, und letztlich, insoweit gesetzgeberische Veränderungen erforderlich sind, des Parlamentes; da kann ich nur als Ratgeber auftreten, aber darum haben Sie ja eben gefragt -, fände ich das eine interessante Debatte. Es ist nicht zwingend. Man kann in einer vernünftigen Form - das habe ich ja nun jahrelang selbst getan; ich glaube, wir haben es gut gemacht - auch in der jetzigen Struktur unabhängig, vernünftig arbeiten und trotzdem Rechts- und Fachaufsicht haben. Es kommt sehr darauf an, wie das dann im praktischen Alltag gemacht wird. Dazu hat ja auch Mark Branson Ihnen gegenüber sich vor ein paar Tagen geäußert. Er kommt natürlich jetzt aus einer Tradition, in der er mit der FINMA eine autark aufgestellte Behörde geführt hat.

Insofern: Alle drei Modelle haben ihre Vor- und Nachteile. Also, es gibt kein schwarz und weiß. Wenn Sie mich fragen, hätte ich eine klare Präferenz für Nummer drei, wie eben dargestellt. Ich finde das Schweizer, österreichische Modell mit Nuancen - da kann man dann immer beim Feilen gucken - - fände ich attraktiv. Das wird Sie nicht überraschen, aus meiner Rolle herkommend, dass ich das attraktiv fände. Ich glaube aber, es wäre auch insgesamt für das Land attraktiv, eine dergestalt aufgestellte Aufsichtsbehörde zu haben. Aber, wie gesagt, das sind eine politische Entscheidung und Abwägungen, die im Ministerium bzw. im Parlament zu treffen sind.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann bedanke ich mich noch für die Kurzanhörung zur Neuordnung des Bankenrechts oder der Bankenaufsicht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Nicht nur Banken, alle Sektoren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich schaue in die Runde: Gibt es noch Fragebedarf bei der CDU/CSU-Fraktion? - Na, heute nicht.

(Zuruf)

- Stimmt, es ist Samstag. - Dann schaue ich mich an und stelle fest: Nein. Ich schaue zur SPD rüber. - Nein. Ich schaue zur FDP. - Nein. Ich schaue zum Kollegen De Masi, zur Linken. - Nein. Ich schaue noch mal Dr. Bayaz an.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich wollte bei dem Bankenrecht jetzt noch mal - - Nein, kleiner Spaß.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können wir nachher alles im dunklen Bundestag regeln. Okay. - Gut, dann schaue ich noch mal kurz in die Runde - da war ein Versprechen -: Gibt es noch Bedarf in nichtöffentlicher Runde? - Auch nicht.

Gut, dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls richtigzustellen, zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Bevor ich Sie aber nun ins verdiente Wochenende entlasse, möchte ich Sie mündlich schon als Zeugen für den 13.04. laden. Die Zeit für diesen Tag wird Ihnen noch gesondert mitgeteilt.

Und wir müssen natürlich noch - ich habe jetzt nicht mehr mitgezählt; waren es zwei oder drei? irgendwo, es waren mehrere - ein Schweigegebot erlassen. Herr Hufeld, Rechtsanwalt Professor Dr. Ahlbrecht, Sie hatten Einblick in mehrere VS-Vertraulich, -Geheim eingestufte Unterlagen. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 Gerichtsverfassungsgesetz zur Verschwiegenheit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. - Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich stelle fest: Der Ausschuss macht dem Zeugen Hufeld und dem Rechtsbeistand Professor Dr. Ahlbrecht die Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen durch diese Vernehmung am heutigen Tage und am Samstag zur Kenntnis gelangt sind.

Zweitens. Der Zeuge Felix Hufeld und sein Rechtsbeistand Professor Dr. Ahlbrecht werden darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Ich darf mich jetzt an dieser Stelle recht herzlich bei Ihnen bedanken, wünsche Ihnen jetzt einen guten Start in den jungen Tag. Bleiben Sie an dieser Stelle - das wünsche ich allen - gesund, kommen Sie gut durch die Zeit. Und, ich glaube, zu vorgerückter Stunde - in einer Woche ist Ostern - wünsche ich Ihnen beiden natürlich auch ein frohes Osterfest. Vielen Dank, dass Sie hier waren und eine gute Nacht.

**Zeuge Felix Hufeld:** Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir noch eine Minute?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte schön.

**Zeuge Felix Hufeld:** Herzlichen Dank. - Wir alle wissen, dass ich in wenigen Tagen, am Mittwoch in der kommenden Woche, meinen letzten Tag im Amt habe. Ab 1. April bin ich dann da raus. Ich möchte mich bei Ihnen allen sehr bedanken. Für mich waren das acht fantastische Jahre in puncto Erfahrung. Und das Privileg, dem Gemeinwohl dienen zu dürfen, das habe ich als etwas ungeheuer Spannendes empfunden. Ich bin extrem dankbar, dass ich nach 25 Jahren in der privaten Wirtschaft dies tun durfte. Das schloss und schließt, wie Sie alle wissen, intensivste Kontakte in den Bereich des Parlamentes, der Politik mit ein, die ein wesentlicher Bestandteil meiner Aufgabe waren. Ich möchte mich bei

Ihnen allen sehr, sehr herzlich bedanken für diese Zusammenarbeit. Und bitte bringen Sie meinem Nachfolger und meinen Kollegen das gleiche Vertrauen entgegen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Gut, dann sind Sie für heute entlassen. Und auch weiterhin toi, toi, toi, Herr Hufeld!

(Schluss der stenografischen Protokollierung:  
0.03 Uhr)